

Beteiligentransparenzdokumentation

Thüringer Gesetz zur Herstellung von mehr Transparenz in der Politik

Einbringer: **Fraktion DIE LINKE**
 Fraktion der SPD
 Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

(Drucksache 7/3356)

Inhalt

- 1. Drucksache**
- 2. Vom Einbringer übersandte Daten (Vom Einbringer wurden bisher keine Daten übersandt.)**
- 3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge**
- 4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge (Keine Dokumente vorhanden)**
- 5. Weitere Beiträge (Keine Dokumente vorhanden)**
- 6. Diskussionsforum (Keine Dokumente vorhanden)**

Gemäß § 1 Abs. 1 Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteildokG) wird beim Landtag eine öffentliche Liste der an Gesetzgebungsverfahren beteiligten natürlichen und juristischen Personen geführt (Beteiligentransparenzdokumentation). Dieses Dokument wurde aus den zum Gesetzgebungsverfahren in der Beteiligentransparenzdokumentation vorhandenen Dokumenten und Informationen zum Zweck des Downloads automatisch erstellt.

Stand: 09. Juni 2023

1. Drucksache

Gesetzentwurf

der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Thüringer Gesetz zur Herstellung von mehr Transparenz in der Politik

A. Problem und Regelungsbedürfnis

Transparenz, das heißt, Durchschaubarkeit und Nachvollziehbarkeit von staatlichen und gesellschaftspolitischen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozessen sowie Öffentlichkeit sind zentrale Merkmale und Bedingungen einer funktionierenden Demokratie. Sie sind auch wichtig für die Akzeptanz der politischen Entscheidungsprozesse von Seiten der Bürgerinnen und Bürger. In diesem Sinne haben lobbykritische Organisationen wie LobbyControl und Transparency auch in Deutschland im Bereich der Arbeit von Parlamenten und Regierungen mehr Transparenz und Information der Öffentlichkeit gefordert hinsichtlich der Beteiligung von außenstehenden Dritten bei der Erarbeitung von politischen Initiativen. Die Regierungs- beziehungsweise Ministeriumsstrukturen und Parlamente sollten hier für mehr Transparenz und Nachvollziehbarkeit der Erarbeitungsprozesse sorgen.

Dies sollte geschehen, indem in einem entsprechenden Register öffentlich nachvollziehbar aufgeschlüsselt wird, wer in welcher Form an den Inhalten von Initiativen beteiligt war beziehungsweise welche Themen durch welche Interessenvertreterinnen und Interessenvertreter an bestimmte Stellen und Personen herangetragen wurden, damit sie im politischen Prozess eine Rolle spielen sollen. In diesem Zusammenhang sind auch Aktivitäten zu nennen, die außerparlamentarische Akteurinnen und Akteure entfalten, um gegebenenfalls verbunden mit finanziellen Anreizen, auf politische Funktionsträgerinnen und Funktionsträger Einfluss zu nehmen, um daraus wirtschaftliche Vorteile zu erlangen. Ausgangspunkt dieser Problemdiskussion waren in der Vergangenheit zum Beispiel bekannt gewordene Fälle wie der Mitarbeit von Beschäftigten von Energiekonzernen in Ministeriumsstrukturen an Gesetzentwürfen im Bereich Energiepolitik. Und auch die derzeitige Themendiskussion ist aktuellen konkreten Fällen geschuldet.

Lobbyismus trägt, das zeigen Erfahrungen, ein hohes Korruptionsgefährdungspotential in sich. Ein wichtiges Mittel, um das zu verhindern, sind Transparenz und Nachvollziehbarkeit mit Blick auf die politischen und parlamentarischen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse. Dazu gehört auch die Information der Öffentlichkeit darüber, wer aus welchen gesellschaftlichen Bereichen sich in welcher Form an parlamen-

tarischen Entscheidungsprozessen beteiligt. Das gilt für die Arbeit des Parlaments genauso wie für die Arbeit der Regierung beziehungsweise der Ministerien. Für mehr Transparenz im Bereich der Gesetzgebung wurde mit dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz im Jahr 2019 schon ein entsprechendes Instrument für den so genannten "legislativen Fußabdruck" geschaffen.

In einem bundesweiten Ranking der Lobbykontroll- und Transparenzregelungen, das die lobbykritische Organisation Transparency erarbeitet hat, wurde das Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz kürzlich schon sehr gut bewertet. Die Untersuchung zeigt allerdings noch Nachbesserungsbedarf hinsichtlich der Funktion als Lobbyregister auf. Aktuelle Vorkommnisse im Bereich der Lobbyproblematik auch in Thüringen belegen die Notwendigkeit einer entsprechenden inhaltlichen Ergänzung der Vorschriften um ein Lobbyregister bezogen auf Parlament und Regierung.

B. Lösung

Daher sollte beim Thüringer Landtag nicht nur eine Beteiligentransparenzdokumentation für den Bereich der Gesetzgebung vorhanden sein, sondern in Zukunft beim Landtag auch ein so genanntes "Lobbyregister" realisiert werden. Dieses soll Informationen zu Einflussnahmen durch Organisationen und Personen nachvollziehbar machen, die im Bereich des Parlaments und der Landesregierung außerhalb der Gesetzgebungstätigkeit stattfinden. "Legislativer Fußabdruck" in Form der Beteiligentransparenzdokumentation und das Lobbyregister sind damit sich funktional ergänzende Instrumente. Es bietet sich daher an, beide Regelungsbereiche unter dem Dach des bestehenden Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes zusammenzufassen. Die notwendige Dokumentationsfunktion hinsichtlich Transparenz und Nachvollziehbarkeit kann aber nur möglichst realitätsnah erfüllt werden, wenn die Registrierung verpflichtend erfolgen muss. Das Freiwilligkeitsprinzip greift hier zu kurz. Die praktische Wirkung wird durch Ordnungsgeldregelungen mit Sanktionscharakter erhöht. Die Anwendung der Vorschriften zum Lobbyregister werden durch ein beratendes Gremium in Zusammenarbeit mit der Landtagspräsidentin beziehungsweise des Landtagspräsidenten überwacht. Das ehrenamtlich tätige, unabhängige Gremium wird vom Landtag gewählt.

Die Ergänzung des "legislativen Fußabdrucks" um Regelungen für ein Lobbyregister erfolgt in Artikel 1 des Gesetzes durch Änderung des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes.

Eine weitere wichtige Transparenzmaßnahme sind die Regelungen des Thüringer Abgeordnetengesetzes zur Offenlegung von Nebentätigkeiten und Nebeneinkünften, eingeschlossen der Umgang mit Spenden. Auch diese Vorschriften müssen nachgeschärft werden. Es geht vor allem um Offenlegung aller Tätigkeiten von Abgeordneten und ihrer Einkünfte auf Euro und Cent genau. Dabei sollen aber die verfassungsrechtlich gebotenen Verschwiegenheitspflichten berücksichtigt werden. Diese Änderungen finden sich in Artikel 2 des Gesetzes.

C. Alternativen

Mit Blick auf das Regelungsziel keine

D. Kosten

Da das neue Lobbyregister faktisch als eine Erweiterung der bestehenden Beteiligtransparenzdokumentation ausgestaltet ist, ist bei Einrichtung und Pflege des neuen Lobbyregisters mit zahlreichen Synergieeffekten zu rechnen, die die zu erwartenden Mehrkosten reduzieren dürften. Es ist mit Zusatzkosten im oberen vierstelligen beziehungsweise unteren fünfstelligen Bereich zu rechnen, wobei darin auch einmalige Kosten enthalten sind, wie zum Beispiel für die Erweiterung der vorhandenen digitalen Strukturen. Nach Aussage von lobbykritischen Organisationen können durch mehr Transparenz Einsparungen erfolgen. Durch die Offenlegung von Lobbyverbindungen wird der Raum für unzulässige Absprachen, wie etwa bei den sogenannten Maskendeals im Zuge der Corona-Pandemie, reduziert. Ähnliches gilt für die Erweiterung der Offenlegungspflichten bezogen auf die Nebentätigkeiten und Nebeneinkünfte der Abgeordneten. Die Arbeitskosten des ehrenamtlich tätigen, unabhängigen Gremiums sind hierbei vernachlässigbar und begrenzen sich auf Reise- und Übernachtungskosten, sofern das beratende Gremium zusammentritt.

Thüringer Gesetz zur Herstellung von mehr Transparenz in der Politik

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1
Änderung des Thüringer
Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes

Das Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz vom 7. Februar 2019 (GVBl. S. 1) wird wie folgt geändert:

1. Vor § 1 wird die Überschrift "Erster Teil - Beteiligtentransparenzdokumentation im Bereich der Gesetzgebung" eingefügt.
2. Nach § 5 wird die Überschrift "Zweiter Teil - Lobbyregister" eingefügt.
3. In diesem zweiten Teil werden folgende neue §§ 6 bis 12 eingefügt:

"§ 6
Zweck des Lobbyregisters

Zweck des Lobbyregisters ist die öffentliche Kontrolle von politischen Entscheidungsprozessen. Hierzu regelt es die Verpflichtung zur Offenlegung von Tätigkeiten der politischen Einflussnahme auf staatliche Entscheidungen sowie Registrierungs- und Verhaltenspflichten für politische Interessenvertreterinnen und Interessenvertreter.

§ 7
Begriffsbestimmungen

(1) Interessenvertretung ist jede Tätigkeit zum Zweck der unmittelbaren oder mittelbaren Einflussnahme auf den Willensbildungsprozess des Landtags, seiner Organe, Mitglieder, Fraktionen, Ausschüsse oder der Landesregierung samt der ihr zugeordneten obersten Landesbehörden.

(2) Eintragungspflichtige Tätigkeiten nach Absatz 1 umfassen insbesondere alle Informationen, Stellungnahmen, Gutachten oder Vorschläge, die inhaltliche Bezüge aufweisen zu

1. Gesetzentwürfen oder sonstigen Rechtssetzungsakten, außerhalb eines laufenden Gesetzgebungsverfahrens,
2. Kabinettsvorlagen,
3. Richtlinien, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften,
4. der Umsetzung von EU-Recht,
5. parlamentarischen Initiativen,
6. wissenschaftlichen und sachverständigen Beratungen der Landesregierung, des Landtags oder der Landesbehörden.

(3) Interessenvertreterin oder Interessenvertreter im Sinne des Gesetzes ist jede natürliche oder juristische Person, die Interessenvertretung betreibt, sowie alle Arten der Zusammenschlüsse von Interessenvertretungen unabhängig von ihrer Rechtsfähigkeit.

§ 8

Einrichtung eines Lobbyregisters beim Landtag

Der Thüringer Landtag führt als Erweiterung zur bestehenden Beteiligientransparenzdokumentation ein Lobbyregister. Die Angaben sind über die Internetseite des Landtags elektronisch zu übermitteln und werden dort maschinenlesbar, durchsuchbar, druckbar und barrierefrei veröffentlicht.

§ 9

Registrierung im Lobbyregister

(1) Jede Interessenvertreterin und jeder Interessenvertreter hat sich im Register einzutragen, wenn eine Interessenvertretung nach § 7 Abs. 1 vorliegt. Jede Kontaktaufnahme zur Interessenvertretung ist eintragungspflichtig.

(2) Der Registrierungspflicht unterliegen ebenso jede und jeder, der oder die einen Dritten oder eine Dritte zu einer Tätigkeit nach § 7 Abs. 1 beauftragt hat.

(3) Ausgenommen von der Registrierungspflicht sind Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte im Rahmen eines vorprozessualen oder prozessualen Vertretungsmandats in einer konkreten Rechtsangelegenheit sowie andere Berufsheimnisträgerinnen und -träger bei Wahrnehmung einer konkreten Tätigkeit, die dem Berufsheimnisschutz unterliegt. Gleiches gilt für Kirchen und anerkannte Religionsgemeinschaften im Rahmen der Wahrnehmung ihrer Kernaufgaben der Religionsausübung. Ebenso ausgenommen sind Petentinnen und Petenten in Ausübung ihres Petitionsrechts nach Artikel 14 der Verfassung des Freistaats Thüringen.

(4) Unabhängig von den in Absatz 1 genannten Fällen können sich Organisationen und Einzelpersonen auf Antrag mit Zustimmung des Vorstands des Landtags in das Lobbyregister eintragen lassen.

§ 10

Inhalt der Registrierung im Lobbyregister

(1) Im Register sind folgende Informationen zu vermerken:

1. bei natürlichen Personen
 - a) Familienname, Vornamen, akademischer Grad,
 - b) Geburtsdatum und Geburtsort,
 - c) Anschrift,
 - d) elektronische Kontaktdaten,
 - e) Tätigkeit innerhalb der vorangegangenen fünf Jahre als Mitglied des Bundestags, des Bundesrats, der Bundesregierung, als Mitglied eines Landtags, einer Landesregierung oder als politische Beamtin oder politischer Beamter,
2. bei juristischen Personen und allen Arten der Zusammenschlüsse von Interessenvertretungen
 - a) Firma, Name oder Bezeichnung, deren Website und Anschrift,
 - b) Rechtsform,
 - c) Familienname, Vornamen, akademischer Grad und elektronische Kontaktdaten aller gesetzlichen oder sonstigen vertretungsberechtigten Personen,

- d) Familienname, Geburtsname, Vornamen, akademischer Grad der Beschäftigten, die die Interessenvertretung unmittelbar ausüben, soweit nicht nach Buchstabe c erfasst,
 - e) Anzahl der Beschäftigten, die Interessenvertretung ausüben,
 - f) Mitgliederzahl bei mitgliedschaftlich verfassten Körperschaften, Anzahl der Beschäftigten,
 - g) Konzernzugehörigkeit, Name und Geschäftsanschrift von Mutter- oder Tochterunternehmen, Handels- und Vereinsregisternummer, Umsatzsteuer-Identifikationsnummer,
 - h) Namen der Angestellten oder freiberuflichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die innerhalb der vorangegangenen fünf Jahre eine Tätigkeit als Mitglied des Bundestags, des Bundesrats, der Bundesregierung, als Mitglied eines Landtags, einer Landesregierung oder als politische Beamtin oder als politischer Beamter ausgeübt haben,
- 3. Angaben zur Identität der Auftraggeberinnen und Auftraggeber, für welche Interessenvertretung betrieben wird, wenn die Interessenvertretung Fremdinteressen betrifft; Nummern 1 und 2 gelten entsprechend,
 - 4. genereller Tätigkeitsbereich,
 - 5. konkreter Bezug, Inhalt sowie Form der nach § 7 Abs. 1 und 2 erfassten Tätigkeiten der Interessenvertretung,
 - 6. Auftraggeber des Beteiligungsbeitrags oder Vermerk, dass es sich um eine Eigeninitiative der Organisation handelt; im Falle der Eigeninitiative auch Benennung des Grunds für die Eigeninitiative,
 - 7. Informationen zu den finanziellen Verhältnissen der juristischen und natürlichen Personen, z.B. zu Firmenbeteiligungen; bei juristischen Personen, die Kapitalgesellschaften sind, Angabe des Stammkapitals,
 - 8. finanzielles Volumen der Aufträge sowie Art und Höhe der Vergütung oder geldwerten Leistungen dafür,
 - 9. Angaben zu den jährlichen finanziellen Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung,
 - 10. Zeitpunkt der Eintragung in das Register und der letzten Aktualisierung.

(2) Änderungen der Daten nach Absatz 1 sind innerhalb eines Monats mitzuteilen.

§ 11 Ordnungsgeld

(1) Die zur Registrierung im Lobbyregister verpflichteten natürlichen und juristischen Personen haben die in § 10 genannten Angaben vollständig und wahrheitsgemäß zu machen und Veränderungen innerhalb eines Monats anzuzeigen.

(2) Bei Verstößen gegen diese Mitwirkungspflichten wird je nach Schwere des Verstoßes von der Landtagspräsidentin oder dem Landtagspräsidenten entsprechend der Entscheidung des Landtagspräsidiums ein angemessenes Ordnungsgeld verhängt. Die Verhängung des Ordnungsgeldes ist vorher anzudrohen.

(3) Bei Ausgestaltung der Ordnungsgeldentscheidung sind insbesondere Kriterien für eine Erhöhung der Ordnungsgeldsumme zu berücksichtigen, ob dem Verstoß eine bewusste Verschleierungsabsicht zugrunde lag und ob es sich um einen Wiederholungsfall handelt.

(4) Kann die betroffene natürliche oder juristische Person nachweisen, dass die Zahlung des Ordnungsgeldes für sie im Fälligkeitszeitpunkt eine wirtschaftliche oder soziale Härte darstellt, so ist die Zahlung bis zur Behebung der Härtesituation zu stunden.

§ 12 Unabhängiges Gremium

(1) Ein aus fünf Mitgliedern bestehendes unabhängiges Gremium überwacht in Zusammenarbeit mit der Landtagspräsidentin beziehungsweise dem Landtagspräsidenten und dem Vorstand des Thüringer Landtags die Einhaltung des Lobbyregisters und der Beteiligtentransparenzdokumentation.

(2) Darüber hinaus gehört zu den Aufgaben des Gremiums:

1. Bewertung und Empfehlungen in konkreten Ordnungsgeldfällen,
2. Entwicklung von Vorschlägen zur Verbesserung der Benutzerfreundlichkeit der Register,
3. Stellungnahmen an die Landtagspräsidentin beziehungsweise den Landtagspräsidenten im Rahmen des Jahresberichts und der Evaluierung gemäß § 14.

(3) Die Mitglieder des unabhängigen Gremiums werden vom Landtag für die Dauer von fünf Jahren gewählt und dürfen keine Mitglieder oder Beschäftigte des Landtags, der Landesregierung oder von Ministerien sein. Sie sollen sich durch besondere Erfahrungen und Kenntnisse im Bereich der beruflichen Ethik, der Rechtswissenschaften oder des zivilgesellschaftlichen Engagements auszeichnen. Die Mitglieder werden auf Vorschlag der Fraktionen gewählt. Eine einmalige Wiederwahl ist zulässig. Die Mitglieder sind ehrenamtlich tätig."

4. Nach § 12 wird die Überschrift "Dritter Teil - Schlussbestimmungen" eingefügt.

5. Die §§ 6 bis 8 werden die §§ 13 bis 15.

6. § 13 erhält folgende Fassung:

"§ 13 Datenschutz

(1) Die in diesem Gesetz betroffenen Daten dürfen nur für den mit diesem Gesetz verfolgten Zweck der Herstellung umfassender Transparenz des parlamentarischen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesses erhoben und verwendet werden.

(2) Innerhalb der ersten sechs Monate jeder Wahlperiode ist zu überprüfen, ob wegen Wegfalls des Verfügungsgrunds Daten aus der Beteiligtentransparenz-

dokumentation und aus dem Lobbyregister gelöscht werden müssen.

(3) Die Änderungen im Lobbyregister müssen nachvollziehbar dokumentiert sein.

(4) Im Übrigen gelten die Datenschutzbestimmungen des Landtags und die Vorschriften des Thüringer Datenschutzgesetzes entsprechend."

7. § 14 erhält folgende Fassung:

"§ 14
Jahresbericht, Evaluierung

(1) Die Landtagspräsidentin bzw. der Landtagspräsident erstattet für das Kalenderjahr dem Landtag jährlich einen schriftlichen Gesamtbericht (Jahresbericht) über ihre bzw. seine Tätigkeit in Umsetzung dieses Gesetzes und den Stand der Registrierungen. Dieser Bericht nebst Stellungnahme des unabhängigen Gremiums nach § 12 wird als Drucksache veröffentlicht. Die Veröffentlichung des Jahresberichts hat bis spätestens zum 30. September des Folgejahres zu erfolgen. Über den Bericht findet eine Aussprache statt.

(2) Drei Jahre nach Inkrafttreten dieses Gesetzes findet eine Evaluierung dieses Gesetzes statt. Dazu legt der Landtagsvorstand dem Plenum einen schriftlichen Bericht zu Fragen der praktischen Umsetzung des Gesetzes verbunden mit notwendigen Handlungs- und Änderungsempfehlungen vor. Über den Bericht findet eine Aussprache statt."

8. § 15 erhält folgende Fassung

"§ 15
Übergangsregelung

Die Eintragungspflichten beginnen mit dem Zeitpunkt der Verfügbarkeit des Lobbyregisters. Das Lobbyregister muss spätestens sechs Monate nach Inkrafttreten des Gesetzes zur Herstellung von mehr Transparenz in der Politik verfügbar sein."

Artikel 2
Änderung des Thüringer Abgeordnetengesetzes

Die §§ 42 bis 42 h des Thüringer Abgeordnetengesetzes in der Fassung vom 9. März 1995 (GVBl. S. 121), das zuletzt durch Gesetz vom 21. Dezember 2020 (GVBl. S. 680) geändert worden ist, erhalten folgende Fassung:

"§ 42
Ausübung des Mandats

(1) Die Ausübung des Mandats steht im Mittelpunkt der Tätigkeit eines Abgeordneten des Landtags. Unbeschadet dieser Verpflichtung bleiben Tätigkeiten beruflicher oder anderer Art neben dem Mandat grundsätzlich zulässig, es sei denn, bezüglich der jeweiligen Tätigkeit gibt es konkrete Anhaltspunkte dafür, dass sie die unvoreingenommene und unabhängige Mandatsausübung beeinträchtigen kann.

(2) Für die Ausübung des Mandats darf ein Abgeordneter des Landtags keine anderen als die gesetzlich vorgesehenen Zuwendungen oder Vermögensvorteile annehmen. Unzulässig ist insbesondere die Annahme von Geld oder von geldwerten Zuwendungen, die nur deshalb gewährt werden, weil dafür die Vertretung und Durchsetzung der Interessen des Leistenden im Landtag erwartet wird. Unzulässig ist ferner die Annahme von Geld oder von geldwerten Zuwendungen, wenn diese Leistung für eine Vortragsfähigkeit oder ohne angemessene Gegenleistung des Abgeordneten des Landtags gewährt wird. Die Entgegennahme von Spenden bleibt unberührt.

(3) Nach Absatz 2 unzulässige Zuwendungen oder Vermögensvorteile oder ihr Gegenwert sind dem Landeshaushalt zuzuführen. Der Präsident des Landtags macht den Anspruch durch Verwaltungsakt geltend, soweit der Erhalt der Zuwendung oder des Vermögensvorteils nicht länger als zehn Jahre zurückliegt. Der Anspruch wird durch einen Verlust der Mitgliedschaft im Landtag nicht berührt. Das Nähere ergibt sich aus § 42 h Abs. 5.

(4) Tätigkeiten vor Übernahme des Mandats sowie Tätigkeiten und Einkünfte neben dem Mandat, die auf für die Ausübung des Mandats bedeutsame Interessenverknüpfungen hinweisen können, sind nach Maßgabe der §§ 42 bis 42 f anzuzeigen und zu veröffentlichen. Werden anzeigepflichtige Tätigkeiten oder Einkünfte nicht angezeigt, kann der Vorstand des Landtags ein Ordnungsgeld bis zur Höhe der Hälfte der jährlichen Grundentschädigung festsetzen. Der Präsident des Landtags macht das Ordnungsgeld durch Verwaltungsakt geltend. § 45 bleibt unberührt. Das Nähere ergibt sich aus § 42 h Abs. 4.

§ 42 a Anzeigepflichten

(1) Ein Abgeordneter ist verpflichtet, dem Präsidenten des Landtags aus der Zeit vor seiner Mitgliedschaft im Landtag schriftlich anzuzeigen:

1. die ausgeübten Erwerbstätigkeiten;
2. Tätigkeiten als Mitglied eines Vorstands, Aufsichtsrats, Verwaltungsrats, Beirats oder eines sonstigen Gremiums einer Gesellschaft oder eines in einer anderen Rechtsform betriebenen Unternehmens;
3. Tätigkeiten als Mitglied eines Vorstands, Aufsichtsrats, Verwaltungsrats, Beirats oder eines sonstigen Gremiums einer Körperschaft oder Anstalt des öffentlichen Rechts.

(2) Ein Abgeordneter ist zusätzlich verpflichtet, dem Präsidenten des Landtags schriftlich die folgenden Tätigkeiten und Verträge, die während der Mitgliedschaft im Landtag ausgeübt oder aufgenommen werden bzw. wirksam sind, anzuzeigen:

1. die neben dem Mandat ausgeübten Berufe, und zwar
 - a) unselbstständige Tätigkeit unter Angabe des Arbeitgebers (mit Branche), der eigenen Funktion bzw. dienstlichen Stellung,
 - b) selbstständige Gewerbetreibende: Art des Gewerbes und Angabe der Firma,
 - c) freie Berufe, sonstige selbstständige Berufe: Angabe des Berufszweigs,

- d) Angabe des Schwerpunkts der beruflichen Tätigkeit bei mehreren ausgeübten Berufen;
2. vergütete und ehrenamtliche Tätigkeiten als Mitglied eines Vorstands, Aufsichtsrats, Verwaltungsrats, sonstigen Organs oder Beirats einer Gesellschaft, Genossenschaft, eines in einer anderen Rechtsform betriebenen Unternehmens oder einer Körperschaft, Stiftung des öffentlichen oder privaten Rechts oder einer Anstalt des öffentlichen Rechts mit Ausnahme der Mandate der Gebietskörperschaften;
 3. vergütete und ehrenamtliche Funktionen in Berufsverbänden, Wirtschaftsvereinigungen, sonstigen Interessenverbänden oder ähnlichen Organisationen auf Landes- und Bundesebene;
 4. entgeltliche Tätigkeiten der Beratung, Vertretung fremder Interessen, Erstattung von Gutachten, publizistische Tätigkeit und Vortragstätigkeit, soweit diese Tätigkeiten nicht im Rahmen des ausgeübten Berufs liegen;
 5. vergütete Nebentätigkeiten, soweit diese nicht bereits als ausgeübte Berufe angegeben sind;
 6. das Bestehen bzw. der Abschluss von Vereinbarungen, wonach dem Mitglied des Landtags während oder nach seiner Mitgliedschaft bestimmte Tätigkeiten übertragen oder Vermögensvorteile zugewendet werden sollen;
 7. Beteiligung an Kapital- oder Personengesellschaften, wenn dadurch ein wesentlicher wirtschaftlicher Einfluss auf ein Unternehmen begründet wird; die Grenzen der Anzeigepflicht legt der Ältestenrat des Landtags in den gemäß Absatz 4 zu erlassenden Ausführungsbestimmungen fest.

(3) Bei einer Tätigkeit, einem Vertrag oder einer Vereinbarung, die gemäß Absatz 2 Nr. 1 bis 6 anzeigepflichtig sind, ist auch die Höhe der jeweiligen Einkünfte anzugeben. Zu Grunde zu legen ist hierbei das zu versteuernde Einkommen im Sinne des Einkommensteuergesetzes.

(4) Der Ältestenrat des Landtags erlässt Ausführungsbestimmungen über weitere Details bezüglich Inhalt und Umfang der Anzeigepflicht, nachdem er dem Vorstand und den Fraktionsvorsitzenden Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben hat.

(5) Die Anzeigepflicht umfasst nicht die Mitteilung von Tatsachen über Dritte, für die der Abgeordnete gesetzliche Zeugnisverweigerungsrechte oder Verschwiegenheitspflichten geltend machen kann. Der Präsident des Landtags hat in diesen Fällen in den Ausführungsbestimmungen festzulegen, dass die Anzeigepflicht so zu erfüllen ist, dass die in Satz 1 genannten Rechte nicht verletzt werden. Hierzu ist statt der Angaben zum Auftraggeber eine Branchenbezeichnung anzugeben.

(6) Anzeigen nach diesem Paragraphen sind innerhalb einer Frist von zwei Monaten nach Erwerb der Mitgliedschaft im Landtag sowie nach Eintritt von Änderungen oder Ergänzungen während der Wahlperiode bei dem Präsidenten des Landtags einzureichen.

§ 42 b Rechtsanwälte

(1) Mitglieder des Landtags, die gegen Entgelt gerichtlich oder außergerichtlich für den Freistaat Thüringen auftreten

ten, haben dem Präsidenten des Landtags die Übernahme der Vertretung unverzüglich anzuzeigen.

(2) Mitglieder des Landtags, die gegen Entgelt zur Besorgung fremder Angelegenheiten gerichtlich oder außergerichtlich gegen den Freistaat Thüringen auftreten, haben dem Präsidenten des Landtags die Übernahme der Vertretung unverzüglich anzuzeigen.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten entsprechend bei gerichtlichem oder außergerichtlichem Auftreten, insbesondere für oder gegen landesunmittelbare Körperschaften, Anstalten oder Stiftungen des öffentlichen Rechts.

(4) § 42 a Abs. 6 gilt entsprechend.

§ 42 c Veröffentlichung

Die Angaben gemäß den §§ 42 a, 42 b und 42 d werden im Amtlichen Handbuch und auf den Internetseiten des Landtags barrierefrei veröffentlicht. Neben den Bezügen der Abgeordneten werden ebenso die Funktionen und Ämter der Abgeordneten im Landtag veröffentlicht, die über die normale Abgeordnetentätigkeit hinausgehen und mit Zulagen vom Landtag gemäß den Regelungen im Thüringer Abgeordnetengesetz entschädigt werden, sowie die konkrete Höhe dieser Zulagen. Die Angaben gemäß § 42 a Abs. 3 über Einkünfte werden in der Form veröffentlicht, dass bezogen auf jeden einzelnen veröffentlichten Sachverhalt die genaue Summe der Einkünfte benannt werden. Zugrunde zu legen ist hierbei das zu versteuernde Einkommen bzw. die zu versteuernden Einkünfte im Sinne des Einkommensteuergesetzes. Bei Spenden ist die genaue Summe der einzelnen Spende unter Nennung des Namens des bzw. der Spender zu veröffentlichen.

§ 42 d Spenden

(1) Ein Mitglied des Landtags hat über Geldspenden und geldwerte Zuwendungen aller Art (Spenden), die ihm für seine politische Tätigkeit zur Verfügung gestellt werden, gesondert Rechnung zu führen.

(2) Spenden sind unter Angabe des Namens und der Anschrift des Spenders sowie der Gesamthöhe dem Präsidenten des Landtags anzuzeigen und unter Angabe ihrer Höhe und Herkunft im amtlichen Handbuch sowie auf den Internetseiten des Landtags zu veröffentlichen.

(3) Für Geldspenden an ein Mitglied des Landtags findet § 25 Abs. 2 und 4 des Gesetzes über die politischen Parteien mit der Maßgabe Anwendung, dass der Präsident des Landtags zuständig ist.

(4) Geldwerte Zuwendungen sind wie Geldspenden zu behandeln mit folgender Maßgabe:

a) Geldwerte Zuwendungen aus Anlass der Wahrnehmung interparlamentarischer oder internationaler Beziehungen oder zur Teilnahme an Veranstaltungen zur Darstellung der Standpunkte des Landtags oder seiner Fraktionen gelten nicht als Spenden im Sinne dieser Vorschrift; sie sind jedoch entsprechend Absatz 2 anzuzeigen.

- b) Geldwerte Zuwendungen, die ein Mitglied des Landtags als Gastgeschenk in Bezug auf sein Mandat erhält, müssen dem Präsidenten des Landtags angezeigt und ausgehändigt werden; das Mitglied kann beantragen, das Gastgeschenk gegen Bezahlung des Gegenwerts an die Landeskasse zu behalten.
- c) Einer Anzeige bedarf es nicht, wenn der materielle Wert des Gastgeschenks einen Betrag nicht übersteigt, der in den Ausführungsbestimmungen des Ältestenrats des Landtags festgelegt wird.

(5) Der Präsident des Landtags entscheidet im Einvernehmen mit dem Vorstand des Landtags über die Verwendung angezeigter Gastgeschenke und rechtswidrig angenommener Spenden.

(6) § 42 a Abs. 6 gilt entsprechend.

§ 42 e Hinweise auf Mitgliedschaft

Hinweise auf die Mitgliedschaft im Landtag in beruflichen oder geschäftlichen Angelegenheiten sind unzulässig.

§ 42 f Interessenverknüpfung im Ausschuss

Ein Mitglied des Landtags, das entgeltlich mit einem Gegenstand beschäftigt ist, der in einem Ausschuss des Landtags zur Beratung ansteht, hat als Mitglied dieses Ausschusses vor der Beratung eine Interessenverknüpfung offenzulegen, soweit sie nicht aus den gemäß § 42 c und d veröffentlichten Angaben ersichtlich ist.

§ 42 g Rückfrage

In Zweifelsfragen ist das Mitglied des Landtags verpflichtet, sich durch Rückfragen beim Präsidenten des Landtags über den Inhalt seiner Pflichten nach den §§ 42 bis 42 f zu vergewissern.

§ 42 h Verfahren

(1) Bestehen Anhaltspunkte dafür, dass ein Mitglied des Landtags seine Pflichten aus den §§ 42 bis 42 g verletzt hat, holt die Präsidentin bzw. der Präsident des Landtags zunächst dessen Stellungnahme ein und leitet eine Prüfung in tatsächlicher und rechtlicher Hinsicht ein. Sie bzw. er kann von dem betroffenen Mitglied ergänzende Auskünfte zur Erläuterung und Aufklärung des Sachverhalts verlangen und den Vorsitzenden der Fraktion, der dieses Mitglied angehört, um Stellungnahme bitten.

(2) Ergibt sich nach der Überzeugung der Präsidentin bzw. des Präsidenten des Landtags, dass ein minder schwerer Fall bzw. leichte Fahrlässigkeit vorliegt (z. B. Überschreitung von Anzeigefristen), wird das betreffende Mitglied ermahnt. Ansonsten teilt die Präsidentin bzw. der Präsident des Landtags das Ergebnis der Prüfung dem Vorstand des Landtags und den Vorsitzenden der Fraktionen mit. Der Vorstand stellt nach Anhörung des betroffenen Mitglieds fest, ob ein Verstoß gegen eine Verpflichtung aus den §§ 42

bis 42 g vorliegt. Die Feststellung des Vorstands, dass ein Mitglied des Landtags seine Pflichten aus den §§ 42 bis 42 g verletzt hat, wird unbeschadet weiterer Sanktionen nach § 42 als Drucksache veröffentlicht. Die Feststellung, dass eine Verletzung nicht vorliegt, wird auf Wunsch des Mitglieds des Landtags veröffentlicht.

(3) Bestehen Anhaltspunkte für eine Pflichtverletzung gegen ein Mitglied des Vorstands oder gegen einen Fraktionsvorsitzenden, nimmt das betroffene Mitglied des Landtags an Sitzungen im Rahmen dieses Verfahrens nicht teil. Anstelle eines betroffenen Fraktionsvorsitzenden wird sein Stellvertreter gemäß Absatz 1 angehört und gemäß Absatz 2 unterrichtet. Bestehen Anhaltspunkte dafür, dass der Präsident des Landtags seine Pflichten nach den §§ 42 bis 42 g verletzt hat, hat sein Stellvertreter nach den Vorschriften der Absätze 1 und 2 zu verfahren.

(4) Der Vorstand kann gegen das Mitglied des Landtags, das seine Anzeigepflicht verletzt hat, nach erneuter Anhörung ein Ordnungsgeld festsetzen. Die Höhe des Ordnungsgeldes bemisst sich nach der Schwere des Einzelfalls und nach dem Grad des Verschuldens. Es kann bis zur Höhe der Hälfte der jährlichen Grundentschädigung festgesetzt werden. Die Präsidentin bzw. der Präsident des Landtags führt die Festsetzung aus. Auf Wunsch des betreffenden Mitglieds kann eine Ratenzahlung vereinbart werden. § 45 Satz 3 gilt entsprechend.

(5) In Fällen des § 42 Abs. 3 leitet die Präsidentin bzw. der Präsident des Landtags nach Anhörung des betroffenen Mitglieds eine Prüfung in tatsächlicher und rechtlicher Hinsicht ein. Dabei ist bei der Prüfung auf Vorliegen einer angemessenen Gegenleistung im Sinne des § 42 Abs. 2 Satz 3 auf die Verkehrsüblichkeit abzustellen; hilfsweise ist entscheidend, ob Leistung und Gegenleistung offensichtlich außer Verhältnis stehen. Maßnahmen nach diesem Absatz setzen voraus, dass der Erhalt der Zuwendung oder des Vermögensvorteils nicht länger als drei Jahre zurückliegt. Die Präsidentin bzw. der Präsident des Landtags kann von dem Mitglied ergänzende Auskünfte zur Erläuterung und Aufklärung des Sachverhalts verlangen und den Vorsitzenden der Fraktion, der dieses Mitglied angehört, um Stellungnahme bitten. Ergibt sich nach der Überzeugung der Präsidentin bzw. des Präsidenten des Landtags, dass eine unzulässige Zuwendung nach § 42 Abs. 2 vorliegt, teilt sie bzw. er das Ergebnis der Überprüfung dem Vorstand und den Vorsitzenden der Fraktionen mit. Der Vorstand stellt nach Anhörung des betroffenen Mitglieds fest, ob ein Verstoß gegen § 42 Abs. 2 vorliegt. Die Präsidentin bzw. der Präsident des Landtags macht den Anspruch gemäß § 42 Abs. 3 im Wege eines Verwaltungsakts geltend. Die Feststellung, dass ein Mitglied des Landtags seine Pflichten nach dem Thüringer Abgeordnetengesetz verletzt hat, wird unbeschadet weiterer Sanktionen nach § 42 als Drucksache veröffentlicht. Die Feststellung, dass eine Verletzung nicht vorliegt, wird auf Wunsch des Mitglieds des Landtags veröffentlicht. Absatz 3 gilt entsprechend.

(6) Der Landtag beschließt als Bestandteil dieses Gesetzes spätestens zwei Monate nach dessen Inkrafttreten Verhaltensregeln für die Abgeordneten als Ausführungsbestimmungen zu den gesetzlichen Bestimmungen der §§ 42 bis 42 h. Bis zum Inkrafttreten dieser neuen Verhaltensre-

geln gelten die bisherigen Bestimmungen in entsprechender Anwendung weiter.

Artikel 3
Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Begründung:**Zu Artikel 1 (Änderung des Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes)**

Zu Nummer 1 und Nummer 2:

Notwendige redaktionelle Änderungen, die sich aus der inhaltlichen Erweiterung des bestehenden Gesetzes um einen zweiten Regelungsteil zu einem neuen Lobbyregister ergeben.

Zu Nummer 3 (Neuer Zweiter Teil - Lobbyregister)

Zu § 6 (Zweck des Lobbyregisters)

Wie schon im Vorblatt erläutert, gehört die Nachvollziehbarkeit von Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozessen im Parlament und in der Landesregierung beziehungsweise den Ministerien zu den wichtigsten Kennzeichen einer funktionierenden Demokratie. Die Bürgerinnen und Bürger haben Anspruch darauf zu erfahren, wer in welcher Weise auf die von den Abgeordneten beschlossenen Inhalte wie Einfluss nimmt. Dies gilt vor allem für die Beteiligung von Personen, die nicht selbst demokratisch legitimiert sind.

Wie (wissenschaftliche) Untersuchungen zeigen, fördern Intransparenz und auch versteckte Einflussnahme auf Abgeordnete, Fraktionen sowie die Landesregierung die Korruptionsgefährdungslagen. Daher ist es wichtig, nicht nur auf der Ebene der Gesetzgebung für diese Transparenz und Nachvollziehbarkeit der Meinungsbildung und Entscheidungsfindung zu sorgen, wie dies bisher schon mit dem Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz durch den "legislativen Fußabdruck" beim Landtag passiert. Auch die Einflussnahme auf weitere Arbeitsfelder in Parlament und Regierung muss erfasst werden. Dazu gehört ebenso offenzulegen, wer sich wie an diesen Arbeits- und Diskussionsprozessen neben den nach den geltenden gesetzlichen Vorschriften dazu vorgesehenen Akteurinnen und Akteuren beteiligt hat. Daher liegt es nahe, die vorhandene Beteiligendokumentation mit Bezug auf die konkrete Gesetzgebung um ein Lobbyregister für Einflussarbeit auf weitere Aktivitäten des Parlaments und der Regierung zu erweitern.

Zu § 7 (Begriffsbestimmungen)

Interessenvertretung, Eintragungspflichtige Tätigkeiten und Interessenvertreterin oder Interessenvertreter

Die verwendeten Definitionen orientieren sich an Problembeschreibungen, die von lobbykritischen Organisationen entwickelt wurden. Durch die Definitionen, was unter Interessenvertretung und als eintragungspflichtige Tätigkeit zu verstehen ist, ist dem Rechtsanwender oder der Rechtsanwenderin klar, welches Handeln als Lobbytätigkeit beziehungsweise Einflussnahme zu bewerten ist.

Gleiches gilt für die Interessenvertreterinnen und Interessenvertreter, so dass konsequenterweise auch Interessenvertretungen unabhängig von ihrer Rechtsfähigkeit erfasst sind.

Zu § 8 (Einrichtung eines Lobbyregisters beim Landtag)

Das beim Landtag angesiedelte neue Lobbyregister weist folgende Schwerpunkte auf: Es ist kein "Verbands-Lobbyregister", sondern viel-

mehr ein "Transparenzregister" mit Blick auf die inhaltliche Arbeits- und Entscheidungstätigkeit des Landtags, seiner Mitglieder und Fraktionen sowie der Landesregierung außerhalb von konkreten Gesetzgebungsverfahren.

Es hat damit viel stärkeren Dokumentationscharakter bezogen auf die Arbeitsabläufe der parlamentarischen Initiativen, als ein klassisches Verbänderegister. Es zeigt auch die Ziele, Inhalte und die Art und Weise der Einflussnahme transparent zu machen und verfolgt vor allem das Ziel, die Beteiligung und den konkreten inhaltlichen Beitrag Dritter zur Entscheidungsfindung des Parlaments und der Landesregierung für die Öffentlichkeit nachvollziehbar zu dokumentieren.

Deshalb haben im neuen Lobbyregister des Landtags bestimmte Einträge von Amts wegen zu erfolgen und deshalb werden die Daten auch an die Nennung der jeweiligen konkreten Initiative in Parlament oder Regierung beziehungsweise das konkret angesprochene Thema gebunden. Die Dokumentationsfunktion des Registers zum Zweck der Herstellung von umfassender Transparenz wird auch dadurch unterstrichen, dass in einem regelmäßigen Turnus eine "Aktualitätskontrolle" durchgeführt wird. Dieser Registerinhalt ist auf Basis der Beteiligientransparenzdokumentation ausgestaltet, da die Zielrichtung gleich ist, wobei sich die Beteiligientransparenzdokumentation jedoch auf den "legislativen Fußabdruck" beschränkt.

Zu § 9 (Registrierung im Lobbyregister)

Ausgehend von der Zielsetzung, die inhaltlichen Arbeitsabläufe der parlamentarischen und regierungsseitigen Initiativen offenzulegen, wird im Falle der Beteiligung mit inhaltlichen Beiträgen an diesen Initiativen eine Pflicht zur Registrierung festgeschrieben. Nur mit einer solchen Registrierungspflicht ist es möglich, ein zutreffendes Bild zu erhalten, welche Einzelpersonen, Organisationen oder Interessenvertretungen mit ihren Fach- beziehungsweise Interessenvertretungsaktivitäten auf die Themenwahl und inhaltliche Diskussion Einfluss genommen haben, die dann gegebenenfalls auch mit ihren Argumenten und Vorschlägen Eingang gefunden haben in den letztendlichen Beschlussinhalt. Um möglichst umfassend Transparenz herzustellen, sind daher gemäß Absatz 2 diese Einflussnahmen Dritter im Transparenzregister auch verpflichtend zu dokumentieren.

Wichtig ist, dass nicht nur der erste Kontakt die Registrierungspflicht auslöst, sondern jede weitere Kontaktaufnahme eine Aktualisierung der Daten nach sich zieht (insbesondere bezogen auf die konkrete Interessenvertretung).

Die in Absatz 3 festgeschriebenen Ausnahmen der Registrierungspflicht beschränken sich zum möglichst umfassenden Erhalt der Transparenzwirkungen der Regelungen auf die verfassungsrechtlich zwingend notwendigen Fälle.

Eine in vergleichbaren Gesetzen zu findende Regelung, dass nur diejenigen, die im Lobbyregister eingetragen sind, auch angehört werden können, findet sich hier nicht: Eine Einschränkung der Anhörungspersonen soll nicht erfolgen. Zudem werden ihre Beiträge in der Beteiligientransparenzdokumentation wiedergegeben.

Über die Fälle der Registrierungspflicht hinaus können sich natürliche und juristische Personen auf Antrag und mit Zustimmung des Vorstands des Thüringer Landtags in das Transparenzregister aufnehmen lassen,

um zum Beispiel zu dokumentieren, dass sie sich regelmäßig mit Anliegen und Aktivitäten an den Landtag wenden, die aber von parlamentarischen Initiativen unabhängig sind.

Zu § 10 (Inhalt der Registrierung im Lobbyregister)

An der Auflistung in dieser Vorschrift wird deutlich, dass das Transparenzregister zwei funktionale Schwerpunkte hat: zum einen die demokratische Dokumentationsfunktion bezüglich des Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesses, zum anderen aber auch die lobbykritische Offenlegungsfunktion. Diese lobbykritische Funktion wird vor allem an den Kriterien wie Interessenvertretungsbereich und Informationen zum finanziellen Volumen des Auftrags beziehungsweise der Höhe der Vergütung des Auftrags deutlich.

Zu § 11 (Ordnungsgeld)

Um die wirksame Durchsetzung der Registrierungspflichten im Sinne eines Drucks zur Schaffung von Transparenz und damit die Verwirklichung des Gesetzesziels abzusichern, werden Verstöße gegen diese Pflichten mit der Sanktionsmöglichkeit der Verhängung eines Ordnungsgelds verbunden. Die Vorschrift ist so formuliert, dass kein Ermessen darüber besteht, dass bei einem Verstoß ein Ordnungsgeld verhängt wird, aber ein Ermessen gegeben ist, hinsichtlich der Höhe des Ordnungsgelds. Allerdings ist das Ermessen hinsichtlich der Höhe wieder insofern eingeschränkt, als in dem Paragraphen auch weitere Details zur Verhängung von Ordnungsgeld geregelt werden sollen. So soll die gewählte Höhe an Art und Weise des Verstoßes anknüpfen, auch soziale Gesichtspunkte werden benannt (Pflicht zur Härtefallprüfung).

Zu § 12 (Unabhängiges Gremium)

Ein fünfköpfiges ehrenamtlich tätiges Gremium soll die Landtagspräsidentin beziehungsweise den Landtagspräsidenten und den Vorstand des Thüringer Landtags in der Arbeit unterstützen und durch Empfehlungen und Verbesserungsvorschläge das Lobbyregister stetig den realen Gegebenheiten anpassen.

Zu Nummer 4

Neue Abschnittsüberschrift - notwendig geworden durch Einfügung eines zweiten Teils - die Vorschriften des dritten Teils beziehen sich auf beide Regelungsteile.

Zu Nummer 5

Hier werden durch die Einführung neuer Paragraphen notwendig gewordene Folgeänderungen vorgenommen.

Zu Nummer 6 (Änderung § 13 - Datenschutz)

Der Datenschutz bezogen auf die Beteiligtentransparenzdokumentation und das Lobbyregister wurden zusammengeführt. Werden Änderungen durch Interessenvertretungen vorgenommen, so sollen diese nachvollziehbar dokumentiert werden.

Zu Nummer 7 (neuer § 14 - Jahresbericht, Evaluierung)

Der Wortlaut des neuen § 15 entspricht in Teilen dem Wortlaut des bisherigen § 7 und wurde ergänzt durch die Tätigkeit des unabhängigen Gremiums.

Zu Nummer 8 (neuer § 15 - Übergangsregelung)

Die Übergangsregelung soll gewährleisten, dass das Lobbyregister als Arbeitsgrundlage vorhanden ist und dann rechtsicher die Eintragungen vorgenommen werden können.

Zu Artikel 2 (Änderung des Thüringer Abgeordnetengesetzes)

Die Struktur der bisherigen §§ 42 bis 42 h bleibt weitestgehend erhalten. In diesen Vorschriften werden zur Weiterentwicklung der Transparenz und zur weiteren Stärkung des Offenlegungsprinzips bezüglich der Tätigkeiten und Einkünfte der Abgeordneten sowie Spenden an diese, einige Änderungen im Vergleich zu den bisher geltenden Vorschriften vorgenommen. In § 42 wird eine Verschärfung hinsichtlich der Zulässigkeit von Nebentätigkeiten vorgenommen. Tätigkeiten, die schon von ihrer "formalen" Ausgestaltung her deutliche Interessenkonflikte und eine Gefährdung der Unabhängigkeit der Mandatsausübung in sich tragen, sollen zukünftig unvereinbar mit dem Mandat sein. Die Freigrenzen hinsichtlich der Anzeige und Veröffentlichungspflicht werden in § 42 a - und damit auch - ungeschrieben und infolge - in § 42 d deutlich abgesenkt. Eine Anzeige und Veröffentlichung, nach den umfassenden Kriterien des § 42 also auch Auftraggeber sowie Art des Auftrags, erfolgt anders als bisher nicht mehr in Wertstufen, sondern als konkrete Beträge genau auf Euro und Cent. Maßgebend ist die Art und Weise der steuerpflichtigen Angaben gegenüber dem Finanzamt.

Entsprechendes gilt hinsichtlich § 42 d für die Freigrenze der Anzeige- und Veröffentlichungspflicht bei Spenden: Spenden sind ab dem ersten Euro anzeigespflichtig und werden veröffentlicht. Orientiert an den Regelungen für Beschäftigte des öffentlichen Dienstes sind Zuwendungen als stillschweigend genehmigt zu betrachten, sofern deren Wert 25 Euro nicht übersteigt. In § 42 h Abs. 6 werden die Verhaltensregeln der Abgeordneten zwecks höherer Rechtssicherheit von der Ebene der Geschäftsordnung als einer Art Selbstverpflichtung auf die gesetzliche Ebene gehoben.

Zu Artikel 3 (Inkrafttreten)

Die Vorschrift regelt das Inkrafttreten des Gesetzes.

Für die Fraktion
DIE LINKE:

Für die Fraktion
der SPD:

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN:

Blehschmidt

Lehmann

Henfling

2. Vom Einbringer übersandte Daten

(Vom Einbringer wurden bisher keine Daten übersandt.)

3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge

Die folgenden natürlichen und juristischen Personen haben sich im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens beteiligt.

Thüringer Rechnungshof

Thüringer Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit

Evangelisches Büro Thüringen

LIGA der Freien Wohlfahrtspflege e.V. in Thüringen

LOFT - Landesorganisation der freien Bildungsträger in der Erwachsenenbildung Thüringen e. V.

Katholisches Büro Erfurt

Verband der Wirtschaft Thüringens e.V.

Thüringischer Landkreistag

Degepol Deutsche Gesellschaft für Politikberatung e. V.

Hochschule des Bundes für Öffentliche Verwaltung, Zentraler Lehrbereich, Staats- und Europarecht, Politik

Transparency International Deutschland e.V.

Prof. Dr. Bernhagen, Universität Stuttgart, Institut für Sozialwissenschaften

LobbyControl e.V.

Prof. Dr. Scholz

Die Beiträge der Beteiligten sind in der Beteiligientransparenzdokumentation nur enthalten, wenn die Zustimmung zur Veröffentlichung erteilt wurde.

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Zu welchem <u>Gesetzentwurf</u> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zur Herstellung von mehr Transparenz in der Politik Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/3356 - Thüringer Gesetz zur Stärkung der parlamentarischen Demokratie durch maximale Transparenz Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/3387 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
1.	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black;">Thüringer Rechnungshof</td> <td></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black;">Burgstraße 1</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black;">07407 Rudolstadt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Thüringer Rechnungshof		Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Burgstraße 1	Postleitzahl, Ort	07407 Rudolstadt
	Name	Organisationsform									
	Thüringer Rechnungshof										
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Burgstraße 1									
Postleitzahl, Ort	07407 Rudolstadt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG)</small>										
2.	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black;">Vorname</td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="border-bottom: 1px solid black;"> <div style="display: flex; justify-content: space-between;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse </div> <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname	<div style="display: flex; justify-content: space-between;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse </div> <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort			
	Name	Vorname									
	<div style="display: flex; justify-content: space-between;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse </div> <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
	Postleitzahl, Ort										
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilG)</small>										
	Finanzkontrolle										
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <div style="margin-top: 10px;"> <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt? </div>										

	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetelldokG)	
	Die Gesetzentwürfe zur Einführung eines Lobbyregisters führen zu umfassenden Registrierungspflichten, die geeignet sind, Hürden für die Interessenwahrnehmung zu schaffen. Vollzugsgeeignetheit und die Rechtsfolgen sind nicht ausreichend abgeschätzt worden. Der Rechnungshof spricht sich für eine Reduzierung der Registrierungspflichten aus. Ergänzend empfiehlt er, für die Exekutive Maßnahmen zur Verbesserung der Entscheidungsqualität zu prüfen.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetelldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetelldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBetelldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Rudolstadt, 23.06.2021	(Ohne Unterschrift, da elektronisch erstellt)



Der Präsident

Thüringer Rechnungshof • Postfach 10 01 37 • 07391 Rudolstadt

Mitglieder des
Ausschusses Migration, Justiz
und Verbraucherschutz
des Thüringer Landtags
Jürgen-Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt

Durchwahl

Ihr Zeichen
Drs. 7/3356, Drs. 7/3387)

Ihre Nachricht vom
4. Juni 2021

Unser Zeichen
(bitte bei Antwort angeben)

Rudolstadt,
23. Juni 2021

**Thüringer Gesetz zur Herstellung von mehr Transparenz in der Politik
Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN**

- Drucksache 7/3356 -

**Thüringer Gesetz zur Stärkung der parlamentarischen Demokratie
durch maximale Transparenz**

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU

- Drucksache 7/3387 -

hier: Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer
Landtags

Bitte des Ausschusses für Migration, Justiz und Verbraucherschutz um
Äußerung gemäß § 111 Abs. 4 GO

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

der Thüringer Rechnungshof nimmt zu den oben genannten Gesetz-
entwürfen wie folgt Stellung:

Grundsätzlich ist die Offenlegung von Interessen durch ein Lobbyregister
geeignet, Einflussnahmen auf Willensbildungsprozesse im Landtag und in
der Landesregierung sichtbar zu machen. Sie ermöglicht, Entscheidungen,
Regelungsvorschläge und Abstimmungsverhalten unter Berücksichtigung
von vorgebrachten Einzel- und Gesamtinteressen zu beurteilen. Sie ist damit
grundsätzlich geeignet, den sparsamen und wirtschaftlichen Umgang mit
Landesmitteln zu fördern. Deshalb sieht auch der Rechnungshof in einem
Lobbyregister ein Instrument zur Verbesserung der Entscheidungsqualität
und der Kontrolle durch die Öffentlichkeit.

Gleichwohl berühren die Mitteilungspflichten, die Veröffentlichung und
Maßnahmen durch Grundgesetz und Thüringer Verfassung geschützte
Bereiche, sei es auf der Ebene der Grundrechte, der Rechte des freien
Mandats, aber auch des exekutiven Kernbereichs. Die Registrierungspflich-
ten generieren bei allen Interessenvertretern einen nennenswerten Büroka-
teaufwand.

Thüringer
Rechnungshof
Burgstraße 1
07407 Rudolstadt

www.rechnungshof.thueringen.de

Gegen die vorgelegten Gesetzentwürfe, die in teils unterschiedlicher Weise umfassend Registrierungsspflichten schaffen, bestehen Bedenken. Mit Blick auf die Aufgaben des Der Rechnungshofs nimmt mit Blick auf seine Aufgaben zu den Gesetzentwürfen unter Berücksichtigung des Fragenkatalogs wie folgt Stellung:

I. Änderung des Thüringer Betelligtentransparenzdokumentationsgesetzes

Durch die beiden Gesetzentwürfe in den Drucksachen 7/3356 und 7/3387 sollen Lobbyregister eingeführt werden, bei denen Einflussnahmen auf legislative und exekutive Vorgänge erfasst und veröffentlicht werden sollen.

In beiden Gesetzentwürfen wird der Begriff Interessenvertretung verwendet. Die Definitionen in Art. 1 Nr. 3 (§ 7 Abs. 1 ThürBeteilidokG-E) der Drs. 7/3356 sowie die Bestimmung der Registrierungsspflicht in Art. 1 Nr. 2 (§ 2 Abs. 1 ThürBeteilidokG-E) der Drs. 7/3387 und der Zweck der Regelungen führen dazu, dass grundsätzlich jede auch eigennützige Einflussnahme erfasst wird. Dies wird vom Rechnungshof als grundsätzlich sachgerecht erachtet.

1. Zum Anwendungsbereich

Beide Gesetzentwürfe erfassen im unterschiedlichen Ausmaß die Interessenvertretung gegenüber der Legislative und der Exekutive. Während in der Drs. 7/3356 Art. 1 Nr. 3 (§ 7 Abs. 1 ThürBeteilidokG-E) u. a. die Interessenvertretung gegenüber der obersten Landesbehörde erfasst werden soll, beschränkt sich nach der Drs. 7/3387 die Registrierungsspflicht bei der Exekutive auf die Landesregierung im engeren Sinne. Die ausdrückliche Nennung der Mitglieder der Landesregierung im Normtext (Drs. 7/3387 Art. 1 Nr. 3 (§ 3 Abs. 1 Satz 1 ThürBeteilidokG-E)) legt die Auslegung nahe, dass in diesem Fall die obersten Landesbehörden bzw. die Geschäftsbereiche der Mitglieder der Landesregierung nicht erfasst sein sollen.

Klärungsbedürftig ist, ob die nach dieser Norm zu erfassende mittelbare Einflussnahme im Ergebnis doch zur Erfassung der Einflussnahmen auf die obersten Landesbehörden führt.

Durch eine Begrenzung auf die Mitglieder der Landesregierung würde die Einflussnahme auf Staatssekretäre oder Abteilungsleiter und damit eine Vielzahl relevanter Einflussnahmen nicht erfasst. Unklar wäre auch, ob allgemein an die Ministerien gerichtete Schreiben, von denen nicht bekannt ist, ob sie dem Mitglied der Landesregierung vorgelegt wurden, eine Registrierungsspflicht auslösen. Jedenfalls wäre dem Dritten wegen der fehlenden Kenntnis von den ministeriumsinternen Vorgängen nicht bekannt, ob er einer Registrierungsspflicht unterliegt.

Hingegen führt die Erfassung der Einflussnahmen auf die obersten Landesbehörden zu einer schwer überschaubaren Anzahl von registrierungspflichtigen Kontakten. Problematisch wird der weite Anwendungsbereich in Verbindung mit dem Umfang der Registrierungsspflicht bzw. dem Registerinhalt (s. hierzu I Nr. 2).

2. Zum Umfang der Registrierungspflicht nach Drs. 7/3356 Nr. 3 (zu §§ 7 und 9 ThürBeteilddokG-E) und Drs. 7/3387 Nr. 2 (zu § 2 ThürBeteilddokG-E)

Nach dem Gesetzentwurf in der Drs. 7/3356 (Art. 1 Nr. 3, § 7 Abs. 2 ThürBeteilddokG-E) werden alle Kommunikationsverhältnisse der obersten Landesbehörden erfasst, sobald sie einen Bezug u. a. zu einer generellen Regelung (auch Verwaltungsvorschriften, Richtlinien) oder zu Kabinettsvorlagen entfalten. Damit lösen auch beiläufige Äußerungen und Informationen in einem Kommunikationsverhältnis die Registrierungspflichten aus. Ähnliches gilt für Art. 1 Nr. 2 zu § 2 Abs. 1 ThürBeteilddokG-E der Drs. 7/3387. Das ist sehr weitgehend. Beispielsweise selten Fälle genannt, in denen bei der Rücksprache oder Stellungnahme eines kleinen gemeinnützigen Vereins zu einem Förderantrag bereits mit beiläufigen verallgemeinernden Aussagen eine Registrierungspflicht ausgelöst werden kann und sämtliche Informationen über Vorstandsmitglieder, Finanzen und Mitglieder usw. – sowie alle künftigen Veränderungen – mitgeteilt werden müssen.

Nach Art. 1 Nr. 2 zu § 3 Abs. 1 Nr. 1 b) ThürBeteilddokG-E in der Drs. 7/3387 löst ein inhaltlicher Bezug auf die Umsetzung einer bestehenden Förderrichtlinie eine Registrierungspflicht aus. Damit würden sogar Förderanträge zu einer Registrierungspflicht und zu den Informationspflichten führen.

Der Rechnungshof hat Zweifel, ob die Vielzahl der dadurch entstehenden Registrierungen und der dem Land und den Betroffenen entstehende Bürokratieaufwand im angemessenen Verhältnis zum Nutzen stehen. Er sieht zudem die Gefahr, dass trotz der geplanten Sanktionierung von Verstößen gegen die Registrierungspflicht die sehr weitgehenden Regelungen aufgrund ihres Bürokratieaufwands nicht vollzogen bzw. gelebt werden. Es sollte auch erwogen werden, ob wesentliche relevante Informationen in der Vielzahl der Registrierungen untergehen.

Beschränkungen sind möglich, indem die registrierungspflichtigen Interessenvertreter enger definiert und/oder weitere Ausnahmen von der Registrierungspflicht normiert werden.

a) Registrierungspflichtige Interessenvertreter

Das Gesetz zur Einführung des Lobbyregisters für die Interessenvertretung gegenüber dem Deutschen Bundestag und gegenüber der Bundesregierung (Lobbyregistergesetz-LobbyRG) vom 16. April 2021 ist hier wesentlich zurückhaltender angelegt. Danach müssen Interessenvertreter nur eingetragen werden, wenn die Interessenvertretung regelmäßig betrieben wird, auf Dauer angelegt ist, die Interessenvertretung geschäftsmäßig für Dritte betrieben wird oder innerhalb der jeweils letzten drei Monate mehr als 50 unterschiedliche Interessenvertretungskontakte aufgenommen wurden, vgl. § 2 Abs. 1 LobbyRG. Dazu sieht § 3 Abs. 2 bis 4 LobbyRG eine Vielzahl von Ausnahmen vor.

Der Rechnungshof regt an zu prüfen, inwieweit für Thüringen ebenfalls eine Beschränkung sachlich geboten ist.

b) Ausnahmen

Nach Auffassung des Rechnungshofs lässt sich die Wahrnehmung des Petitionsrechts nicht immer eindeutig von anderen Einflussnahmen

abgrenzen. Zwar sehen beide Gesetze vor, dass Petitionen nach Art. 14 ThürVerf ausgenommen werden (Drs. 7/3356 Art. 1 Nr. 3, § 9 Abs. 3 a. E. ThürBeteilddokG-E und Drs. 7/3387 Art. 1 Nr. 2, § 2 Abs. 4 Nr. 8 ThürBeteilddokG-E), jedoch dürfte bei vielen Einflussnahmen zugleich die Voraussetzung einer Petition vorliegen, nämlich die Bitte oder Beschwerde an eine zuständige Stelle. Petitionen können auch im Fremd- oder Allgemeininteresse gestellt werden (vgl. Jarass in: Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Kommentar, Art. 17 Rn. 5). Der Rechnungshof sieht die Schwierigkeit, bei natürlichen Personen die registrierungspflichtigen Vorgänge von der Wahrnehmung des Petitionsrechts abzugrenzen.

Wenn die Interessenvertretung natürlicher Personen, die persönliche Interessen wahrnehmen, nicht registrierungspflichtig wären (vgl. § 2 Abs. 2 Nr. 1 LobbyRG), würde die Zahl der registrierungspflichtigen Vorgänge reduziert und zugleich mehr Rechtsicherheit geschaffen. Ggf. würden damit auch relevante Vorgänge nicht erfasst, jedoch rechtfertigt das grundsätzlich nicht einzuschränkende Petitionsrecht diese Einschränkung der Registrierungspflicht.

Als Ausnahmefall von der Registrierungspflicht wird in Drs. 7/3387 Art. 1 Nr. 2 (§ 2 Abs. 4 Nr. 2 ThürBeteilddokG-E) die Tätigkeit der kommunalen Spitzenverbände genannt. Dies ist im Hinblick auf deren Organisation als eingetragene Vereine, die auch Eigeninteressen haben, nicht sachgerecht. Die kommunalen Spitzenverbände unterliegen keiner staatlicher Rechtsaufsicht.

Bezüglich der Registrierungspflicht für Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts sieht der Gesetzentwurf in der Drs. 7/3356 Art. 1 Nr. 3 zu § 9 Abs. 3 ThürBeteilddokG-E keine Ausnahme vor. Der Rechnungshof geht davon aus, dass für die Tätigkeit von Anstalten und Körperschaften des öffentlichen Rechts keine Registrierungspflicht erforderlich ist, denn sie nehmen ihre Aufgaben als öffentliche Aufgaben wahr. Dies gilt auch für den Fall, dass sie Interessen der Wirtschaft vertreten.

Da die Funktionsämter von Anstalten und Körperschaften des öffentlichen Rechts auch öffentliche Ämter sind, werden sie nach Auffassung des Rechnungshofs im Gesetzentwurf in der Drs. 7/3387 Art. 1 Nr. 2 zu § 2 Abs. 4 Nr. 2 ThürBeteilddokG-E als Ausnahme von der Registrierungspflicht freigestellt. Deutlicher wäre es, diese ausdrücklich in den Ausnahmen zu benennen.

c) Registrierungspflichtige Vorgänge

Die exekutiven Vorgänge, die eine Registrierungspflicht auslösen sollen, sind in den Entwürfen nicht hinreichend bestimmt.

So sollen beispielsweise im Gesetzentwurf der Drs. 7/3387 Beiträge oder Informationen mit inhaltlichen Bezügen zu Entscheidungsprozessen zu Beschlüssen jeder Art zu einer Registrierungspflicht führen (Art. 1 Nr. 1, § 2 Abs. 1 Nr. 1 a ThürBeteilddokG-E).

Nach dem Regelungsentwurf in der Drs. 7/3356 reicht unter vielem anderem bereits ein inhaltlicher Bezug zu Kabinettsvorlagen (Art. 1 Nr. 3, § 7 Abs. 2 Nr. 2 ThürBeteilddokG-E). Die Kabinettspflichtigkeit wird aber durch Verfassung und Gesetze nur teilweise bestimmt, vielfach beruhen diese auf dem sich aus Art. 76 ThürVerf ergebenden

Gestaltungsspielraum der Landesregierung. Ebenso reichen für eine Registrierungspflicht inhaltliche Bezüge zu Verwaltungsvorschriften. Für die registrierungspflichtigen Dritten ist bei Einflussnahmen häufig nicht erkennbar, welche Auswirkungen ihre Einflussnahmen haben. Beispielsweise wird ihnen häufig nicht bekannt sein, ob die Landesregierung überhaupt eine Richtlinie erlässt und welche Themen im Kabinett beraten werden. Gegebenenfalls können Registrierungspflichten erst im Nachgang entstehen, wenn eine Angelegenheit Gegenstand einer Kabinettsvorlage wird. Auch dies ist für Dritte nicht erkennbar.

Der Rechnungshof sieht die Notwendigkeit, die registrierungspflichtigen Vorgänge bestimmter zu fassen und dabei auch auf die Vorausssehbarkeit für den Normadressaten abzustellen.

d) Registerinhalt

Nach dem Gesetzentwurf in der Drs. 7/3356 ist jede Kontaktaufnahme mit konkretem Bezug, Inhalt und Form mitzuteilen und zu veröffentlichen (Art. 1 Nr. 3 zu §§ 7 Abs. 2, 8, 9 Abs. 1 Satz 2 und 10 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG-E). Auch in dem Gesetzentwurf in der Drs. 7/3387 soll nach § 3 Abs. 2 Nr. 16 ThürBeteilddokG-E der wesentliche Inhalt des Beitrags zu den registrierungspflichtigen Vorgängen dokumentiert werden. Beide Gesetzentwürfe sehen darüber hinaus die Erfassung und Veröffentlichung einer Vielzahl von Daten vor. Der Rechnungshof hat nicht geprüft, ob sämtliche detaillierten Angaben für die Zwecke der Lobbyregister erforderlich und verhältnismäßig sind.

Zu unbestimmt ist die Regelung in Drs. 7/3356 Art. 1 Nr. 3 zu § 10 Abs. 1 Nr. 7 ThürBeteilddokG-E. Hiernach sollen die registrierungspflichtigen natürlichen und juristischen Personen „Informationen zu den finanziellen Verhältnissen [...]“ mitteilen. Der Rechnungshof hält dies auch datenschutzrechtlich für bedenklich.

Der Rechnungshof sieht zwar die Möglichkeit, dass durch den breiten Registerinhalt Hintergründe und Motivationen öffentlich werden. Dies führt aber in der Gesamtschau zu einem erheblichen Aufwand, sowohl für die Registrierten als auch die registerführende Stelle.

Aus Sicht des Rechnungshofs entwickelt sich aus Art und Umfang der Transparenz eine umfassende Kontrolle der Kommunikationsbeziehungen auch von Mitgliedern des Landtags. Der Rechnungshof hat Zweifel, ob dies mit dem freien Mandat und seiner verfassungsrechtlichen Ausgestaltung (z. B. Art. 56 Thüringer Verfassung) vereinbar ist und empfiehlt eine verfassungsrechtliche Prüfung.

e) Mitteilungspflichten der Landesregierung

Nach der Drs. 7/3387 Art. 1 Nr. 4, § 4 Abs. 1 ThürBeteilddokG-E hat die Landesregierung mit der Zuleitung der nach § 2 Abs. 1 registrierungspflichtigen Vorgänge an den Landtag auch die für das Lobbyregister vorgesehenen Daten gem. § 3 ThürBeteilddokG-E zu übermitteln. Unklar ist das Verhältnis zwischen den in § 2 Abs. 3 ThürBeteilddokG-E normierten, unmittelbar bestehenden Mitteilungspflichten für die Registrierungspflichtigen und den in § 4 des Gesetzentwurfs geregelten Mitteilungspflichten für die Landesregierung. Nach hiesigem Verständnis werden hier Mitteilungspflichten

für einen Teilbereich doppelt geregelt. Auch der Regelungsgehalt von § 4 Abs. 2 ist im Verhältnis zu Abs. 1 unklar. Der Rechnungshof empfiehlt eine rechtstechnische Prüfung.

3. Zur Gesetzesfolgenabschätzung

In beiden Gesetzentwürfen werden die Gesetzesfolgen und die Auswirkungen auf den Verwaltungsaufwand und Auswirkungen auf die exekutive Tätigkeit nicht (hinreichend) abgeschätzt.

Der Rechnungshof hat die Sorge, dass die Registrierungspflicht viele potenziell an der Entwicklung des Landes Mitwirkende und Interessierte davon abhält, ihre Anliegen der Landesregierung oder den obersten Landesbehörden mitzuteilen. Er weist darauf hin, dass gerade die Mitwirkungen aller gesellschaftlich relevanten Institutionen für das Funktionieren von Legislative und Exekutive unerlässlich ist. Ein Lobbyregister verfehlt das Ziel, wenn bürokratische Strukturen und Berichtspflichten für natürliche und juristische Personen dazu führen, dass die gesellschaftlich notwendige und sinnvolle Interessenvertretung nicht mehr oder nur noch konzentriert durch leistungsfähige Verbände stattfindet.

Sofern sich die Mitteilungspflichten der Landesregierung auf die Fälle der Zuleitung registrierungspflichtiger Vorgänge an den Landtag nach § 4 Abs. 1 ThürBetelldokG-E der Drs. 7/3387 beschränkt, entsteht ein Vollzugsproblem. Bei den Vorgängen, die zwar nach § 2 Abs. 1 ThürBetelldokG-E registrierungspflichtig sind, aber dem Landtag nicht zugeleitet werden, werden die registrierungspflichtigen Vorgänge nur dann dem Landtag bekannt, wenn der Registrierungspflichtige seiner Pflicht unmittelbar nachkommt. Neben der ggf. dem Landtag fehlenden Kenntnis von der Registrierungsspflicht, könnte eine fehlende Kontrolle des Vollzugs zu einem Absehen von Mitteilungspflichten verführen. Das Ausbleiben eines gleichmäßigen Gesetzesvollzugs liegt nahe. Gleiches gilt für den Antrag in der Drs. 7/3356.

Andererseits würde eine Pflicht der Landesregierung, alle registrierungspflichtigen Kontakte mit exekutivem Zusammenhang dem Landtag mitzuteilen, zu einem erheblichen Verwaltungsmehraufwand führen. Der Rechnungshof hat erhebliche Bedenken, ob dieser Aufwand im Verhältnis zum Nutzen steht.

Die breit aufgestellten Registerinhalte, die registrierungspflichtigen Kontakte und Vorgänge, der weite Anwendungsbereich und die fortlaufenden Aktualisierungspflichten der Registrierten zeigen die Erforderlichkeit, die Gesetzesfolgen vertiefter abzuschätzen.

In die Erwägungen sollte einbezogen werden, dass ein Lobbyregister viele Einflussnahmen ohnehin nicht erfasst (s. hierzu auch Nr. 5). Ob angesichts dessen der Aufwand für die vorgeschlagenen umfassenden Lobbyregister gerechtfertigt ist, bezweifelt der Rechnungshof.

4. Zur Gewaltenteilung

Sachlich erfasst die Registrierungsspflicht vielfach exekutive Vorgänge, für die beim Landtag ein Register geführt wird und bei denen bei Verstößen Bußgelder bzw. Ordnungsgelder verhängt werden können.

Wenn der Landtagspräsident nach Drs. 7/3387 Art. 1 Nr. 5 (§ 5 Abs. 3 ThürBeteilddokG-E) die Registrierungspflichtigen von jeglichen Beteiligungsverfahren nach § 2 Abs. 1 ThürBeteilddokG-E ausschließen kann – also auch bei kabinettspflichtigen und nicht kabinettspflichtigen Entscheidungen der Exekutive – greifen diese Regelungen unmittelbar und nachhaltig in die Kompetenzen und Aufgabe der Exekutive ein. Der Rechnungshof empfiehlt dringend eine verfassungsrechtliche Prüfung.

5. Zur Ordnungswidrigkeit/zum Ordnungsgeld

Beide Gesetzentwürfe sehen für Verstöße gegen die Registrierungspflicht Ordnungsgelder bzw. Geldbußen vor. Wegen des breiten Anwendungsbereichs, der umfassend aufgestellten Registrierungspflichtigen und der Registerinhalte wird – wie bereits ausgeführt – eine vielfach einfache Kontaktaufnahme erheblich erschwert und schließlich bei Verletzung von Registrierungspflichten sanktioniert. Der Rechnungshof hat erhebliche Zweifel, ob diese Strukturen geeignet sind, die politische Beteiligung und die Wahrnehmung von eigenen Interessen zu fördern.

Rechtlich problematisch ist dabei insbesondere, dass die Tatbestände, die Buß- oder Ordnungsgelder nach sich ziehen können, nicht hinreichend bestimmt sind. (s. o.).

6. Nicht erfasste Einflussnahmen

Trotz des erheblichen Umfangs der Registrierungspflichten werden viele relevanten Interessen und Einflussnahmen nicht offengelegt werden. Persönlich motivierte Einflussnahmen und Entscheidungen von Mitgliedern der Landesregierung, Staatssekretären oder Mitarbeitern des Landes, die sich auch aus eigenen, familiären und verwandtschaftlichen Umständen ergeben können, werden nicht erfasst. So können auch Mitglieder eines Vereins in der Ministerialverwaltung durchaus mit konzeptionellen Aufgaben betraut werden, die sich letztlich auch auf Förderungen an den Verein auswirken können.

Die nach § 20 VwVfG bestehenden Regelungen und auch die Einschränkungen des Vergaberechts können bei Beachtung verhindern, dass die konkreten Entscheidungen nicht durch die in den Normen erfassten Personen getroffen werden. Sie schließen aber häufig vorherige, mittelbare und informelle Einflussnahmen nicht aus. Diese werden nicht transparent.

Ebenfalls nicht erfasst werden die Einflussnahmen von Parteil Mitgliedern im Rahmen der parteiinternen Arbeit (Drs. 7/3387 Art. 1 Nr. 2 zu § 2 Abs. 4 Nr. 4 ThürBeteilddokG-E). Deren Anregungen nehmen Entscheidungsträger in ihre Ämter mit, ohne dass in diesen Fällen das ggf. zugrundeliegende Fremd- und Eigeninteresse offenkundig wird.

Der Rechnungshof vertritt daher die Auffassung, dass die beabsichtigten Wirkungen zur Herstellung der Transparenz mit einem Lobbyregister nur unzureichend erzielt werden. Um das Ziel zu erreichen, dass die politischen und sächlichen Entscheidungen verwaltungs- und regierungsintern unbefangen, sachlich zutreffend und sorgfältig abgewogen werden, regt er an, das Augenmerk zusätzlich und unmittelbar auf die Entscheidungen der Exekutive zu richten.

Beispielsweise zeigen Prüfungserfahrungen und die Betellungen des Rechnungshofs bei dem Erlass von Richtlinien vielfach, dass im Bereich der Exekutive die Notwendigkeit und das Landesinteresse von Förderungen oftmals nicht hinreichend begründet und die Wirtschaftlichkeit sowie die Wirkung von Ausgaben nicht hinreichend geprüft werden. Landesinteresse und Auswahlentscheidungen dürfen nicht mit dem politischen Willen begründet werden. Das genügt nicht, erforderlich ist immer eine sachliche Begründung.

Es sollte geprüft werden, ob Entscheidungsprozesse durch rechtliche Vorgaben sachgerechter und transparenter ausgestaltet werden können (z. B. Berichtspflichten für Vergabeverfahren, in denen in obersten Landesbehörden von der öffentlichen Ausschreibung abgewichen wird oder bei denen der Beschaffungsvorgang durch die Ansprache eines Externen erst initiiert wurde; Verpflichtung zum Förderaufruf, um in einem Auswahlverfahren Konzepte und Kosten abwägen zu können (Wettbewerb unter Zuwendungsempfängern); Ausweitung von Bestimmungen zur Vermeidung von Interessenkollisionen in Behörden; erweiterte Ausschreibungspflichten für öffentliche Ämter).

II. Änderung des Thüringer Abgeordnetengesetzes

Beide Gesetzentwürfe sehen eine Änderung des Thüringer Abgeordnetengesetzes vor.

Unzulässigkeit von Tätigkeiten mit Interessenkonflikten

Nach den Änderungsvorschlägen in der Drucksache 7/3356 zu § 42 Abs. 1 ThürAbgG sollen die Tätigkeiten von Abgeordneten unzulässig sein, wenn konkrete Anhaltspunkte dafür bestehen, dass sie die unvoreingenommene und unabhängige Mandatsausübung beeinträchtigen können. Die Schwäche der Norm liegt in der Bewertung, wann von einer Beeinträchtigung ausgegangen werden kann. Auslegungsschwierigkeiten können dazu führen, dass jemand an der Übernahme des Mandats gehindert wird.

Entgeltliche Interessenvertretung (§ 42 Abs. 1 ThürAbgG)

Der Änderungsvorschlag in der Drucksache 7/3387 Art. 2 Nr. 1 zu § 42 Abs. 1 ThürAbgG, die Unzulässigkeit der entgeltlichen Interessenvertretung für einen Dritten im Landtag oder gegenüber der Landesregierung, erscheint grundsätzlich geeignet, zur Unwirtschaftlichkeit führende Einflussnahmen zu verhindern. Unklar scheint aber das Verhältnis zu § 42b Abs. 2 ThürAbgG zu sein, wonach lediglich eine Anzeigepflicht besteht, wenn Mitglieder des Landtags als Rechtsanwälte außergerichtlich gegen das Land auftreten.

Zur Annahme von Spenden (§ 42 Abs. 2 ThürAbgG)

Während der Gesetzentwurf in der Drs. 7/3356 noch Spenden an Abgeordnete zulässt, deren Höhe unter Nennung des Namens des Spenders zu veröffentlichen ist (vgl. § 42c ThürAbgG-E), soll nach dem Gesetzentwurf in der Drs. 7/3387 zu § 42 Abs. 2 bereits eine Spende, die beim Abgeordneten verbleiben soll, unzulässig sein.

Diese Regelungen scheinen jeweils geeignet, Interessenkollisionen möglichst auszuschließen oder zumindest transparent zu machen.

Anzeigepflicht von Immobilienbesitz und Beteiligungen (§§ 42 Abs. 4, 42a ThürAbgG)

Die in Drs. 3387 Art. 2 Nr. 2 zu §§ 42 Abs. 4, 42a Nummer 7 und 8 ThürAbgG beabsichtigte Ergänzung, nicht nur Tätigkeiten, sondern auch persönliche finanzielle Umstände in die Anzeigepflichten aufzunehmen, kann grundsätzlich nachvollzogen werden. So sollen nicht selbst genutzter Immobilienbesitz, Beteiligungen an Gesellschaften über 5 % der Anteile sowie Aktienoptionen und andere Optionen auf Gesellschaftsanteile mitgeteilt werden.

Die Einschränkung auf 5 % ist nicht begründet: Sollen nicht nur die Tätigkeiten, sondern finanzielle Vorteile die Anzeigepflicht auslösen, kommt es auf die Beteiligungsquote nicht an. Relevant müsste dann der Beteiligungswert sein. Insoweit ist die vorgeschlagene Regelung inkonsistent. Freilich birgt eine weitere Erfassung von Anteilen an Unternehmen tatsächliche Probleme, beispielsweise wenn ein Abgeordneter im Rahmen einer nur geringfügigen Vermögensverwaltung Aktiengeschäfte vornimmt.

Zu den Wertgrenzen bei den Mitteilungspflichten über Einkünfte (§§ 42a, 42c ThürAbgG)

Beide Gesetzentwürfe sehen den Wegfall von Wertgrenzen bei der Mitteilungspflicht (§ 42a Abs. 3 ThürAbgG) von Einkünften vor. Geringfügige Unterschiede ergeben sich durch die unterschiedliche Ausgestaltung der Veröffentlichungen nach § 42 c ThürAbgG.

Gegen die Verschärfung der Anzeige- und Veröffentlichungspflichten in der Drs. 7/3356 bestehen insoweit Bedenken, als Vertragsbeziehungen und Mandanten von Rechtsanwälten öffentlich werden, die nicht die Mandatsausübung des Abgeordneten beeinträchtigen (s. Art. 2 § 42b und c ThürAbgG-E). Der Rechnungshof hat erhebliche Bedenken, ob die Veröffentlichung dieser Daten mit dem Datenschutz vereinbar ist.

III. Fragenkatalog

Zur Beantwortung des Fragenkatalogs wird auf die Ausführungen zu I. und II. verwiesen. Ergänzend wird zu Frage 19 wie folgt Stellung genommen:

Die Frage 19 wird dahingehend verstanden, ob bei den in § 42 ThürAbgG vorgesehenen Verwaltungsverfahren der Rechnungshof tätig werden sollte. Der Rechnungshof vertritt die Auffassung, dass die Abgeordneten betreffenden Verfahren von dem Landtag eigenständig zu führen sind.

Sofern gemeint sein sollte, ob die Mitglieder des Rechnungshofs einem Verfahren nach § 42 ThürAbgG unterworfen werden sollte, sei darauf hingewiesen, dass die Mitglieder des Rechnungshofs den Regelungen des Gesetzes über den Thüringer Rechnungshof unterliegen.

Mit freundlichen Grüßen

(Ohne Unterschrift, da elektronisch erstellt)

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zur Herstellung von mehr Transparenz in der Politik Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/3356 -											
Thüringer Gesetz zur Stärkung der parlamentarischen Demokratie durch maximale Transparenz Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/3387 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Thüringer Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (TLfDI)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Aufsichtsbehörde</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Häßlerstraße 8</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">99096 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Thüringer Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (TLfDI)	Aufsichtsbehörde	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Häßlerstraße 8	Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	Thüringer Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (TLfDI)	Aufsichtsbehörde									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Häßlerstraße 8									
Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 2px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer			
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
Straße, Hausnummer											

	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Datenschutzrechtliche Beratung und Kontrolle sowie Beratung und Ombudsstelle für Angelegenheiten nach dem Thüringer Transparenzgesetz	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	<ul style="list-style-type: none"> - Frage der Auftragsverarbeitung bzw. der gemeinsamen Verantwortlichkeit von Landtag und Landesregierung zur Drs. 7/3356 erörtert, - Grundsatz der Datenminimierung bei Art. 1 § 10 Abs. 1 Nr. 7 ThürBeteilddokG-E am Begriff der „finanziellen Verhältnisse“ in der Drs. 7/3356 erörtert, - Grundsatz der Integrität und der Vertraulichkeit bei der Wahrnehmung der Aufgaben der Mitglieder des Unabhängigen Gremiums gem. Art. 1 § 12 Abs. 1 ThürBeteilddokG-E in der Drs. 7/3356 erörtert, - Präzisere Ausgestaltung des Wortlauts in Art. 1 § 13 Abs. 4 ThürBeteilddokG-E in der Drs. 7/3356 angeraten, - Beachtung und Prüfung des Grundsatzes der Datenminimierung bei den Aufzählungen in Art. 1 § 3 ThürBeteilddokG-E in der Drs. 7/3387, - Überprüfung des Regelungsgehalts von Art. 1 § 6 Abs. 2 ThürBeteilddokG-E im Hinblick auf das Erfordernis einer Zustimmung. 	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	<div style="border: 1px solid black; height: 80px;"></div>	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt?	

	§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokQ)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, den 24.06.2021	In Vertretung



Postsendungen bitte an die Postanschrift des TLfDI, Postfach 900455, 99107 Erfurt!

Thüringer Landesbeauftragter für den Datenschutz und
die Informationsfreiheit (TLfDI), PF 900455, 99107 Erfurt

AZ: 036-4/2021.4

(Aktenzeichen bei Antwort angeben)

Thüringer Landtag
Ausschuss für Migration, Justiz und
Verbraucherschutz
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt
vorab per E-Mail an: poststelle@thueringer-landtag.de

Ihre Nachricht vom :

Erfurt, den : 24. Juni 2021

THÜR. LANDTAG POST
24.06.2021 16:11

16056121

Bitte des AfMJV um Äußerung gemäß § 112 Abs.4 GO

Thüringer Gesetz zur Herstellung von mehr Transparenz in der Politik (Drs. 7/3356)

Thüringer Gesetz zur Stärkung der parlamentarischen Demokratie durch maximale Transparenz (Drs. 7/3387)

Sehr geehrte Frau Leibner,

für Ihr Schreiben vom 4. Juni 2021 und die darin eingeräumte Möglichkeit, zu den beiden oben genannten Gesetzentwürfen gem. § 112 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags (GO) Stellung zu nehmen, bedankt sich der Thüringer Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (TLfDI).

Bevor der Thüringer Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (TLfDI) daher im Einzelnen datenschutzrechtliche Anmerkungen zu den beiden Gesetzentwürfen machen wird (unter B. und C.), erlaube er sich folgende Vorbemerkung (dazu unter A.).

Postanschrift: Postfach 900455 Dienstgebäude: Häßlerstraße 8
99107 Erfurt 99096 Erfurt

E-Mail*: poststelle@datenschutz.thueringen.de
Internet: www.tlfdi.de

*Die genannte E-Mail-Adresse dient nur für den Empfang einfacher Mitteilungen ohne Signatur/ Verschlüsselung und für mit PGP verschlüsselte Mitteilungen.

A. Zur Kompetenz des TLfDI aus datenschutzrechtlicher und informationsfreiheitsrechtlicher Sicht

Vorab erlaubt sich der TLfDI, auf seine Zuständigkeit und Kompetenzen aus datenschutzrechtlicher (unter I.) und aus informationsfreiheitsrechtlicher Sicht hinzuweisen:

I. Datenschutzrechtliche Kompetenzen des TLfDI

Gem. § 2 Abs. 6 Satz 2 und Satz 3 Thüringer Datenschutzgesetz (ThürDSG) i. V. m. Art. 2 Abs. 2 Buchst. a) Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) unterliegt die Verarbeitung personenbezogener Daten bei der Wahrnehmung parlamentarischer Aufgaben durch den Landtag sowie der parlamentarischen Tätigkeit der Abgeordneten einschließlich der Fraktionen nicht den Bestimmungen dieses Gesetzes (also des ThürDSG). Der Landtag erlässt insoweit eine seiner verfassungsrechtlichen Stellung entsprechende Datenschutzordnung. Aus § 17 Abs. 1 Satz 1 der Parlamentarischen Datenschutzordnung (ParlDSO) vom 16. Oktober 2019 ergibt sich, dass der Ältestenrat des Landtags die Einhaltung der Bestimmungen dieser Datenschutzordnung (also der ParlDSO) sowie der besonderen Rechtsvorschriften überwacht.

Eine Interessenvertretung gem. Art. 1, § 7 Abs. 1 des Gesetzentwurfs in der Drucksache 7/3356 bzw. eine Kontaktierung / eine Übermittlung eines Beitrags gem. Art. 1, § 2 Abs. 1 des Gesetzentwurfs in der Drucksache 7/3387 gegenüber dem / an den Landtag, seine Gremien und/ oder Fraktionen stellt aus der Sicht des TLfDI daher eine parlamentarische Angelegenheit dar, für deren datenschutzrechtliche Kontrolle er nicht zuständig ist.

Insoweit fehlte es dem TLfDI sowohl an der datenschutzrechtlichen Kompetenz als auch an Erfahrungswerten, diese Einflussnahmen gegenüber dem Landtag, seiner Gremien oder den Fraktionen datenschutzrechtlich zu bewerten.

II. Transparenzrechtliche Kompetenzen des TLfDI

Gem. § 19 Abs. 1 Satz 3 Thüringer Transparenzgesetz (ThürTG) berät der TLfDI die öffentlichen Stellen und kann Empfehlungen zur Verbesserung des Informationszugangs geben. Auch wenn der Thüringer Landtag nach Auffassung der Landesregierung (siehe dazu die Begründung zu § 2 Abs. 1 des Gesetzentwurfs für ein Thüringer Transparenzgesetz, Drucksache 6/6684, Seite 37-38) im spezifischen Bereich der Wahrnehmung parlamentarischer Angelegenheiten nicht vom Anwendungsbereich des ThürTG erfasst wird, obliegt es dem TLfDI dennoch, Verbesserungsvorschläge auch im parlamentarischen Bereich für den Informationszugang zu machen.

Ein solcher Verbesserungsvorschlag, den der TLfDI unterstützt hat, ist die EntschlieÙung der 37. Konferenz der Informationsfreiheitsbeauftragten (IFK) in Deutschland vom 12. Juni 2019 in Saarbrücken - Transparenz im Rahmen politischer Entscheidungsprozesse – Verpflichtendes Lobbyregister einführen - (https://tlfdi.de/fileadmin/tlfdi/info/entschliessung_37_ifk_-_lobbyregister.pdf). Aus der Sicht der Informationsfreiheitsbeauftragten in Deutschland ist es für ein demokratisches Gemeinwesen geboten, verpflichtend Register einzuführen, in die Informationen über Interessenvertretungen und deren Aktivitäten einzutragen sind. Wörtlich heiÙt es in der genannten EntschlieÙung weiter: *„Darin sind mindestens die Namen der natürlichen und juristischen Personen unter Angabe ihrer Organisationsform, der Schwerpunkt der inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit und zumindest die wesentlichen Inhalte des Beitrags zum jeweiligen Gesetzgebungsverfahren zu veröffentlichen.“*

Am Ende der IFK-EntschlieÙung fordert diese den Bundes- und die Landesgesetzgeber auf, *„etwa in Anlehnung an das Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz vom 7. Februar 2019 gesetzliche Rahmenbedingungen zur Einführung eines verpflichtenden Lobbyregisters zu verabschieden.“*

B. Zum Gesetzentwurf in der Drucksache 7/3356

Aus datenschutzrechtlicher Sicht sind folgende Erinnerungen bzw. Nachfragen erforderlich:

I. Zu Art. 1 § 8 - Einrichtung eines Lobbyregisters beim Landtag - Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz-Entwurf (ThürBeteilDokG-E):

Gem. Art. 1 § 8 ThürBeteilDokG-E führt der Thüringer Landtag als Erweiterung zur bestehenden Beteiligtentransparenzdokumentation ein Lobbyregister. Die Angaben sind über die Internetseite des Landtags elektronisch zu übermitteln und werden dort maschinenlesbar, durchsuchbar, druckbar und barrierefrei veröffentlicht.

Zum Regelungsgehalt des Art. 1 § 8 ThürBeteilDokG-E ist aber auch der Regelungsgehalt des Art. 1 § 7 Abs. 1 ThürBeteilDokG-E hinzuzulesen: Danach gilt als Interessenvertretung, die in das Lobbyregister gem. Art. 1 §§ 7 Abs. 2 und 8 ThürBeteilDokG-E eintragungspflichtig wird, auch die Einflussnahme auf den Willensbildungsprozess **der Landesregierung** samt der ihr zugeordneten obersten Landesbehörden. In der Begründung zu Art. 1 § 8 ThürBeteilDokG-E heißt es dazu: *„Das beim Landtag angesiedelte neue Lobbyregister weist folgende Schwerpunkte auf: Es ist kein „Verbands-Lobbyregister“, sondern vielmehr ein „Transparenzregister“ mit Blick auf die inhaltliche Arbeits- und Entscheidungstätigkeit des Landtags, seiner Mitglieder und Fraktionen sowie der Landesregierung außerhalb von konkreten Gesetzgebungsverfahren.“*

Damit geht der TLfDI davon aus, dass auch solche Personen, die Einfluss auf die Landesregierung nehmen, im Lobbyregister registrierungspflichtig werden.

Datenschutzrechtlich stellt sich dabei die Frage, ob der Landtag, der das Lobbyregister gem. Art. 1 § 8 ThürBeteilDokG-E führen soll, als Auftragsverarbeiter der Thüringer Landesregierung tätig werden wird (siehe dazu § 14 - Auftragsverarbeitung – ParlDSO), oder ob beide Staatsorgane als gemeinsame Verantwortliche (siehe

dazu Art. 26 DS-GVO) für das Lobbyregister fungieren sollen. Dafür bedarf es sowohl in dem einen wie in dem anderen Fall einer entsprechenden schriftlichen Vereinbarung.

Ferner weist der TLfDI darauf hin, dass auch ein Verzeichnis der Verarbeitungstätigkeiten (geregelt in § 15 Abs. 2 ParlDSO bzw. in Art. 30 DS-GVO) für das Lobbyregister zu führen ist.

II. Zu Art. 1 § 10 Abs. 1 Nr. 7 – Inhalt der Registrierung im Lobbyregister - ThürBeteilDokG-E:

In Art. 1 § 10 Abs. 1 Nr. 7 ThürBeteilDokG-E werden sowohl natürliche als auch juristische Personen verpflichtet, Informationen zu den finanziellen Verhältnissen im Register zu vermerken. Auch wenn in dieser Regelung nach den Worten „zum Beispiel konkretisierende Angaben wie Firmenbeteiligungen oder die Angabe des Stammkapitals für Kapitalgesellschaften erfolgen, so begegnet diese Regelung dennoch Bedenken im Hinblick auf den in Art. 5 Abs. 1 Buchstabe c) DS-GVO geregelten Grundsatz der Datenminimierung.

Auch wenn **weder die DS-GVO noch das ThürDSG ergänzend auf den parlamentarischen Bereich Anwendung finden** (vergleiche dazu oben A. I. und darüber hinaus den Regelungsgehalt von Art. 2 Abs. 2 Buchstabe a) DS-GVO), so ist doch auf den Grundsatz der Datenminimierung hinzuweisen. Nach Art. 5 Abs. 1 Buchstabe c) DS-GVO sind die personenbezogenen Daten dem Zweck angemessen, erheblich sowie auf das für die Zwecke notwendige Maß zu beschränken. Insbesondere das letzte Tatbestandsmerkmal (Beschränkung auf das für die Zwecke notwendige Maß) erfordert, dass die Menge von Daten in der Weise zu begrenzen ist, dass zusätzliche personenbezogene Daten nicht verarbeitet werden dürfen, wenn der Verarbeitungszweck auch ohne Sie erreicht werden kann (so Herbst in: Kühling/Buchner, Kommentar zur DS-GVO und zum BDSG, 2. Auflage, Art. 5, Rz. 57).

Da der Begriff der „Informationen zu den finanziellen Verhältnissen“ weder im Gesetzestext noch in der Begründung der Drucksache 7/3356 näher präzisiert wird, rät der TLfDI an, eine solche Definition bzw. Präzisierung nachzuholen, um auch dem Grundsatz der Datenminimierung und dem Bestimmtheitsgrundsatz als Ausfluss des Rechtsstaatsgebots zu genügen.

III. Zu Art. 1 § 12 - Unabhängiges Gremium - ThürBeteilddokG-E:

Gem. Art. 1 § 12 Abs. 1 ThürBeteilddokG-E soll ein aus fünf Mitgliedern bestehendes unabhängiges Gremium in Zusammenarbeit mit der Landtagspräsidentin bzw. dem Landtagspräsidenten und dem Vorstand des Thüringer Landtags die Einhaltung des Lobbyregisters und der Beteiligientransparenzdokumentation überwachen. Gem. Art. 1 § 12 Abs. 3 Satz 1 ThürBeteilddokG-E werden die Mitglieder des unabhängigen Gremiums vom Landtag für die Dauer von fünf Jahren gewählt und dürfen keine Mitglieder oder Beschäftigte des Landtags, der Landesregierung oder von Ministerien sein.

Damit die Mitglieder des unabhängigen Gremiums für ihre Aufgabenerfüllung auch Einblick in alle erforderlichen Unterlagen mit den personenbezogenen Daten der Interessenvertreterin und des Interessenvertreters, die / der im Lobbyregister registriert ist, nehmen kann, rät der TLfDI unter Verweis auf die entsprechende Beachtung des Grundsatzes der Integrität und der Vertraulichkeit gem. Art. 5 Abs. 1 Buchstabe f) DS-GVO konkret zu regeln, durch welche technischen und organisatorischen Maßnahmen die Mitglieder des unabhängigen Gremiums Kenntnis von den personenbezogenen Daten aus dem Lobbyregister erhalten dürfen.

IV. Zu Art. 1 § 13 Abs. 4 - Datenschutz - ThürBeteilddokG-E:

Wörtlich heißt es in Art. 1 § 13 Abs. 4 ThürBeteilddokG-E: „(4) Im Übrigen gelten die Datenschutzbestimmungen des Landtags und die Vorschriften des Thüringer Datenschutzgesetzes entsprechend.“

Diese kumulative Aufzählung kann aber niemals in der Praxis nebeneinander Anwendung erlangen und begegnet daher datenschutzrechtlichen Bedenken, weil zum einen gem. § 1 Abs. 1 Satz 1 ParlDSO ausschließlich die ParlDSO Anwendung findet, sobald personenbezogene Daten zu dem einheitlichen Zweck der Wahrnehmung parlamentarischer Aufgaben durch den Landtag, seine Organe, seine Gremien, seinem mit einem freien Mandat ausgestatteten Mitglieder und die Fraktionen verarbeitet werden. Zum anderen findet gem. § 2 Abs. 6 Satz 1 ThürDSG dieses Gesetz ausschließlich Anwendung, soweit der Landtag in Verwaltungsangelegenheiten tätig wird. Was Verwaltungsangelegenheiten sind, bestimmt § 2 Abs. 6 Satz 2 ThürDSG.

Daher rät der TLfDI, den Regelungsgehalt des § 13 Abs. 4 ThürBeteilddokG-E sprachlich genauer zu fassen, welches Gesetz für welche datenschutzrechtliche Angelegenheit Anwendung findet.

C. Zum Gesetzentwurf in der Drucksache 7/3387

I. Zu Art. 1 § 2 – Registrierungspflicht – und zu Art. 1 § 3 - Registerinhalt – ThürBeteilddokG-E:

Es wird auf die Ausführungen des TLfDI unter B. I. verwiesen, die hier ebenso zu berücksichtigen sind.

II. Zu Art. 1 § 3 – Registerinhalt - ThürBeteilddokG-E:

Der TLfDI regt unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Datenminimierung gem. Art. 5 Abs. 1 Buchstabe c) DS-GVO (vgl. oben unter B. II.) eine Prüfung an, ob wirklich alle unter Art. 1 § 3 ThürBeteilddokG-E aufgeführten zu erhebenden (personenbezogenen) Daten hier für die Erreichung des Zwecks der vollumfänglichen Offenlegung der Einflussnahme erforderlich ist.

III. Zu Art. 1 § 6 – Datenschutz - ThürBeteildokG-E:

1. Zu Art. 6 Abs. 1 ThürBeteildokG-E:

Es wird auf die Ausführungen des TLfDI unter B. IV. dieser Stellungnahme verwiesen.

2. Zu Art. 6 Abs. 2 ThürBeteildokG-E:

Der Regelungsgehalt des Art. 1 § 6 Abs. 2 ThürBeteildokG-E erschließt sich dem TLfDI nicht. Art. 1 § 6 Abs. 2 ThürBeteildokG-E hat folgenden Wortlaut:

„(2) Mit Angabe der Informationen nach § 3 haben die Beteiligten zu erklären, ob sie ihre Zustimmung zur Veröffentlichung ihrer Angaben und Beiträge im Rahmen des Registrierungsverfahrens geben; auch bei Nichtveröffentlichung der Beiträge mangels Zustimmung werden die Daten als verpflichtende Mindestinformationen veröffentlicht.“

Der TLfDI versteht insbesondere Art. 1 § 3 - Registerinhalt - ThürBeteildokG-E als **gesetzliche Verpflichtung** für jeden, der gem. Art. 1 § 2 Abs. 1 ThürBeteildokG-E durch schriftliche, mündliche fernmündliche oder elektronische Kontaktierung des Landtags, seiner Gremien, Fraktionen und Mitglieder oder der Landesregierung bzw. ihrer einzelnen Mitglieder einen inhaltlichen Beitrag in Form von Informationen, Stellungnahmen, Gutachten oder Vorschlägen übermittelt oder durch zweckentsprechende Kontaktaufnahme die Anregungen zu den jeweiligen Beiträgen gegeben hat, die einen inhaltlichen Bezug aufweisen zu Vorhaben sowie Entscheidungsprozessen gem. Art. 1 § 2 Abs. 1 Nr. 1 ThürBeteildokG-E oder zu Entscheidungen des Landtags oder der Landesregierung über die Einsetzung eines Fach- und Untersuchungsausschusses oder eines sonstigen Gremiums gem. Art. 1 § 2 Abs. 1 Nr. 2 ThürBeteildokG-E.

Aufgrund dessen ist das zusätzliche Abstellen auf das **Vorliegen einer Zustimmung** der unter die Registrierungspflicht fallenden natürlichen oder juristischen Personen aus der Sicht des TLfDI entbehrlich bzw. irreführend.

Abschließend weist der TLfDI darauf hin, dass auch das Gesetz zur Einführung eines Lobbyregisters für die Interessenvertretung gegenüber dem Deutschen Bundestag und gegenüber der Bundesregierung (Lobbyregistergesetz – LobbyRG) nicht auf die Voraussetzung der Zustimmung abstellt, sondern in § 2 LobbyRG eine verpflichtende Eintragung in das Lobbyregister vorsieht.

D. Zu den Einzelfragen:

I. Fragen der Fraktionen DIE LINKE, der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

1. Inwiefern würde die Aufnahme weiterer Kriterien (z. B. bestimmte notwendige Mindestanzahl von Lobbykontakten in einem bestimmten Zeitraum; Festlegung, dass Kontaktaufnahmen zur Interessenvertretung auch für Dritte und ohne Eigeninteresse erfolgen können) die Reichweite und die Aussagekraft der Registrierungsregelung beeinflussen im Vergleich zur im Gesetzentwurf gewählten Registrierungs Vorschrift?

Antwort des TLfDI:

Dem TLfDI fehlt es mangels Zuständigkeit an den dafür erforderlichen datenschutzrechtlichen und transparenzrechtlichen Erfahrungswerten.

2. Ist es rechtlich geboten und sinnvoll, eine Eintragung im Lobbyregister zugleich zur (allgemeinen) Bedingung für eine Teilnahme an Anhörungen im parlamentarischen Gesetzgebungsverfahren zu machen?

Antwort des TLfDI:

Es wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen.

3. Inwiefern gibt es ggf. zusätzlich zu den im Gesetzentwurf erfassten verfassungsrechtlich notwendigen Ausnahmen von der Registrierungspflicht noch weitere verfassungsrechtlich zwingend gebotene Ausnahmen? Wie kann verhindert werden, dass diese schon geregelten bzw. noch zu regelnden Ausnahmen zur Umgehung

der Registrierungspflicht und damit zur Aushöhlung des Gesetzeszwecks missbraucht werden bzw. führen.

Antwort des TLfDI:

Da bei dieser Frage das Grundrecht informationellen Selbstbestimmung nicht in Rede steht, kann der TLfDI aus datenschutzrechtlicher Sicht hier nichts ergänzen. Aus transparenzrechtlicher Sicht ist eine grundsätzlich eng begrenzte Ausnahme von der Registrierungspflicht zu begrüßen, weil damit zugleich auch einer Aushöhlung des Gesetzeszwecks begegnet wird.

4. Welche Registrierungsinhalte sind zwingend erforderlich, um eine wirksame und aussagekräftige öffentliche Darstellung der Interessenvertretung zu ermöglichen?

Antwort des TLfDI:

Es wird auf die Antwort des TLfDI zu Frage 1 verwiesen.

5. Nach welchen Gesichtspunkten sollte sich ein Ordnungsgeld bestimmen, damit große aber auch kleine Interessenvertretungen gleich belastet werden und welche Höhe sollte dieses mindestens/maximal haben?

Antwort des TLfDI:

Der TLfDI ist zwar zuständig für die Verhängung von Geldbußen auf der Grundlage von Art. 83 DS-GVO in Verbindung mit dem Ordnungswidrigkeitengesetz (OWiG). Aufgrund der völlig unterschiedlichen Tatbestandsvoraussetzungen und Rechtsfolgen verbietet sich hier aber aus der Sicht des TLfDI ein Vergleich mit Verstößen gegen Registrierungspflichten im Lobbyregister. Es empfiehlt sich, bei der Bemessung der Höhe des Ordnungsgeldes auf die im OWiG enthaltenen Grundsätze abzustellen.

6. Bestehen hinsichtlich eines kompletten Spendenverbots gegenüber Abgeordneten verfassungsrechtliche Bedenken?

Antwort des TLfDI

Da hier weder datenschutzrechtliche noch transparenzrechtliche Fragestellungen thematisiert sind, sieht der TLfDI aufgrund seiner Unzuständigkeit von einer Beantwortung ab.

II. Fragen der Fraktion der FDP:

7. Ist es notwendig, jede Interessenvertretung, insbesondere die von Privatpersonen, allen Auskunftspflichten zu unterwerfen?

Antwort des TLfDI:

Es wird auf die Antwort des TLfDI zu Frage 1 verwiesen.

8. Welche negativen Auswirkungen auf die parlamentarische Arbeit können sich durch die konkreten Auskunftspflichten, insbesondere den Zeitpunkt der Auskunftspflicht ergeben?

Antwort des TLfDI:

Es wird auf die Antwort des TLfDI zu Frage 1 verwiesen.

9. Wären, um der Intention der jeweiligen Auskunftspflichten zu genügen, auch andere Zeitpunkte der Auskunfterteilung sinnvoll?

Antwort des TLfDI:

Es wird auf die Antwort des TLfDI zu Frage 1 verwiesen.

III. Fragen der Fraktion der CDU

10. Bedarf es nach Ihrer Auffassung einer Verschärfung der bestehenden Transparenzbestimmungen in Thüringen? Falls ja, welche konkreten Bereiche und Schwerpunkte sollten durch eine Änderung erfasst werden?

Antwort des TLfDI:

Dem TLfDI fehlt es an den dafür erforderlichen datenschutzrechtlichen und transparenzrechtlichen Erfahrungswerten.

11. Welcher der vorgelegten Gesetzentwürfe enthält die weitergehenden Regelungen zur Durchsetzung einer maximalen Transparenz und warum?

Antwort des TLfDI:

Es wird auf die Antwort des TLfDI zu Frage 10 verwiesen.

12. Wo soll laut den vorliegenden Gesetzentwürfen der jeweilige inhaltliche Beitrag von Interessenvertretung zu parlamentarischen Initiativen und Entschlüssen dokumentiert werden, die nicht nur den Bereich der Gesetzgebung betreffen, sondern auch andere Beschlüsse und Entscheidungen des Parlaments?

Antwort des TLfDI:

Es wird auf Art. 1 § 7 Abs. 2 ThürBeteilddokG- E in der Drucksache 7/3356 und auf Art. 1 § 2 Abs. 1 ThürBeteilddokG- E in der Drucksache 7/3387 verwiesen.

13. Welcher Entwurf ist im Sinne der Praktikabilität bzw. Umsetzbarkeit der vorgeschlagenen Regelungen zu empfehlen und warum?

Antwort des TLfDI:

Es wird auf die Antwort des TLfDI zu Frage 10 verwiesen.

14. Wie sind beide Entwürfe im Vergleich zu den Regelungen in anderen Bundesländern sowie im Deutschen Bundestag zu bewerten:

Antwort des TLfDI:

Es wird auf die Ausführungen des TLfDI in dieser Stellungnahme unter C. III. 2. verwiesen.

IV. Fragen der Fraktion der AfD

15. Sind Ihrer Auffassung nach beide Gesetzentwürfe verfassungskonform und entsprechen die Gesetzentwürfe den geltenden datenschutzrechtlichen Vorschriften?

Antwort des TLfDI:

Unter Berücksichtigung der Hinweise des TLfDI unter B. und C. dieser Stellungnahme würden die beiden Gesetzentwürfe den datenschutzrechtlichen Vorgaben entsprechen.

16. Kann das Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetz (jeweils Artikel 1 der Gesetzentwürfe) auch auf die der Aufsicht des Landes unterfallenden kommunalen Gebiets- und Personenkörperschaften mit vergleichbaren Regelungen ausgedehnt werden? Wenn ja, wie?

Antwort des TLfDI

Die Beantwortung dieser Frage setzt zunächst die Klärung der Erforderlichkeit eines Beteiligtransparenzdokumentationsgesetzes auf kommunaler Ebene voraus. Ob diese Erforderlichkeit hier gegeben ist, vermag nicht der TLfDI, wohl aber das Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales zu beantworten.

17. Die Formulierung in § 42 h Abs. 4 Satz 2 in Artikel 2 des Gesetzentwurfs in Drucksache 7/3356, wonach sich die Höhe des Ordnungsgeldes „nach der Schwere des Einzelfalls und nach dem Grad des Verschuldens bemisst“, dürfte sich als zu unbestimmt erweisen. Es empfiehlt sich, bei der Bemessung der Höhe des Ordnungsgeldes auf die im OWiG enthaltenen Grundsätze abzustellen.

Ferner fehlen Regelungen darüber, ob das Ordnungsgeld durch Verwaltungsakt festgesetzt wird und wer diesen dann erlässt. Wäre das Verfahren zur Festsetzung der Höhe des Ordnungsgeldes nach § 42 h des Thüringer Abgeordnetengesetzes nicht näher zu regeln?

Antwort des TLfDI:

Es wird auf die Antwort des TLfDI zur Frage 5 verwiesen.

18. Beide Gesetzentwürfe lassen das Innehaben von Optionen auf den Erwerb von Unternehmensanteilen, insbesondere von Aktienoptionen oder anderen Vermögenswerten völlig unberücksichtigt, obwohl solche auch Einkommen gleichstehen. Ist eine Regelung hierzu in die Gesetzentwürfe aufzunehmen? Wenn nein, warum nicht?

Antwort des TLfDI:

Es wird auf die Antwort des TLfDI auf die Frage 10 verwiesen.

19. Sollte nicht auch der Thüringer Rechnungshof in das Prüfverfahren nach § 42 des Thüringer Abgeordnetengesetzes nicht zuletzt aus Gründen der Rechtssicherheit einbezogen werden?

Antwort des TLfDI:

Der TLfDI verweist auf Art. 103 Abs. 1 Satz 1 der Verfassung des Freistaats Thüringen (ThürVerf).

Mit freundlichen Grüßen

In Vertretung

Informationen zur Verarbeitung von personenbezogenen Daten durch den TLfDI (Stand Februar 2020)

Um seine Aufgaben nach der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) zu erfüllen, verarbeitet der Thüringer Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (TLfDI). Sie erreichen uns unter folgenden **Kontaktdaten**:

TLfDI
Häßlerstraße 8

Mail: poststelle@datenschutz.thueringen.de¹

2. Der TLfDI nimmt die Aufgaben und Befugnisse nach Art. 51, Art. 57 Abs. 1, Art. 58 DS-GVO i. V. m. § 40 Abs. 1 BDSG² i. V. m. § 4 Abs. 1 ThürDSG wahr. Zu **Zwecken** der Durchführung dieser Aufgaben und der hierzu notwendigen Ausübung von Befugnissen werden Ihre Daten verarbeitet. **Rechtsgrundlage** dieser Verarbeitung ist Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. e) DS-GVO i. V. m. § 16 Abs. 1 ThürDSG.
3. Dabei werden folgende **Datenkategorien** verarbeitet: Angaben zu Ihrer Person sowie dazugehörige Kontaktdaten, Sachverhaltsinformationen und Beweismittel. Grundsätzlich werden diese Daten nur durch den TLfDI verarbeitet. Diese Daten können jedoch, soweit es für die Aufgabenerfüllung erforderlich und zulässig ist, an folgende **Empfängerkategorien** weitergegeben werden: an Gerichte und andere Behörden in Deutschland oder innerhalb der Europäischen Union bzw. des Europäischen Wirtschaftsraumes, an Beschwerdeführer/ Beschwerdegegner sowie an Archive.
Entstehen im Rahmen der Tätigkeit des TLfDI Kosten, die dieser erhebt oder Zahlungsansprüche gegenüber dem TLfDI, die dieser begleicht, so werden die hierfür notwendigen Daten an den Thüringer Landtag als Haushaltsstelle übermittelt. Zugriff auf die Daten haben alle mit der Abrechnung betrauten Behörden und das Thüringer Landesrechnungszentrum als Dienstleister.
Bei telefonischem Kontakt werden durch die TK-Anlage personenbezogene Daten, die ausschließlich zu Zwecken der technischen Sicherstellung des ordnungsgemäßen Betriebes gespeichert werden, verarbeitet. Gleiches gilt für IT-Dienstleister, die vom Thüringer Finanzministerium für die Sicherstellung der zentralen TK-Anlage beauftragt wurden.
4. Die regelmäßige **Speicherfrist** nach Abschluss eines Vorgangs beträgt fünf Jahre. Sind spezielle Aufbewahrungsfristen zu beachten, verlängert sich

die Aufbewahrung entsprechend. Akten mit vollstreckbaren Titeln werden jedoch mindestens bis zum Eintritt der Vollstreckungsverjährung aufbewahrt.

5. Aufgrund der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten haben Sie das **Recht auf Auskunft** (Art. 15 DS-GVO), das **Recht auf Berichtigung** (Art. 16 DS-GVO), das **Recht auf Löschung** (Art. 17 DS-GVO), das **Recht auf Einschränkung der Verarbeitung** (Art. 18 DS-GVO) und das **Recht auf Widerspruch*** (Art. 21 DS-GVO). Darüber hinaus können Sie sich mit einer Beschwerde an den/die behördliche Datenschutzbeauftragte/n wenden, wenn Sie der Auffassung sind, dass der TLfDI bei der Verarbeitung Ihrer Daten datenschutzrechtliche Vorschriften nicht beachtet hat. Ebenso steht Ihnen ein Beschwerderecht bei einer Datenschutzaufsichtsbehörde zu. Für Thüringen ist das der TLfDI.
6. Die/ den **behördliche/n Datenschutzbeauftragte/n** erreichen Sie unter der Adresse des TLfDI³ bzw. telefonisch oder per E-Mail unter:
Tel.: +49 (361) 57-3112980 oder E-Mail: datenschutzbeauftragter@datenschutz.thueringen.de
7. Wenden Sie sich an den TLfDI mit einer Beschwerde oder Anfrage, sind Ihre Angaben freiwillig. Unterbleiben diese, kann Ihnen allerdings kein Ergebnis mitgeteilt werden. Die Nichtbereitstellung von personenbezogenen Daten kann in diesen Fällen unter Umständen dazu führen, dass eine Bearbeitung Ihres Anliegens mangels vollständigen Sachverhaltes und keiner Möglichkeit einer Rückfrage nicht vorgenommen werden kann.
Wendet sich der TLfDI an Sie als Verantwortlicher/Auftragsverarbeiter im Rahmen eines Auskunftersuchens, ist die Bereitstellung der dort erfragten personenbezogenen Daten verpflichtend. Eine Nichtbereitstellung kann in solchen Fällen zu einem Sanktionsverfahren führen.²

***Hinweis:** Sie haben das Recht gegenüber dem TLfDI aus Gründen die sich *aus Ihrer besonderen Situation* ergeben, gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu widersprechen.

¹ verschlüsselte Nachrichten per PGP sind möglich

² Nur für den nichtöffentlichen Bereich

³ Siehe Nr. 1.

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Anhörungsverfahren zum Entwurf eines Thüringer Gesetzes zur Herstellung von mehr Transparenz in der Politik (Drs. 7/3356) und zum Entwurf eines Thüringer Gesetzes zur Stärkung der parlamentarischen Demokratie durch maximale Transparenz (Drs. 7/3387)											
1.	<p>Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)?</p> <p>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</p>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Evangelisches Büro Thüringen Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung in Thüringen</td> <td>K.d.ö.R.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Augustinerstr. 10</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99084 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Evangelisches Büro Thüringen Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung in Thüringen	K.d.ö.R.	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Augustinerstr. 10	Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt
Name	Organisationsform										
Evangelisches Büro Thüringen Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung in Thüringen	K.d.ö.R.										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Augustinerstr. 10										
Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt										
2.	<p>Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson?</p> <p>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</p>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Vertretung Kirchen beim Thüringer Landtag und der Thüringer Landesregierung	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Befürwortung der von den Gesetzesentwürfen angestrebten Stärkung der Transparenz demokratischer Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse. Die Voraussetzungen für die Teilnahme von Grundrechtsträgern am demokratischen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess dürfen nicht so gestaltet sein, dass eine Beeinträchtigung dieser demokratischen Prozesse droht. Kirchen sind im Gesetz als Akteure der positiven Religionsfreiheit aus verfassungsrechtlichen Gründen von einer Registrierungspflicht auszunehmen. Eine freiwillige Registrierung von Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften kann im Gesetz vorgesehen sein.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 24.06.2021	

Der Beauftragte
der Evangelischen Kirchen bei Landtag
und Landesregierung in Thüringen.

OKR

Augustinerstraße 10 · 99084 Erfurt

Thüringer Landtag
Ausschuss für Migration, Justiz und
Verbraucherschutz
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

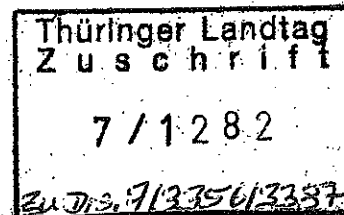
Evangelisches Büro Thüringen
Augustinerstraße 10 · 99084 Erfurt

Telefon:
Fax:
E-Mail:

Datum
22.06.21

Aktenzeichen

Ihr Zeichen: Drs. 7/3356, 7/3387
Ihr Schreiben: 4. Juni 2021



Betreff: Anhörungsverfahren zum Entwurf eines Thüringer Gesetzes zur Herstellung von mehr Transparenz in der Politik (Drs. 7/3356) und zum Entwurf eines Thüringer Gesetzes zur Stärkung der parlamentarischen Demokratie durch maximale Transparenz (Drs. 7/3387)

Sehr geehrte Ausschussmitglieder,

für die in Thüringen vertretenen Evangelischen Kirchen bedanken wir uns herzlich für die Gelegenheit zur Stellungnahme zu den uns übersandten Gesetzentwürfen und geben folgende Stellungnahme ab:

1. Grundsätzliches

In den vorliegenden Gesetzentwürfen geht es um die Einführung eines „Lobbyregisters“. Beide Gesetzentwürfe stellen zurecht die Bedeutung von Transparenz für ein demokratisches Gemeinwesen heraus. Zum demokratischen Staat gehört ein nachvollziehbarer Willensbildungs- und Entscheidungsprozess. Unsachgemäße Einflussnahmen und einseitige Interessenwahrnehmungen sind möglichst auszuschließen, um das Vertrauen in die demokratischen Entscheidungsprozesse zu stärken und staatliches Handeln zu plausibilisieren. Gerade auch die einschneidenden Maßnahmen im Zusammenhang mit der Coronapandemie verdeutlichen: Staatliches Handeln ist auf die Akzeptanz in der Bevölkerung angewiesen. Einzelne Vorfälle von Vorteilsnahme und Gewinnerzielung beschädigen die Integrität der parlamentarischen Entscheidungsstrukturen. Eine Stärkung der Transparenz des Staatshandelns, wie sie in den Gesetzentwürfen angestrebt ist, wird von den Evangelischen Kirchen in ihrer Zielrichtung befürwortet. Nachvollziehbarkeit von Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen ist ein wichtiger Baustein der freiheitlich-demokratischen Grundordnung Thüringens und der Bundesrepublik. Hier sehen wir einen großen gesellschaftlichen und politischen Konsens.

Der Freistaat Thüringen hat den parlamentarischen Willensbildungsprozess mit den Regelungen zur Beteiligtransparenzdokumentation kenntlich gemacht, indem die Beteiligung am Anhörungsverfahren und ggf. der Inhalt einer Stellungnahme veröffentlicht wird. An diesem Verfahren beteiligen sich die Evangelischen Kirchen selbstverständlich, weil die Stellungnahmen Teil des demokratischen Diskurses sind. Soweit die evangelischen Kirchen in Stellungnahmeverfahren votieren, geschieht dies öffentlich. Dieses Verfahren begrüßen wir.

2. Kritische Rückfragen an beide Gesetzesentwürfe

Jenseits dieses Konsenses stellt sich u.E. die Frage, welche Anforderungen an Transparenz gesetzlich festgeschrieben werden sollen, damit der demokratische Prozess gestärkt und die Beteiligung am Diskurs nicht übermäßig erschwert wird. Dies wird im versandten Fragenkatalog aus verschiedenen Fragen der Fraktionen deutlich. Beide Gesetzesentwürfe streben Transparenz bei der Interessensvertretung an. „Interessensvertretung“ wird dabei in der Begründung des Gesetzesentwurfs der Fraktionen Die Linke, SPD, und Bündnis 90/Die Grünen (Drs. 7/3356) durchweg negativ beschrieben, sei es aufgrund des Korruptionsgefährdungspotentials, sei es als Interessenvertretung zur Erlangung wirtschaftlicher Vorteile. Die Begründung zum Gesetzesentwurf der CDU-Fraktion (Drs. 7/3387) ist differenzierter, wenn sie feststellt, dass Parlament und Regierung auch auf die Beratung durch Fachleute und die Wahrnehmung externer Sachkunde angewiesen sein können.

Diesem Befund ist unserer Ansicht hinzuzufügen, dass im Grundsatz Interessenvertretung und Interessenausgleich durch demokratischen Mehrheitsentscheid permanenter Kern unseres Gemeinwesens ist. Regierung und Parlament nehmen Interessen der Bürgerinnen und Bürger nicht nur alle vier Jahre im Zuge der Wahl wahr, sondern beziehen diese durch vielfältige Formate formaler und non-formaler Kommunikation in den demokratischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess ein. Ebenso sind die Bürgerinnen und Bürger nicht nur auf die Kundgabe ihrer Interessen im Rahmen der Wahlen beschränkt, sondern können auch unabhängig hiervon ihre Interessen äußern und vertreten. Diese Kommunikation ist nicht nur nicht „anrüchig“, sondern Wesensbestandteil der Demokratie.

Eine unterschiedslose Gleichsetzung von Interessenvertretung mit negativ konnotiertem „Lobbyismus“ ist unserer Ansicht nach nicht sachgemäß.

Vielmehr gilt: Die gemeinsam gewollte Transparenz soll unsachgemäße Interessenvertretung verhindern. Die Voraussetzungen für die Teilnahme von Grundrechtsträgern am demokratischen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess dürfen nicht so gestaltet sein, dass eine Beeinträchtigung dieser demokratischen Prozesse droht.

2.1. Interessenvertretung und Registrierungspflicht

Interessenvertretung wird in beiden Gesetzesentwürfen denkbar weit gefasst. Die Registrierungspflicht wird ausgelöst durch „jede Tätigkeit zum Zweck der unmittelbaren oder mittelbaren Einflussnahme auf den Willensbildungsprozess“ (§ 7 Abs. 1 Drs. 3356) bzw. jeder „Kontaktierung des Landtags“ oder der Landesregierung im Zusammenhang mit Rechtsetzungsvorhaben (§ 2 Abs. 1 Drs. 3387¹). Registrierungspflichtige „Interessenvertretungen“ im Sinne der Entwürfe sind damit auch:

- Der Gastwirt, der sich bei seinem Landtagsabgeordneten über den Lockdown aufgrund der aktuellen Corona-VO beschwert.
- Die Hauseigentümerin, die in der Bürgersprechstunde der Landtagsabgeordneten Nachbesserungen bei einer erneuten Regelung zu den Straßenausbaubeiträgen fordert.
- Die Verantwortlichen einer „Fridays for Future“-Demonstration, die vom Freistaat eine nachhaltige Klimaschutzgesetzgebung fordert.
- Während einer Landtagsdebatte zur Situation der Pflege in Thüringen demonstriert eine Gewerkschaft vor dem Landtag.
- Eine Kirchengemeinde fordert von der Landesregierung einen allgemeinen Winterabschiebestopp.
- Ein Bündnis gegen Rechtsextremismus gibt gegenüber dem Ministerium eine erbetene Stellungnahme zur geplanten Neufassung der Förderrichtlinien des Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit ab.
- Eine studentische Initiative fordert die Enteignung von Wohnungskonzernen durch den Freistaat.
- In einem Zeitungskommentar befürwortet eine Redakteurin diese Forderung.

¹ § 3 Abs. 1 verlangt dann ebenfalls Transparenz für jede unmittelbare und mittelbare Einflussnahme.

Durch die weite Definition der Interessenvertretung werden alle diese Fälle erfasst und registrierungspflichtig. „Registrierung“ bedeutet nach den Entwürfen die im Internet öffentlich einsehbare Verzeichnung der Personendaten und detaillierter Angaben zum persönlichen Hintergrund inklusive bspw. der finanziellen Verhältnisse. Es ist unserer Ansicht nicht sachgemäß, unterschiedslos jede Beteiligung am demokratischen Diskurs bspw. von der Offenlegung der persönlichen finanziellen Verhältnisse abhängig zu machen. Notwendig ist also eine Begrenzung der Registrierungspflicht.

Als Beispiel und Vorbild kann insoweit die Regelung in § 2 Lobbyregistergesetz vom 16. April 2021 (BGBl. S. 818) dienen. Bedenkenswert ist, die Begrenzung in Abs. 1 zu übernehmen, wonach registrierungspflichtige Interessenvertretung nur bei einer regelmäßigen, dauerhaften oder geschäftsmäßigen Interessenvertretung gegeben ist.

Es ist deshalb notwendig, bestimmte Tätigkeiten von der Registrierungspflicht auszunehmen. Die in § 9 Abs. 2 Drs. 3356 und § 2 Abs. 4 Drs. 3386 vorgesehenen Ausnahmen von der Registrierungspflicht sind ergänzungsbedürftig. Wir empfehlen insoweit die Übernahme von § 2 Abs. 2–4 Lobbyregistergesetz. In diesen Absätzen sind nach ausgiebiger Diskussion auf Bundesebene verfassungsrechtlich notwendige als auch sachgemäße Ausnahmen formuliert worden.

Für verfassungsrechtlich notwendig halten wir bspw. Ausnahmen von der Registrierungspflicht für die Wahrnehmung ausschließlich persönlicher Interessen durch natürliche Personen, für Petenten, für Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände, soweit sie Einfluss auf Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen nehmen, für die politischen Parteien, für Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften und für die freie Presse. Die Interessenvertretung im gesellschaftlichen Bereich gehört insoweit zur grundrechtlich geschützten Tätigkeit und ein Eingriff in diesen Bereich ist nur im verfassungsrechtlich zulässigen Maße möglich.

Durch die Möglichkeit der freiwilligen Registrierung kann die Möglichkeit einer Beteiligung am Lobbyregister geschaffen werden.

2.2. Kirchliche Interessenvertretung

Die Vertretung der Anliegen der Evangelischen Kirchen gegenüber dem Freistaat erfolgt gemäß Artikel 2 Abs. 4 des Thüringer Staatskirchenvertrages durch den Beauftragten der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung. Seine Aufgaben sind mit „Interessenvertretung“, erst recht mit der Vertretung kommerzieller Interessen, nur sehr unvollkommen beschrieben. Der Stelle obliegen Aufgaben aus den Bereichen Gottesdienst, Seelsorge und Andachten, Äußerungen zu ethischen und sozialen Fragen, der Einsatz für Menschen außerhalb der Kirche. Die Tätigkeit der Kirchen im politischen Raum ist Teil ihres Öffentlichkeitsauftrags und damit Teil ihres grundrechtlich geschützten Verkündigungsauftrags.

Eine Differenzierung zwischen „Kernaufgaben“ und sonstigen Aufgaben (vgl. § 9 Abs. 3 S. 2 Drs. 7/3356) ist nicht möglich, indem es nicht dem Staat obliegt, die Aufgaben der Kirche zu bewerten. Sind Umweltthemen aus der Perspektive der Bewahrung der Schöpfung „Kernaufgaben“? Zu welchem Aufgabenbereich gehören Äußerungen der Kirche zu sozialen Themen? Diese Unterscheidung ist von den Kirchen selbst zu treffen und nicht Sache des Staates. Als differenzierender Anknüpfungspunkt für die Registrierungspflicht ist das Kriterium ungeeignet, indem für die Evangelischen Kirchen auch die Beteiligung am demokratischen Willensbildungsprozess „Kernaufgabe“ ist.

Für die Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften ist also eine freiwillige Registrierungsmöglichkeit vorzusehen und keine Verpflichtung zur Registrierung. Dies würde auch dem Zustand in anderen Bundesländern und auf Bundesebene entsprechen.

Über die Registrierung würden die Evangelischen Kirchen nach Inkrafttreten des Gesetzes entscheiden, würden hierbei aber auch beachten müssen, ob die Einordnung der Tätigkeit des Beauftragten bei Landtag und Landesregierung als „Lobbyismus“ angesichts der vielfältigen Aufgaben jenseits der Interessenvertretung sachgerecht ist.

3. Fazit

Wir befürworten die von den Gesetzesentwürfen angestrebte Stärkung der Transparenz demokratischer Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse.

Die Registrierungspflicht ist in der oben beschriebenen Weise und aus den genannten Gründen zu beschränken.

Die Kirchen sind im Gesetz als Akteure der positiven Religionsfreiheit aus verfassungsrechtlichen Gründen von einer Registrierungspflicht auszunehmen. Eine freiwillige Registrierung von Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften kann im Gesetz vorgesehen sein.

Wir begrüßen die im Freistaat Thüringen bestehende Beteiligtransparenzdokumentation für den Gesetzgebungsprozess und werden auch künftig der Veröffentlichung unserer Mitwirkung im Anhörungsverfahren und unserer Stellungnahmen zustimmen.

Mit freundlichen Grüßen

Oberkirchenrat

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zur Herstellung von mehr Transparenz in der Politik Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/3356 -											
Thüringer Gesetz zur Stärkung der parlamentarischen Demokratie durch maximale Transparenz Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/3387 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="height: 40px;"></td> <td style="text-align: center; vertical-align: middle;"> LIGA der Freien Wohlfahrtspflege e.V. in Thüringen Arnstädter Straße 50 (Eingang Humboldtstraße) 99096 Erfurt </td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		LIGA der Freien Wohlfahrtspflege e.V. in Thüringen Arnstädter Straße 50 (Eingang Humboldtstraße) 99096 Erfurt	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	
Name	Organisationsform										
	LIGA der Freien Wohlfahrtspflege e.V. in Thüringen Arnstädter Straße 50 (Eingang Humboldtstraße) 99096 Erfurt										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)											
Postleitzahl, Ort											
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="height: 40px;"></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 5px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer			
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											

	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Interessenvertretung für die freie Wohlfahrtspflege i. Thür.	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt? <i>betrifft nur Thema Lobbyregister</i>	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	<ul style="list-style-type: none"> - STO erfolgte nur bzgl. Lobbyregister - keine STO zur Änderung d. Thür. Abgeordnetengesetzes - Unterstützung d. Herstellung von Transparenz polit. Einflussnahme auf Entscheidungsprozesse - konkrete Umsetzung eines Lobbyregisters bedarf Änderungen - siehe Stellungnahme 	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 6 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 22/06/2021	



LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e. V.
Arnstädter Str. 50, 99096 Erfurt

Thüringer Landtag
Ausschuss für Migration, Justiz und
Verbraucherschutz
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

- ausschließlich per E-Mail -

Geschäftsstelle

**LIGA der Freien Wohlfahrtspflege
in Thüringen e.V.**
Arnstädter Str. 50
(Eingang Humboldtstraße)
99096 Erfurt

Thüringer Landtag
Zuschrift
7/1283

zu Drs. 7/3356/3387

Ihr Schreiben vom/Ihre Zeichen
Drs. 7/3356, Drs. 3387

unsere Zeichen

Erfurt,
21.06.2021

Stellungnahme der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e.V. zum

- **Gesetzentwurf der Fraktion der CDU: Thüringer Gesetz zur Stärkung der parlamentarischen Demokratie durch maximale Transparenz, Drucksache 7/3387 vom 27.05.2021**
- **Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Thüringer Gesetz zur Herstellung von mehr Transparenz in der Politik, Drucksache 7/3356 vom 19.05.2021**

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bedanken uns für die Möglichkeit, zu den o.g. Gesetzentwürfen Stellung nehmen zu können.

1. Grundsätzliches

Die LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen, im weiteren genannt LIGA, unterstützt das Anliegen beider Gesetzesentwürfe, die Beteiligung verschiedener Personen, Gruppen und Institutionen an der politischen Willensbildung der Öffentlichkeit transparent zu machen.

Es ist ein Grundbestandteil eines demokratischen Staatswesens, in politische Willensbildungsprozesse unterschiedliche Interessenvertretungen, Vereine, Organisationen, Unternehmen, Einrichtungen und BürgerInnen und Bürger einzubeziehen. Dieses geschieht in verschiedenen informellen und formellen Gesprächsformaten der Regierung, Ministerien, Verwaltungen, Fraktionen und einzelner Abgeordneter und zudem umfänglich in offiziellen Stellungnahmeverfahren des Landtages. Diese Partizipationsprozesse führen zu abgewogenen

Entscheidungsprozessen zum Wohle des Gemeinwohls. Damit hat Lobbyismus eine notwendige positive Funktion.

Zugleich hat Lobbyismus ein Gefährdungs- und Korruptionspotential. Dieses gilt es durch sinnvolle Transparenzregelungen so gering wie möglich zu halten. Deshalb begrüßt die LIGA grundsätzlich die beiden Gesetzesinitiativen der Fraktionen des Thüringer Landtages.

Die LIGA nimmt als Verband der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege Stellung zu den vorgeschlagenen Änderungen bzw. Erweiterungen des Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes.

Die LIGA gibt keine Stellungnahme ab zur Änderung des Thüringer Abgeordnetengesetzes.

Es gehört zu den satzungsmäßigen Aufgaben der LIGA und der in ihr zusammengeschlossenen einzelnen Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege, sich aktiv in gesellschaftliche Diskussionsprozesse und politische Gestaltungs- und Entscheidungsprozesse einzubringen. Zu den satzungsgemäßen Aufgaben der LIGA ist geregelt (§ 2 Vereinszweck, (2) 3. und 4.):

- 3. *Mitwirkung an der Gesetzgebung, Zusammenarbeit mit der Landesregierung und Organen der Selbstverwaltung in zentralen sozialen Angelegenheiten in Thüringen.*
- 4. *Wahrung und Vertretung der gemeinsamen Belange der Freien Wohlfahrtspflege im Freistaat Thüringen in der Öffentlichkeit, gegenüber der Landesregierung, den staatlichen und kommunalen Verbänden und allen sonstigen Organisationen der öffentlichen Selbstverwaltung, in Fachorganisationen und -verbänden soweit Aufgabengebiete der Freien Wohlfahrtspflege berührt werden.*

Die Erstellung eines Lobbyregisters wird von der LIGA unterstützt, da öffentlich erkennbar wird, welche Personen und Institutionen mit den politisch Verantwortlichen in einem Dialog stehen. Wichtig ist der LIGA, dass die im Lobbyregister hinterlegten Informationen zum einen hinreichend aussagefähig sind und zum anderen eine pragmatische Realisierung ermöglichen.

2. Stellungnahme zum Gesetzentwurf der Fraktion der CDU: Thüringer Gesetz zur Stärkung der parlamentarischen Demokratie durch maximale Transparenz, Drucksache 7/3387 vom 27.05.2021

§ 2 Registrierungspflicht

Eine Registrierungspflicht wird in den im Gesetzentwurf genau beschriebenen Vorhaben und Entscheidungsprozessen als sinnvoll angesehen. Damit wird die Einflussnahme auf den demokratischen Willensbildungsprozess gegenüber dem Landtag (inklusive seiner Gremien, Fraktionen und Mitglieder) und gegenüber der Landesregierung und ihren einzelnen Mitgliedern transparent und nachvollziehbar. Es geht in § 2 um die wesentlichen Vorgänge des Landtages und der Landesregierung. Zugleich ist der kontinuierliche Dialog von Abgeordneten, der Regierung und der Ministerien zu fachkundigen Bürgerinnen und Bürgern und Organisationen, der eine demokratische Regierungsform prägt, weiterhin ohne eine zusätzliche

Formalisierung gewährleistet. Es ist sehr wichtig, dass die Kontaktaufnahme sowohl von Bürgerinnen und Bürgern als auch von Institutionen zum Zweck der Einflussnahme auf die in § 2 (1) Nr. 1 und Nr. 2 genannten Vorgänge von dem alltäglichen Dialog der Abgeordneten und der Regierung mit Bürgerinnen und Bürgern unterschieden wird. Parlamentarismus ist angewiesen auf intensive Kommunikation vieler verschiedenen Menschen, ohne dass dieses per se registrierungspflichtige Lobbytätigkeit ist.

Die transparente Veröffentlichung jeder Person oder Institution, die eine Dienstleistung zur inhaltlichen Vorbereitung von nach § 2 Absatz 1 registrierungspflichtigen Tätigkeiten erbringt, ist zu begrüßen.

§ 3 Registerinhalt

Zu (2) Nr. 14

In diesem Punkt soll geregelt werden, dass mitgliedschaftlich verfasste Körperschaften und gemeinnützige Organisationen die Höhe der jährlichen Gesamteinnahmen veröffentlichen. Für die LIGA weder nachvollziehbar, noch umsetzbar, noch angemessen ist die geforderte Angabe der Spenden und der Spender.

Alle Wohlfahrtsverbände werben um Spenden, um ihre soziale Arbeit, Hilfe in Notsituationen einzelner Menschen und Folgen von Katastrophen zu finanzieren und Unterstützung zu leisten. Beispielhaft sei hier die Spendenmarke „Thüringen hilft“ der Diakonie Mitteldeutschland in Zusammenarbeit mit der Thüringer Allgemeinen und der Ostthüringer Zeitung, Caritas International, Diakonie Katastrophengilfe etc. genannt. Zudem werden Spenden benötigt, um bei nicht auskömmlich finanzierten Unterstützungsangeboten die geforderten Eigenmittel aufzubringen. Diese Art der Spendensammlung gehört zu den genuinen Aufgaben von Wohlfahrtsverbänden und steht in keinem Zusammenhang mit der Lobbyarbeit. Eine Veröffentlichung der Namen der vielen Einzelspender ist vor allem durch den Datenschutz ausgeschlossen, mit dem Willen der Spender nicht vereinbar und - ganz pragmatisch - schlichtweg nicht umsetzbar. Insoweit bedarf es zwingend Ausnahmeregelungen für die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege und ihre Verbandsmitglieder.

Zu (2) Nr. 16

Der Gesetzentwurf sieht eine Dokumentation der wesentlichen Inhalte des Beitrags zu den registrierungspflichtigen Vorgängen nach § 2 Absatz 1 vor. Hier stellt sich die Frage, wie diese Dokumentationspflicht ausgestaltet wird. Die LIGA veröffentlicht grundsätzlich ihre Stellungnahmen und Positionen auf der Homepage www.liga-thueringen.de. Eine Möglichkeit wäre, dass registrierte Lobbyisten ihre Positionen und Stellungnahmen auf der eigenen Homepage verpflichtend veröffentlichen. Diese muss mit dem Lobbyregister verlinkt werden. Auf diese Weise sind die Beiträge öffentlich. Im Übrigen gehen wir davon aus, dass mit der hier vorgesehenen Dokumentationspflicht nicht gemeint ist, dass von jedem Gespräch mit einem Landtagsabgeordneten ein Protokoll angefertigt werden muss.

§ 4 Pflichten der Landesregierung und des Landtags

Es wird ein Absatz 2 eingefügt, der regelt, dass die Landesregierung dem Landtag die nach § 3 registrierungspflichtigen Informationen (exekutiver Fußabdruck) übermittelt. Der neue Absatz 3 regelt dieses für die Einreicher (einbringende Fraktionen und Abgeordnete) in gleicher Weise. Es bedarf einer genau und konkret ausgestalteten Dokumentationspflicht, die die Verhältnismäßigkeit und die praktische Umsetzbarkeit im Blick hat.

3. Stellungnahme zum Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Thüringer Gesetz zur Herstellung von mehr Transparenz in der Politik, Drucksache 7/3356 vom 19.05.2021

§ 7 Begriffsbestimmungen

In (1) wird die Interessenvertretung umfassend beschrieben. „Jede Tätigkeit zum Zweck der unmittelbaren oder mittelbaren Einflussnahme auf den Willensbildungsprozess“ bedeutet allerdings, dass darunter auch jedwedes Gespräch einer Bürgerin oder eines Bürgers mit einem Abgeordneten des Landtages verstanden werden kann. Aus der Perspektive eines Abgeordneten bedeutet das in der Konsequenz, dass zukünftig penibel darauf zu achten ist, über politische Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse nur mit Personen zu sprechen, die im Lobbyregister verzeichnet sind. In der aufgeführten Weise ist diese Forderung realitätsfern. Sie ist weder praktikabel noch ist sie die angemessene Antwort auf die Intentionen des Lobbyregisters, das so einen unverhältnismäßigen Umfang erhält, der keine Aussagekraft mehr hat. Bürgernähe schließt diese Regelung im Übrigen aus.

In (2) sind eintragungspflichtigen Tätigkeiten nicht abschließend aufgezählt. Inhaltliche Bezüge zu Gesetzentwürfen, Kabinettsvorlagen etc. ist darüber hinaus eine so weite und ungenaue Beschreibung, so dass letztlich jeder Kontakt und jedwedes Gespräch (also auch das zufällige Gespräch auf der Straße) mit einem Abgeordneten zu einer eintragungspflichtigen Tätigkeit führt.

§ 9 Registrierung im Lobbyregister

Nach (1) Satz 2 ist jede Kontaktaufnahme zur Interessenvertretung eintragungspflichtig. In unserer Gesellschaft stark auf Dialog und Kommunikation setzende demokratische Entscheidungsprozesse stehen damit durchaus in Gefahr, behindert zu werden. Wenn Bürgerinnen und Bürger nicht mehr unkompliziert das Gespräch mit ihren Abgeordneten führen können, ohne in das Lobbyregister eingetragen zu sein, wäre dieses eine negative Folge für eine gelebte Demokratie.

§ 10 Inhalt der Registrierung im Lobbyregister

Aus der Sicht eines Spitzenverbandes der Freien Wohlfahrtspflege sind die in (1) Nr. 3 umfangreich aufgeführten Angaben wenig zielführend. Wohlfahrtsverbände sind satzungsgemäß in einem Dialogprozess mit politischen Entscheidungsträgern in gemeinsamer Verantwortung für die Weiterentwicklung des Sozialstaates, zur Abwendung sozialer Notlagen und der Ausgestaltung sozialer Unterstützungsstrukturen. Es gibt bei Wohlfahrtsverbänden keine spezifischen Auftraggeber für Lobbytätigkeit. Die Interessenvertretung der Menschen in sozialen Notlagen und mit Unterstützungsbedarf und auch der Erbringer sozialer Leistungen gegenüber Politik und Verwaltung ist per se Aufgabe und genuiner Auftrag eines Wohlfahrtsverbandes und entsprechend in der jeweiligen Verbandssatzung verankert.

Nach (1) Nr. 2d müssten die Wohlfahrtsverbände sämtliche ihrer Führungskräfte aller Ebenen, Referentinnen und Referenten etc. die in fachpolitischen Dialogen, Beratungs- und Austauschprozessen mit Abgeordneten und Mitarbeitenden der Ministerien stehen, namentlich registrieren lassen. Diese Formen der Zusammenarbeit, in die gelegentlich auch Praxisexperten aus den konkreten Diensten und Einrichtungen der Verbände hinzugezogen werden, gehören zu den normalen kontinuierlichen Arbeitsprozessen der Zusammenarbeit der Wohlfahrtsverbände mit der Sozialverwaltung und Sozialpolitik. Dieser Umfang der Registrierungspflicht ist aus unserer Sicht unverhältnismäßig. Hingewiesen sei hier auf das VIII. Sozialgesetzbuch § 4 (1). § 4 regelt, dass die öffentliche Jugendhilfe mit der freien Jugendhilfe zum Wohle von Jugendlichen und ihren Familien partnerschaftlich zusammenarbeiten soll. Zusammenarbeit, zumal partnerschaftlich, ist hier beispielhaft gesetzlich geregelt. Diese Form der Zusammenarbeit findet über alle Sozialgesetzbücher hinweg in regelmäßigen Gesprächsformaten zwischen den Kolleginnen und Kollegen der Wohlfahrtsverbände bspw. mit dem Ministerpräsidenten, den Spitzen verschiedener Ministerien und auf Arbeitsebene statt. Es steht außer Frage, dass sich die Wohlfahrtsverbände mit ihren Rechtsvertretungen im Lobbyregister eintragen. Die Eintragung und im Übrigen ständige Aktualisierung der Angaben der bspw. Fachreferentinnen und Fachreferenten jedes einzelnen Wohlfahrtsverbandes zur Herstellung von Transparenz ist nicht erforderlich. Es würde nur zu einem unnötigen Aufblähen des Registers führen.

Fazit: Die LIGA der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen unterstützt die Herstellung von Transparenz politischer Einflussnahme auf Entscheidungsprozesse der Regierung und des Landtages. Ein Lobbyregister kann dafür ein geeignetes Instrument sein. Dabei ist genau zwischen den verschiedenen Institutionen und deren Zwecke zu unterscheiden. Die besondere, gesetzlich ausgestaltete Rolle der Wohlfahrtsverbände ist entsprechend zu berücksichtigen.

Zugleich darf der Aufbau eines Lobbyregisters den kontinuierlichen und möglichst niederschweligen Dialog der politisch Verantwortlichen mit den Bürgerinnen und Bürgern des Freistaates Thüringen nicht be- oder auch verhindern. Natürlich treten Bürgerinnen und Bürger mit ihren individuellen Interessen an die politischen Entscheidungsträger heran, dies ist in

einem demokratischen Staat gewollt und zwingend notwendig. Dieser Bürgerdialog muss gefördert und auf keinen Fall durch formale Vorgaben beeinträchtigt werden.

Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenz dokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilG in der Beteiligtransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Erwachsenenbildungsgesetzes Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/3069 -											
1.	Haben Sie sich als juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>LOFT- Landesorganisation der freien Bildungsträger in der Erwachsenenbildung Thüringen</td> <td>e.V.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Semmelweisstr.</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>2</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99096 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	LOFT- Landesorganisation der freien Bildungsträger in der Erwachsenenbildung Thüringen	e.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse	Semmelweisstr.	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	2	Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	LOFT- Landesorganisation der freien Bildungsträger in der Erwachsenenbildung Thüringen	e.V.									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Semmelweisstr.									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	2									
Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort			
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Erwachsenenbildung	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Die Zielstellung der Erhöhung der Transparenz wird unterstützt. Die grundsätzliche Bewertung politischer Interessensvertretung durch Verbände sollte dabei ausreichend differenziert erfolgen, um politische Mitwirkung als wichtigen und positiven Beitrag zur Demokratie nicht zu erschweren. Transparenzregeln sollen praktisch und handhabbar sein um gewollte zivilgesellschaftliche Beteiligung nicht auszugrenzen. Die Registrierung eines jeden einzelnen Kontakts in ein „Aktivitäten-Register“ erscheint uns weder praktikabel noch zielführend. Die Möglichkeit zur freien und ungehinderten Kontaktaufnahme zu politischen Entscheider*innen muss in einem demokratischen System selbstverständlich sein.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input checked="" type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	Wir haben eine Einladung zur mündlichen Anhörung erhalten. Da wir diese jedoch nicht wahrnehmen können, haben wir um die Einreichung einer schriftlichen Stellungnahme gebeten.	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)

	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 22.06.2021	

THÜR. LANDTAG POST
22.06.2021 12:37

15686/21

LOFT

Thüringer Landtag
Ausschuss für Migration, Justiz und Verbraucherschutz
Jürgen-Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt
Nur per E-Mail: poststelle@thueringer-landtag.de

Geschäftsstelle
Sammelweisstraße 2
99096 Erfurt

Telefon: 0361 . 262 52 80
Telefax: 0361 . 262 52 81
E-Mail: info@loft-thueringen.de

Amtsgericht Erfurt VR 2364

22/06/21

Anhörungsverfahren zum Entwurf eines Thüringer Gesetzes zur Herstellung von mehr Transparenz in der Politik (Drs. 7/3356) und zum Entwurf eines Thüringer Gesetzes zur Stärkung der parlamentarischen Demokratie durch maximale Transparenz (Drs. 7/3387)

Sehr geehrte Abgeordnete,
herzlichen Dank für die Möglichkeit, zu o.g. Gesetzentwürfen Stellung zu nehmen. LOFT ist die Landesorganisation der 16 gesetzlich anerkannten freien Erwachsenenbildungsträger in Thüringen. Wir stehen für die Wahrung einer vielfältigen Erwachsenenbildungslandschaft und die Schaffung angemessener Rahmenbedingungen für das lebenslange Lernen in Thüringen. Neben eigenen Bildungsangeboten sowie Service- und Vernetzungsangeboten für unsere Mitglieder verstehen wir uns vor allem auch als bildungspolitische Interessenvertretung gegenüber dem Thüringer Landtag, der Landesregierung sowie weiteren zuständigen Institutionen und Organisationen. Daher sind wir von den beabsichtigten Regelungen durchaus betroffen.

Zielstellung der Gesetzentwürfe ist die Erhöhung der Transparenz von politischen Entscheidungsprozessen. Dieses Anliegen unterstützen wir grundsätzlich. Zum demokratischen Staat gehören öffentlich nachvollziehbare Willensbildungsprozesse. Unlautere Einflussnahme und einseitige Interessendurchsetzung sind zu vermeiden, um das Vertrauen der Bürger*innen in unsere Institutionen zu fördern und die Akzeptanz unserer demokratischen Verfahren zu erhöhen. Daher unterstützen wir schon jetzt die Beteiligentransparenzdokumentation des Freistaates und veröffentlichen unsere politischen Zielsetzungen und Positionsbestimmungen.

Auch einer perspektivisch notwendigen Registrierungspflicht unseres Verbandes und unserer politischen Aktivitäten stehen wir positiv gegenüber. Unser Einsatz für gute Bildung darf gern noch stärker öffentlich sichtbar werden, da wir der festen Überzeugung sind, dass in Zeiten des gesellschaftlichen Wandels die Bearbeitung drängender Bildungsaufgaben in Bereichen wie z.B. politische Bildung, Inklusion, Migration oder Digitalisierung zentrale Handlungsfelder der Politik sein müssen.

Dennoch möchten wir zwei Anfragen an die beabsichtigten Neuregelungen stellen. Zum einen sollte die in den Entwürfen enthaltene grundsätzliche Bewertung von politischer Interessenvertretung durch Verbände differenzierter vorgenommen werden. Insbesondere Vorblatt und Begründung des Entwurfs der Regierungskoalition spielt mit der weit verbreiteten Vorstellung der „mächtigen Lobby“, die aus blankem Eigennutz die Verfahren der Politik in ihre Richtung beeinflussen wollen und dazu auch vor unlauteren Methoden nicht zurückschrecken. „Korruptionsgefährdungslagen“ (Drs. 7/3356, S. 13) können die Folge sein. Aus unserer Sicht wird dies der tatsächlichen Realität von politischer Interessenvertretung nicht gerecht. Natürlich gibt es Fehlverhalten, „Mauschelei“ zum Nachteil gerade von Schwächeren, sogar kriminelles Verhalten. Und natürlich sollte keine Interessenorganisation von sich behaupten, man handle niemals im eigenen, sondern nur im „höheren“ Interesse des Gemeinwohls. Es wäre dennoch nicht sachgerecht, die

durchaus zu befürwortende Regulierung von politischer Interessenvertretung vorrangig aus einer negativ konnotierten Ausgangsperspektive heraus zu betrachten.

Wie die allermeisten Verbände in Thüringen betrachten wir unsere politische Mitwirkung als wichtigen und positiven Beitrag zur Demokratie. Natürlich verfolgen wir dabei die Interessen der freien Erwachsenenbildungsträger. Dies einzuräumen ist für uns Ausdruck unserer Professionalität. Aber wir verstehen unsere Arbeit vor allem auch als Beratung der Politik. Wir sind Expert*innen auf unserem Gebiet und können politischen Entscheider*innen praktische Einblicke liefern, die sie selbst nicht haben (können). Wir wollen unseren Sachverstand einbringen, damit zielführende und praktikable Regelungen entstehen. Dabei wollen wir auch zur Entlastung politischer Entscheidungsverfahren beitragen, denn wir treten mit bereits abgestimmten und gebündelten Forderungen an den Staat heran, die sonst jedes unserer Mitglieder äußern würde. Schließlich leisten wir damit auch einen Beitrag zur Rückbindung politischer Entscheidungen an die Praxis, denn wir wollen auch kommunikatives Bindeglied zwischen unseren Mitgliedern und der staatlichen Ebene sein.

Diese positiven Wirkungen von Interessenverbänden und ihre Notwendigkeit für das Funktionieren unserer Demokratie sollten im weiteren Gesetzgebungsverfahren deutlicher zum Ausdruck kommen, damit dem aus unserer Sicht falschen Vorurteil, Politiker*innen seien mächtigen Verbänden und im Verborgenen agierenden „Lobbyisten“ hilflos ausgeliefert, nicht noch weiter Vorschub geleistet wird.

Zum zweiten möchten wir zu Bedenken geben, dass Transparenzregeln nur dann wirksam sein dürften, wenn sie praktisch handhabbar sind und öffentlich wahrgenommen werden. Die Praktikabilität ist aus unserer Sicht nur gegeben, wenn formale Vorgaben die politische Kommunikation zwischen Staat und Zivilgesellschaft nicht übermäßig be- oder sogar ganz verhindern. Die Inhalte der Registrierung in § 10 Abs. 1 (R2G-Entwurf) bzw. § 3 Abs. 2 (CDU-Entwurf) scheinen für kleine, oft ehrenamtlich arbeitende Interessenvertretungen einen erheblichen und letztlich wenig aussagekräftigen Erfüllungsaufwand mit sich bringen. Hier sollte mehr Augenmaß einziehen, um gewollte zivilgesellschaftliche Beteiligung nicht zu erschweren, vor allem auch aus Sorge vor rechtlichen Konsequenzen, die ein kleiner Verein möglicherweise nicht überblickt.

Weiterhin ist in den Entwürfen der CDU-Fraktion (§ 2 Abs. 1 und 2) sowie den Regierungsfractionen (§ 9 Abs. 1) nicht nur die Erfassung der Organisationsdaten eines Interessenverbandes vorgesehen, sondern die Eintragung jeder einzelnen politischen Aktivität eines Verbandes. Sollte damit auch jedes Telefonat, jede E-Mail und jedes flüchtige Gespräch an der Straßenbahnhaltestelle gemeint sein? Wie wären dann Anfragen aus den Ministerien bei Verbänden zu behandeln, wenn z.B. Daten zur Beantwortung parlamentarischer Anfragen zugearbeitet werden sollen? Die Registrierung jedes einzelnen Kontakts erscheint uns weder praktikabel noch zielführend. Die Möglichkeit zur freien und ungehinderten Kontaktaufnahme zu politischen Entscheider*innen muss in einem demokratischen System selbstverständlich sein und sollte nicht unter dem permanenten Verdacht der unbotmäßigen Beeinflussung vermeintlich wehrloser Politiker*innen stehen. Zudem: Schon die Beteiligtentransparenzdokumentation dürfte nur wenigen Thüringer*innen ein Begriff sein. Noch weniger würde wahrscheinlich ein mit erheblichem bürokratischen Aufwand zu führendes „Aktivitäten-Register“ öffentlich wahrgenommen und zur Transparenz unserer Entscheidungsverfahren beitragen. Hier sollten Aufwand und Nutzen, einschließlich möglicher negativer Folgen für eine breite politische Beteiligung der Zivilgesellschaft, noch einmal gründlich diskutiert werden.

Sehr geehrte Abgeordnete, wir hoffen, dass wir mit diesen Ausführungen zu Ihrer Meinungsbildung beitragen konnten und freuen uns, Ihnen auch in Zukunft mit hoher Transparenz, aber ohne unsachgemäße bürokratische Hemmnisse mit unserer bildungspolitischen Expertise zur Verfügung stehen zu können.

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zur Herstellung von mehr Transparenz in der Politik Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/3356 -											
Thüringer Gesetz zur Stärkung der parlamentarischen Demokratie durch maximale Transparenz Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/3387 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Katholisches Büro Erfurt Kommissariat der Bischöfe in Thüringen</td> <td>K.d.ö.R.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Herrmannsplatz 9</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99084 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Katholisches Büro Erfurt Kommissariat der Bischöfe in Thüringen	K.d.ö.R.	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Herrmannsplatz 9	Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt
Name	Organisationsform										
Katholisches Büro Erfurt Kommissariat der Bischöfe in Thüringen	K.d.ö.R.										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Herrmannsplatz 9										
Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer			
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>											
Straße, Hausnummer											

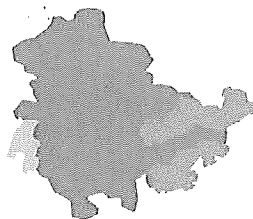
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Vertretung der Katholischen Kirche beim Thüringer Landtag und der Thüringer Landesregierung	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Bedeutung von Transparenz- und Verhaltensregeln; differenziertere Wahrnehmung der Interessenorganisationen notwendig; Praktikabilität diskutieren	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 21.06.2021	

KATHOLISCHES BÜRO ERFURT

Kommissariat der Bischöfe in Thüringen



Katholisches Büro | Postfach 800662 | 99032 Erfurt

Thüringer Landtag
Ausschuss für Migration, Justiz und
Verbraucherschutz
Jürgen-Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt

THÜR. LANDTAG POST
22.06.2021 14:27

15706121

Bistum Erfurt
Bistum Dresden-Meißen
Bistum Fulda

Anschrift:
Herrmannsplatz 9 | 99084 Erfurt

NUR PER E-MAIL

Anhörungsverfahren zum Entwurf eines Thüringer Gesetzes zur Herstellung von mehr Transparenz in der Politik (Drs. 7/3356) und zum Entwurf eines Thüringer Gesetzes zur Stärkung der parlamentarischen Demokratie durch maximale Transparenz (Drs. 7/3387)

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

herzlich danke ich Ihnen im Namen der Katholischen Kirche in Thüringen für die Möglichkeit, zu o.g. Gesetzentwürfen Stellung zu nehmen. Diese

Grundsätzliche Anmerkungen zum Regelungsvorhaben

Zielstellung der Gesetzentwürfe ist die Erhöhung der Transparenz von politischen Entscheidungsprozessen. Dieses Anliegen unterstützen wir grundsätzlich. Ein demokratisches Staatswesen braucht öffentlich nachvollziehbare Willensbildungsprozesse. Unlautere Einflussnahme und einseitige Interessendurchsetzung sind zu vermeiden, um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in unsere Institutionen zu fördern und die Akzeptanz unserer demokratischen Verfahren zu erhöhen. Daher befürworten wir schon jetzt die Beteiligentransparenzdokumentation des Freistaates und stellen unsere Beiträge dort von Beginn an aus Überzeugung zur Veröffentlichung bereit. Die Inhalte unseres politischen Engagements in vielen Politikfeldern dürfen gern einer breiten Öffentlichkeit zugänglich sein.

Dennoch möchten wir einige Anfragen an die beabsichtigten Neuregelungen in Ihre Debatte einbringen.

1. Regeln ja, grundsätzliches Misstrauen nein

Als ein Anlass des Gesetzgebungsverfahrens werden in den vorliegenden Anträgen „aktuelle Vorkommnisse im Bereich der Lobbyproblematik“ (Drs. 7/3356, S. 2) benannt. Es wird zurecht davon ausgegangen, dass das Fehlverhalten einzelner Abgeordneter einem Vertrauensverlust der Bürgerinnen und

Ihr Zeichen:
Drs. 7/3356, Drs. 7/3387

Aktenzeichen:
KB 07-3260 38581 km

Erfurt, den 21. Juni 2021

Bürger gegenüber der gesamten Politik Vorschub leistet. Verhaltensregeln für Abgeordnete und politische Amtsträgerinnen und Amtsträger sind daher sicherlich grundsätzlich sinnvoll. Wie diese im Einzelfall auszugestalten sind, dazu kann die Kirche keine konkrete Position vorlegen. Die Verantwortung hierfür tragen vor allem Sie als Abgeordnete selbst.

Wir möchten jedoch zu bedenken geben, dass bei aller Transparenz – gerade in finanziellen Fragen – das falsche Verhalten Einzelner nicht zu einem grundsätzlichen Misstrauen gegenüber der Tätigkeit von Abgeordneten verallgemeinert werden darf. Die überwiegende Zahl der Politikerinnen und Politiker verhält sich stets anständig und ist natürlich nicht korrupt. Wenn nun aber Verhaltensmaßstäbe für Abgeordnete bis ins Kleinste geregelt werden sollen, könnte in der Öffentlichkeit der Eindruck entstehen, Sie stünden permanent in der Gefahr, den Verlockungen der Korruption zu erliegen. Dies wäre zweifellos ein Zerrbild.

Bei den zu treffenden Regelungen sollte also eine gute Balance gefunden werden zwischen notwendiger Transparenz einerseits und einem übermäßigen Erfüllungsaufwand andererseits, der die Ausübung des Mandates und das außerparlamentarische Engagement eines Abgeordneten erschwert.

Schließlich steht wohl außer Frage, dass auch die vorgelegten Regelungen kriminelles Gebaren nicht verhindern kann. Wer es darauf anlegt, sich mithilfe seines Mandates ungerechtfertigte Vorteile zu verschaffen, wird dafür leider auch künftig Mittel und Wege finden können.

2. Einseitige Bewertung von politischer Interessenvertretung vermeiden

Die in den Entwürfen enthaltene grundsätzliche Bewertung von politischer Interessenvertretung durch Verbände sollte aus Sicht der Kirche deutlich differenzierter vorgenommen werden. Insbesondere Vorblatt und Begründung des Entwurfs der Regierungskoalition spielt mit der weit verbreiteten Vorstellung der „mächtigen Lobbyisten“, die aus rein egoistischen Motiven die Verfahren der Politik in ihre Richtung beeinflussen wollen und dazu auch vor unlauteren Methoden nicht zurückschrecken. „Korruptionsgefährdungslagen“ (Drs. 7/3356, S. 13) seien die Folge, so die Mutmaßung des Entwurfs.

Aus unserer Sicht wird diese Bewertung der tatsächlichen Realität von politischer Interessevertretung nicht gerecht. Insoweit legt der CDU-Entwurf eine deutlich differenziertere Begründung vor. Natürlich gibt es auch bei Interessengruppen vereinzelt Fehlverhalten und unangemessene Verquickungen. Auch sollte keine Interessenorganisation von sich behaupten, man handle niemals im eigenen, sondern immer nur im „höheren“ Interesse des Gemeinwohls. Die Vertretung eigener Interessen ist aber auch nicht per se unmoralisch. Es wäre daher nicht sachgerecht, die durchaus zu befürwortende Regulierung von politischer Interessenvertretung vorrangig aus einer negativ konnotierten Ausgangsperspektive heraus zu betrachten.

Dennoch gilt es festzuhalten, dass die allermeisten Verbände in Thüringen ihre Mitwirkung an politischen Entscheidungsverfahren als wichtigen und positiven Beitrag zur Demokratie betrachten und sich mit großem, nicht selten auch ehrenamtlichem Engagement einbringen. Verbandliche Arbeit ist immer auch fachliche Beratung der Politik. Verbände sind Experten auf ihrem Gebiet und können politischen Entscheidern praktische Einblicke liefern, die sie selbst nicht haben (können). Sie bringen ihren Sachverstand also auch dazu ein, um die Politik bei der Entwicklung zielführender und praktikabler Regelungen zu unterstützen.

Nicht zuletzt trägt dies auch zur Entlastung politischer Entscheidungsverfahren bei, denn Verbände treten mit bereits abgestimmten und gebündelten Forderungen an den Staat heran, die sonst in großer Zahl ungefiltert auf das politische Entscheidungszentrum einströmen würden. Schließlich leisten Verbände damit auch einen Beitrag zur Rückbindung politischer Entscheidungen an die Praxis, denn sie fungieren als kommunikatives Bindeglied zwischen denen, die sie vertreten, und der Ebene des Staates.

Diese positiven Wirkungen von Interessenverbänden und ihre Notwendigkeit für das Funktionieren unserer Demokratie sollten im weiteren Gesetzgebungsverfahren deutlicher zum Ausdruck kommen, damit dem aus unserer Sicht unhaltbaren Vorurteil, Politikerinnen und Politiker seien mächtigen Verbänden und im Verborgenen agierenden „Lobbyisten“ hilflos ausgeliefert, nicht noch weiter Vorschub geleistet wird.

3. Hoher Aufwand für geringen Informationsgewinn?

Wir möchten zu bedenken geben, dass Transparenzregeln nur dann effektiv sein dürften, wenn sie praktisch handhabbar sind und die erhobenen Daten von der Öffentlichkeit auch wahrgenommen werden. Die Praktikabilität ist aus unserer Sicht nur gegeben, wenn formale Vorgaben die politische Kommunikation zwischen Staat und Zivilgesellschaft nicht übermäßig behindern oder gar unmöglich machen. Die Inhalte der Registrierung in § 10 Abs. 1 (Entwurf der Regierungskoalition) bzw. § 3 Abs. 2 (Entwurf der CDU) scheinen für kleine, oft ehrenamtlich arbeitende Interessenvertretungen einen erheblichen und letztlich wenig aussagekräftigen Erfüllungsaufwand mit sich bringen. Hier sollte mehr Augenmaß einziehen, um gewollte zivilgesellschaftliche Beteiligung nicht zu erschweren, vor allem auch aus Sorge vor rechtlichen Konsequenzen, die ein kleiner Verein möglicherweise nicht überblicken kann.

Weiterhin ist in den Entwürfen der CDU-Fraktion (§ 2 Abs. 1 und 2) sowie den Koalitionsfraktionen (§ 9 Abs. 1) nicht nur die Erfassung der Organisationsdaten eines Interessenverbandes vorgesehen, sondern die Eintragung jeder einzelnen politischen Aktivität eines Verbandes. Ist damit wirklich jedes Telefonat, jede schriftliche Anfrage und auch das zufällige Gespräch vor dem Landtagsgebäude gemeint? Wie wären dann mit Anfragen aus den Ministerien bei Verbänden umzugehen, wenn z.B. Daten zur Beantwortung parlamentarischer Anfragen zugearbeitet werden sollen? Die Registrierung jedes einzelnen Kon-

takts erscheint uns weder praktikabel noch zielführend. Die Möglichkeit zur freien und ungehinderten Kontaktaufnahme zu politischen Entscheidungsträgerinnen und -trägern muss in einem demokratischen System selbstverständlich sein und sollte nicht unter dem permanenten Verdacht der unbotmäßigen Beeinflussung vermeintlich wehrloser Politikerinnen und Politiker stehen.

Zudem: Schon die Beteiligentransparenzdokumentation dürfte nur wenigen Menschen in Thüringen ein Begriff sein. Noch weniger würde wahrscheinlich ein mit erheblichem bürokratischen Aufwand zu führendes „Aktivitäten-Register“ öffentlich wahrgenommen und zur Transparenz der Entscheidungsverfahren beitragen. Hier sollten Aufwand und Nutzen, einschließlich möglicher negativer Folgen für eine breite politische Beteiligung der Zivilgesellschaft, noch einmal gründlich diskutiert werden.

Anmerkungen zur Registrierungspflicht von Religionsgemeinschaften

Abschließend ist die Frage zu erörtern, ob Religionsgemeinschaften von der Registrierungspflicht im Lobbyregister auszunehmen sind. Der Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen sieht dies in § 9 Absatz 3 bereits vor, im Entwurf der CDU sind die Religionsgemeinschaften unter den Ausnahmen nicht aufgeführt. Im kürzlich beschlossenen Lobbyregistergesetz des Bundes sowie in allen vergleichbaren Regelungen auf Länderebene besteht für die Religionsgemeinschaften keine Verpflichtung zur Eintragung.

Begründet wird dies vor allem damit, dass die Tätigkeit der Kirchen und Religionsgemeinschaften nach Artikel 4 Absatz 1 Grundgesetz ohne Gesetzesvorbehalt geschützt ist und daher einer Registrierungspflicht nicht unterliegen darf. Wie weit dies auszulegen ist, was davon also als „Wahrnehmung der Kernaufgaben der Religionsausübung“ (§ 9 Absatz 3 GE der Koalition) zu bewerten ist, kann der weltanschaulich neutrale Staat freilich nicht festlegen; diese Einschränkung ist daher obsolet.

Eine weitere Begründung für die Ausnahme Religionsgemeinschaften von der Registrierungspflicht wird in ihrer verfassungsrechtlichen Sonderstellung im deutschen Staatswesen sowie den staatsvertraglichen Regelungen zwischen Kirchen und Staat gesehen. So hat sich z.B. der Freistaat Thüringen im Konkordat von 1997 gegenüber dem Heiligen Stuhl völkerrechtlich bindend verpflichtet, der Katholischen Kirche in allen Angelegenheiten, die ihre Interessen berühren, die Möglichkeit der Stellungnahme einzuräumen.

Auch wenn also nicht von einer Registrierungspflicht für Religionsgemeinschaften ausgegangen werden kann, ist für die Katholische Kirche klar, dass wir uns stets mit guten Argumenten und nicht aufgrund unseres rechtlichen Status in den politischen Entscheidungsfindungsprozess einbringen wollen. Ebenso möchten wir aber auch unsere Erwartung formulieren, dass künftig die Beteiligung an Anhörungen weder grundsätzlich noch in der praktischen Organisation der Ausschussarbeit davon abhängen darf, ob Religionsgemeinschaften (wie auch andere auszunehmende Interessenorganisationen) im

Lobbyregister aufgeführt sind oder nicht. Hier bitten wir um eine entsprechende Zusage.

Sehr geehrte Abgeordnete, ich hoffe, dass wir mit diesen Ausführungen zu Ihrer Meinungsbildung beitragen konnten. Gern stehe ich Ihnen im Rahmen der mündlichen Anhörung zu weiteren Erörterungen zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligtransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Thüringer Gesetz zur Herstellung von mehr Transparenz in der Politik, Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drs. 7/3356		
1.	Haben Sie sich als juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
1.	Name	Organisationsform
	Verband der Wirtschaft in Thüringen e.V.	
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Lossiusstraße 1
	Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)	
2.	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?

Thüringer Gesetz zur Herstellung von mehr Transparenz in der Politik
Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Drucksache 7/3356 -

Thüringer Gesetz zur Stärkung der parlamentarischen Demokratie durch maximale Transparenz
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
- Drucksache 7/3387 -

1. Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)?
(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)

Name	Organisationsform
Thüringischer Landkreistag	e. V.
Geschäfts- oder Dienstadresse	
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Breslau-Str. 13
Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt

2. Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson?
(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)

Name	Vorname
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse
(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
Straße, Hausnummer	

	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Kommunaler Spitzenverband i. S. v. §§ 126, 127 ThürKO, Art. 91 Abs. 4 ThürVerf	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen ! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Bewertung des Gesetzentwurfs aus kreislicher Perspektive	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 28.6.2021	

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen in den folgenden Feldern 1 bis 6 werden als verpflichtende Mindestinformationen im Internet veröffentlicht. Wenn Sie Ihre Zustimmung in Feld 7 zur Veröffentlichung Ihres inhaltlichen Beitrags geben, wird auch Ihr Beitrag auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Bezeichnung des Gesetzgebungsentwurfs	
Drucksache 7/3387 und Drucksache 7/3356	
1.	bei natürlichen Personen
	Name Vorname
	bei juristischen Personen
	Name Organisationsform
	degepol - Deutsche Gesellschaft für Politikberatung e.V.
2.	bei natürlichen Personen
	Geschäfts- oder Dienstadresse <input checked="" type="checkbox"/> Wohnadresse <input type="checkbox"/> (Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird nicht veröffentlicht.)
	Straße, Hausnummer Französische Straße, 55
	Postleitzahl, Ort 10117, Berlin
	bei juristischen Personen
	Geschäfts- oder Dienstadresse
	Straße, Hausnummer
	Postleitzahl, Ort
3.	Schwerpunkt der inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit der natürlichen oder juristischen Person
	Ethikbeauftragter der de'ge'pol - Deutsche Gesellschaft für Politikberatung e.V.

4.	<p>Zusammenfassung der wesentlichen Inhalte des Beitrags</p> <p>Stellungnahme des Ethikbeauftragten der de'ge'pol zu den folgenden Entwürfen:</p> <p>Gesetzentwurf der Fraktion der CDU „Thüringer Gesetz zur Stärkung der parlamentarischen Demokratie durch maximale Transparenz“ - Drucksache 7/3387 -</p> <p>Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und Bündnis90/Die Grünen „Thüringer Gesetz zur Herstellung von mehr Transparenz in der Politik“ - Drucksache 7/3356 -</p>
5.	<p>nur soweit zutreffend: für den Fall einer Eigeninitiative</p> <p>Anlass der Stellungnahme</p> <p>Form der Stellungnahme</p> <p><input type="checkbox"/> schriftlich <input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail</p>
6.	<p>nur soweit zutreffend: bei Anwaltskanzleien Benennung des Auftraggebers</p>
7.	<p>Ich stimme der Veröffentlichung meines Beitrags auf den Internetseiten des Thüringer Landtags zu.</p> <p><input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein</p>

☒ Ich versichere die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

<p>Ort, Datum</p> <p>Berlin, den 24.06.2021</p>	<p>Unterschrift</p>
---	---------------------

Stellungnahme

vom 24.06.2021 zum

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU „Thüringer Gesetz zur Stärkung der parlamentarischen Demokratie durch maximale Transparenz“

- Drucksache 7/3387 -

und

Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und Bündnis90/Die Grünen „Thüringer Gesetz zur Herstellung von mehr Transparenz in der Politik

- Drucksache 7/3356 -

Über die de'ge'pol - Deutsche Gesellschaft für Politikberatung e.V.

Die de'ge'pol ist als Deutsche Gesellschaft für Politikberatung der Zusammenschluss der professionellen Interessenvertreterinnen und Interessenvertreter in Deutschland. Sie vertritt als berufsständische Vereinigung gemeinsame Ziele und Werte. Sie steht seit 2002 für Ethik, Vertrauen und Transparenz in der Interessenvertretung ein.

Die de'ge'pol sieht eine wert- und gemeinwohlorientierte Interessenvertretung als essentiell für die Demokratie in Deutschland und Europa an. Mit dem de'ge'pol Verhaltenskodex besteht seit 2003 die professionelle ethische Grundlage für Interessenvertretung. Alle Mitglieder sind durch die de'ge'pol Satzung auf den de'ge'pol Verhaltenskodex verpflichtet.

Ergänzt wird der Kodex durch den umfangreichen de'ge'pol Kriterienkatalog zum Qualitätsmanagement, mit dem die Prinzipien der Professionalität in der Interessenvertretung weiter ausgeführt werden. Neben diesen berufsständischen Grundlagen bietet die de'ge'pol ihren Mitgliedern Veranstaltungen und weitere Services.

Hintergrund der Stellungnahme

Die Artikulation von Interessen im politischen Prozess ist ein Wesenselement der Demokratie. Um das Vertrauen in die politischen Akteure zu stärken, ist jedoch eine bessere Nachvollziehbarkeit politischer Entscheidungen unumgänglich. Der entscheidende Hebel ist Transparenz auf beiden Seiten des politischen Prozesses – sowohl auf Seiten der Interessenvertreter, die ihre Forderungen an die politischen Entscheider herantragen, wie auf Seiten des Gesetzgebers und derer, die in der Regierung Gesetze vorbereiten und darüber entscheiden, welche Interessen berücksichtigt werden und welche nicht. Dabei muss der gleichberechtigte Zugang zum politischen Entscheidungsprozess und die Vermeidung von Interessenkonflikten sichergestellt werden.

Transparenz ist jedoch kein Selbstzweck. Es kann schon verfassungsrechtlich nicht darum gehen, eine vollständige Transparenz der politischen Willensbildung herzustellen. Dies wäre das Ende eines jeden sachlichen Diskurses und einer freien Meinungsbildung der Abgeordneten, wie der Regierungsmitglieder. Transparenz muss auf Basis der verfassungsrechtlichen Grundlagen so beschaffen sein, dass Vertrauen in die demokratischen Institutionen geschaffen wird.

Stellungnahme

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

sehr geehrte Mitglieder des Ausschusses für Migration, Justiz und Verbraucherschutz,

als Ethikbeauftragter der de'ge'pol - Deutsche Gesellschaft für Politikberatung e.V. danke ich für die Einladung zur Stellungnahme zu den beiden Entwürfen zum *Thüringer Gesetz zur Herstellung von mehr Transparenz in der Politik* und *Thüringer Gesetz zur Stärkung der parlamentarischen Demokratie durch maximale Transparenz* und nehme wie folgt Stellung:

Die de'ge'pol setzt sich seit ihrer Gründung 2002 für eine transparente Interessenvertretung ein und hat mit ihrem Verhaltenskodex als erste berufsständische Organisation der Interessenvertreter Standards in diesem Bereich geschaffen. Zur Verbesserung der Transparenz in der Interessenvertretung und der demokratischen Willensbildung bedarf es nach ihrer Überzeugung einer gesetzlichen Regelung zu einem Register für Interessenvertretende. Die de'ge'pol hat dazu bereits im Jahr 2008 in einem Grundsatzpapier detaillierte und in dem verfassungsrechtlich schwierigen Feld austarierte Vorschläge gemacht. Darüber hinaus fordert die de'ge'pol seit 2004 mit ihrem Verhaltenskodex die Trennung von Mandat und der Vertretung von Interessen Dritter gegen Entgelt.

Es ist daher erfreulich, dass auf Bundesebene mit dem Lobbyregistergesetz zum 01.01.2022 sowie in vielen Bundesländern Schritte in Richtung Transparenz gegangen werden. Wenn auch im Detail viele politische Kompromisse nicht unbedingt angemessene Ergebnisse zur Folge haben oder in der Praxis umsetzbare Regelungen gebracht haben.

Bedauerlich ist, dass auf Grund der Vielzahl von unterschiedlichen Regelungen auf Bundes- und Landesebene sich eine unübersichtliche Landschaft der Regulierung von Interessenvertretung ergibt. Dies beginnt bei der unterschiedlichen Verwendung von Begrifflichkeiten und führt schließlich auch zu im Detail unterschiedlich abweichenden Regelungen.

Darüber hinaus ist bedauerlich, dass teils allzu sehr auf die Seite der Auswertung der in einem Lobbyregister aggregierten Daten geschaut wird. Die maschinenlesbare Schnittstelle zur breiten Auswertung unter unterschiedlichen Aspekten wird begrüßt. Gleichzeitig dürfen zwei Aspekte aber nicht vernachlässigt werden: eine ebenso einfache Möglichkeit Daten in das Lobbyregister einzuliefern und klare Definitionen zu den zu liefernden Daten. Ein Lobbyregister kann nur so gut sein, wie die darin enthaltenen Daten.

Diese Daten und die Regulierung von Interessenvertretung in einem demokratischen Gemeinwesen erfüllen keinen Selbstzweck, sondern sind an den Zielen auszurichten: der Stärkung der Demokratie und Teilhabe durch Transparenz und Information auf Grundlage der grundgesetzlich geschützten Rechte der Meinungs- und Berufsfreiheit.

Es sei daher noch einmal der theoretische Rahmen der Transparenz der Interessenvertretung und der größere Kontext vergegenwärtigt:

Die Vertretung von Interessen – seien es eigene oder gemeinschaftliche – ist ein konstitutiver Bestand parlamentarischer, repräsentativer wie auch direkter Demokratien. Die Formulierung und Artikulation von Interessen durch einen Interessenträger selbst, einer Gruppe oder durch einen beauftragten Dritten ist innerhalb eines demokratischen Systems unverzichtbar für die Willensbildung und somit ein Wesensmerkmal pluralistischer Demokratien. Aufgeklärte Demokratien schaffen daher Räume, in denen Interessen artikuliert und vertreten werden können. Es ist vielmehr so, dass die Beschränkung von Interessenvertretung ein wesentliches Merkmal „gelenkter“ Demokratien und autoritärer Staatsformen ist. Insofern ist das Einbringen externer Anregungen, Meinungen und Expertise in politische Entscheidungs- und Abwägungsprozesse des jeweiligen willensbildenden demokratischen Entscheidungsträgers legitim, rechtmäßig und wichtig.

Wesentlich sind dabei aber drei Grundprinzipien:

1. Die artikulierten Interessen müssen eindeutig kontextualisiert und somit zuzuordnen sein. Camouflage von Interessen durch Dritte, durch Intermediäre oder durch gesteuerte Einrichtungen erlauben diese Form von Kontext nicht und sind insofern problematisch für jeden Aushandlungsprozess von Interessen.
2. Die Sphäre der Interessenvertretung und die Sphäre der Abwägung sowie Entscheidung über diese Interessen müssen strikt getrennt sein. Es gilt der Primat der Politik, was aber nur dann funktionieren kann, wenn es zu keiner Grenzverwischung kommt. Mandatsinhabern muss daher gleichzeitige Interessenvertretungsarbeit strikt untersagt sein.
3. In einer repräsentativen Demokratie und bei der Vielzahl und Vielfalt von Interessen ist ein Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Prozesse politischer Willensbildung erforderlich. Das Vertrauen bezieht sich dabei auf die Entscheidungen der Gremien der Legislative wie der Exekutive und auf die darauf einwirkenden Interessenvertreter gleichermaßen.

Verlorenes Vertrauen kann durch größere Transparenz ausgeglichen werden, solange nicht eine schiere, unstrukturierte Menge an Informationen, statt Transparenz in Vertrauen zu wandeln, das Interesse in Frustration kippen lässt. Transparenz und Vertrauen sind daher entsprechend auszutarieren. Zugleich wirken sich die Vielzahl von Akteuren und die Komplexität von Gesetzgebungsprozessen durch die Menge an Informationen im Detail auf die Wahrnehmung des kampagnenhafte Problematisierung von politischen Entscheidungsprozessen und die populistische Diskussion komplexer politischer Sachverhalte einfacher macht.

Um die Diskussion um das Thema Transparenz und transparente Interessenvertretung besser zu strukturieren, empfiehlt es sich, den grundlegenden Begriff der Transparenz in drei Ebenen zu gliedern.

1. Transparenz der Strukturen (strukturelle Transparenz):

Offenlegung von Auftraggebern, Mitgliedern, Interessenstrukturen, Finanziers, Konstruktionen von Third-Party- Plattformen etc.

2. Transparenz der Prozesse (prozessuale Transparenz):

Offenlegung von prozessrelevanten Faktoren wie der Höhe der Finanzmittel, Gesprächstermine, Gesprächsfolgen etc.

3. Transparenz der Inhalte (inhaltliche Transparenz):

Offenlegung von Gesprächsinhalten oder Dokumenten, die in der Interessenvertretung Anwendung finden.

Prozessuale Transparenz kann vielfach erst im Nachhinein erfolgen, da sie prozessbegleitend in das Grundrecht der Meinungsfreiheit unzulässig eingreifen würde, relevante Geschäftsgeheimnisse verschiedener Akteure verletzen könnte und als Teil des Kommunikationsprozesses fortwährenden Änderungen unterworfen ist.

Viele Daten - wie eine finanzielle Offenlegung - können auch aus technischen Gründen erst im Nachhinein erfolgen. Prozessuale Transparenz wird mit vielen Hoffnungen verbunden. Die bis dato existierende Praxis zeigt eher, dass die dabei offengelegten Fakten in ihrer Bedeutung oftmals überschätzt werden. Das Nachhalten entsprechender Fakten hingegen stellt zumeist einen erheblichen bürokratischen Mehraufwand dar.

Inhaltliche Transparenz würde bedeuten, dass es quasi keinerlei vertraulichen Gespräche mehr gibt. Weder Wissen noch vertrauliche Fragestellungen auf Seiten der Vertreter von Exekutive oder Legislative könnten in solchen Gesprächen erörtert werden, ohne Gefahr zu laufen. Politik braucht aber vertrauliche Räume. Inhaltliche Transparenz ist daher auch nur sehr selten Gegenstand dieser Debatte.

Transparenz in der Interessenvertretung geht wiederum von der Vertretung von Interessen als zentralem Begriff aus. Dabei ist „Interessenvertretung“ jeder Versuch, auf Entscheidungen der Fraktionen, des Plenums und der Ausschüsse eines Parlaments einschließlich der Rechtsetzung und ihrer Vorbereitung sowie auf alle Entscheidungen Exekutive mit rechtlich erheblicher Außenwirkung direkt oder indirekten Einfluss zu nehmen. Selbiges gilt für andere Ebenen der demokratischen Willensbildung.

Daher gilt als „Interessenvertreterin“ bzw. „Interessenvertreter“ jede natürliche oder juristische Person, die oben genannte Interessen in einer direkten Kontaktaufnahme vertritt. Dabei kann sie als Vertreter eigener oder der Interessen eines Dritten auftreten.

Um die Kontaktaufnahme von Privatpersonen oder lokalen Vereinen mit beispielsweise ihrem Abgeordneten nicht zu erschweren oder gar zu verhindern, sollen punktuelle Kontaktaufnahmen von Bürgerinnen und Bürgern zu Abgeordneten oder bloße Auskunftsbegehren von einem Register nicht erfasst werden. Solche Abgrenzungen sind beispielsweise durch Bagatellregelungen relativ einfach möglich.

In diesem Sinne muss ein Register universell sein und neben Beratern, Agenturen, Rechtsanwälten, Unternehmen, Vereinen und Verbänden explizit auch die Sozialpartner, NGOs, Think Tanks, Kirchen und Glaubensgemeinschaften umfassen, sobald Interessenvertretung betreiben. Eingeschlossen sind auch jene Akteure, die temporär für einen bestimmten Zweck der Interessenvertretung geschaffen wurden. Das können zum Beispiel Initiativen oder andere zeitlich befristete Zusammenschlüsse sein.

Vor diesem Hintergrund sind die beiden Entwürfe wie folgt im Einzelnen zu kommentieren:

Thüringer Gesetz zur Herstellung von mehr Transparenz in der Politik - Drucksache 7/3356 -

Zu § 6:

Den gesetzlichen Zweck mit „öffentlicher Kontrolle“ zu definieren, weckt zu hohe Erwartungen an das Gesetz und seine Umsetzung. Die Kontrolle wird hier nicht in der Weise durchgeführt, als das der Öffentlichkeit eine gesetzliche Kontrollfunktion eingeräumt wird. Vielmehr soll Öffentlichkeit geschaffen werden und somit durch die gesteigerte Transparenz die öffentliche Wahrnehmung möglich machen. Eine Formulierung im Sinne des Öffentlichmachens wäre hier angebrachter.

Zu § 7:

In Absatz 1 wird der Anwendungsbereich maximal geöffnet, indem „jede Tätigkeit“ mit dem Zweck der Einflussnahme umfasst wird. Abs. 2 ist mit einer „insbesondere“ Formulierung hier nicht einschränkend, sondern gibt nur Regelbeispiele. Fraglich ist, ob diese alle Fälle von Einflussnahme abbilden, da indirekte Einflussnahme nicht berücksichtigt wird. Hier wäre etwa an eine Plakatkampagne oder eine Social-Media-Aktivität zu denken. Wenn der Gesetzentwurf aber nur bestimmte, ggf. formalisierte Formate von Interessenvertretung einbeziehen soll, müsste dies in Abs. 1 klarer benannt werden, indem dort nicht von „jede Tätigkeit“ die Rede ist. Es sollte dann eher ein Katalog der betreffenden Tätigkeiten erstellt werden.

Abs. 2 zählt dann vier Tätigkeiten auf, die in Bezug gesetzt werden zu sechs Punkten von Tätigkeiten des Parlaments und der Regierung. Mithin wird hier also nicht nur die Tätigkeit mit Regelbeispielen unterlegt, sondern auch die Finalität des Abs. 1 genauer definiert. Dieser Passus sollte klarer gefasst werden. So könnten die Ziele entfallen, wenn die Tätigkeiten klarer umrissen werden.

Beabsichtigt ist nach dem Gesamtgefüge des Gesetzentwurfs strukturelle und prozessuale Daten in das Lobbyregister aufzunehmen. Dabei soll es nach der Begründung einen stärkeren Dokumentationscharakter haben. Es soll die Beteiligung und die konkreten inhaltlichen Beiträge Dritter zur Entscheidungsfindung des Parlaments und der Landesregierung für die Öffentlichkeit nachvollziehbar dokumentieren. Diese Gleichbehandlung beider Organe ist wesentlich, zumal erfahrungsgemäß anders als auf Bundesebene, in den Ländern primär die Exekutivorgane, nicht die Legislative der Adressat von Interessenvertretungsarbeit sind.

Es sollte daher in den Begriffsbestimmungen des § 7 und der Registrierungspflicht nach § 9 Abs. 1, 2 klarer der Mechanismus der die Eintragungspflicht auslösenden Tatsachen vor dem Hintergrund der gewünschten gesetzlichen Systematik im Sinne des § 6 Satz 2 aufzeigen.

Zu § 8:

Entsprechend der obigen Ausführungen sollte hier der gesetzliche Auftrag enthalten sein, auch auf der Dateneinlieferungsseite eine technische Schnittstelle zu errichten, etwa eine API, um den Aufwand zu minimieren.

Zu § 9:

Mit Abs. 1 wird die Eintragungspflicht begründet, indem die inhaltliche Bedingung aufgestellt wird. In dieser schwingt auch die zeitliche Bedingung mit, d.h. der Zeitpunkt, an dem die Eintragungspflicht beginnt. Offenbar soll mit Satz 2 dieser Zeitpunkt weiter bestimmt werden. Der Satz ist aber missverständlich, da er auch eine weitere Eintragungspflicht neben den Tätigkeiten, nämlich die „Kontaktaufnahme“ nach seinem Wortlaut konstatiert. Besser wäre es, zu formulieren, dass die Eintragungspflicht mit der Kontaktaufnahme zu Landtag oder Landesregierung beginnt.

Abs. 3 bezeichnet als Ausnahmen lediglich einige wenige Gruppen: Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte, Berufsgeheimnisträgerinnen und -träger, Kirchen und Religionsgemeinschaften in Wahrnehmung ihrer Kernaufgaben, Petentinnen und Petenten. Es erscheint hier noch weitere verfassungsrechtlich oder aus anderen Gründen privilegierte Gruppen zu geben, die gleich zu behandeln wären. Andererseits ist eine möglichst enge Ausnahmeliste begrüßenswert. Da das Register nach seiner intendierten Konstruktion eher in Richtung einer Dokumentation von

tatsächlich genommenem Einfluss geht, wäre hier die Ausnahmeliste sogar weiter zurückzuführen. So ist nicht einsichtig, warum Rechtsberater ausgenommen sein sollen, wenn sie in einem prozessualen oder vorprozessualen Mandat Einfluss auf Gesetzgebung nehmen. Entweder ist ein solcher Einfluss bedingt durch die Art der Sache nicht gegeben. Wenn er aber gegeben ist, so ist nicht einsichtig, warum das Einschalten eines Rechtsberaters eine Privilegierung des Mandanten ergeben soll. Die Verschwiegenheitspflicht ist kein Schutz für Anwälte, sondern für deren Mandanten. Konkretisiert heißt dies: warum soll ein Anwalt sich nicht registrieren müssen, wenn er für seine Mandantin steuerliche Regelungen durch Einflussnahme ändern will, nur weil gerade dazu ein Verfahren beim Finanzamt oder beim Bundesfinanzhof läuft? Das Anstrengen eines Prozesses kann nicht entscheidend sein für die Eintragungspflicht einer in gleicher Sache vorgenommenen Einflussnahme. Hier ist bei der Ausnahme auf das Ziel der Tätigkeit abzustellen. Was aber bereits in der Definition des § 7 geschieht.

Abs. 4 konstatiert eine freiwillige Eintragung. Hier ist nicht nachvollziehbar, warum die Eintragung in diesem Fall von der Zustimmung des Vorstandes des Landtags abhängen soll. Auch die Begründung ergibt hier keine Erkenntnisse. Sie führt vielmehr aus, dass damit das Gesamtbild von Interessenvertretung deutlicher wird. Dies durchstößt das Prinzip des Registers als Dokumentation ein wenig. Warum die größere Transparenz auch von möglicherweise nur sehr indirekt wirkenden Organisationen hier von einer Zustimmung abhängig sein soll, ist damit aber nicht erklärbar.

Zu § 10:

Die strukturellen Angaben in den Ziffern 1 bis 6 sind soweit hinreichend klar bestimmt. In den Ziffern 7 bis 9 findet sich dagegen weitgehend Unklares. Ausgehend davon, dass zum einen Transparenz zu den finanziellen Umständen des Interessenvertretenden sowie zu den finanziellen Umständen der konkreten Tätigkeit entstehen soll, ist hier dringend eine Überarbeitung notwendig. Die geforderten Angaben sind unzureichend. In Ziffer 8 ist beispielsweise nicht nachvollziehbar, was mit „Aufträge“, „Vergütungen oder geldwerten Leistungen“ gemeint ist. Soll sich diese Ziffer nur auf Auftragnehmer beziehen? Sollen Auftraggeber hier etwas offenlegen, was sie an Dritte leisten?

Die finanziellen Angaben sollten daher klar strukturiert sein in:

- *Finanzstatus* des Eintragungspflichtigen durch Verweis auf Dokumente aus handelsrechtlicher Offenlegungspflicht (Registerunterlagen, Bilanzen, GuV) oder vergleichbare Dokumente (Jahresberichte pp.), auf der Einnahmeseite bei Spenden auch deren Höhe und Herkunft;
- *Aufwendungen im Bereich Interessenvertretung* allgemein durch Bezifferung des finanziellen Aufwands, der auf die Interessenvertretung im Sinne des Gesetzes entfällt, mit einer klaren Aufstellung der Anforderungen an

Kostenarten (Sachkosten, Personalkosten, Aufträge an Dritte), im Fall der Vertretung von eigenen Interessen;

- *Aufträge im Bereich Interessenvertretung* im Sinne des Gesetzes im Fall der Vertretung von fremden Interessen nach Auftragsvolumina.

Aus verfassungsrechtlichen Gründen (Meinungsfreiheit/Berufsausübung) ist dringend geboten, die finanziellen Angaben zu Aufwendungen und Aufträgen in gestaffelten Beträgen anzugeben. Vorbild kann hier die Staffelung des EU-Transparenzregisters sein. Eine zu genaue Angabe ist als verfassungsrechtlich nicht rechtfertigter Eingriff mit auch wettbewerbsverzerrendem Charakter anzusehen.

Zu § 11:

Hier sollte ein Ordnungsgeldrahmen bestimmt werden. Abs. 4 widerspricht dem Charakter des hier beabsichtigten Ordnungsgeldes. Die Verwirkung eines Ordnungsgeldes und mangelnde finanzielle Leistungsfähigkeit kann nicht zu einer Stundung führen. Entweder ist die Stundung in eine ratenweise Abzahlung zu ändern oder der Passus zu streichen, da er sonst als Einladung gelten kann, möglichst notleidende Vereinigungen wie e.V. zu Vehikeln von unsauberem Lobbying zu machen.

Zu § 12:

Die Einrichtung des Gremiums ist nicht nachvollziehbar. Der Mehrwert ist nicht erkennbar. Die Überwachung des Registers muss dem Landtagspräsidenten oder der Landtagspräsidentin und dem Vorstand unterliegen. Oder alternativ einer unabhängigen Institution wie einem Lobbyregisterbeauftragten. Die Schaffung eines Gremiums zur Überwachung kann hier zu erheblichen Verwerfungen durch Uneinigkeit kommen, da die Rolle des Gremiums hier nicht als beratend beschrieben wird.

Die Verhängung von Ordnungsgeldern ist ebenso an anderer Stelle ausreichend wahrgenommen. Ein Einfluss eines Gremiums auf die an Recht und Gesetz gebundene Stelle ist nicht zielführend.

Die Benutzerfreundlichkeit eines Registers zu verbessern ist nicht ausreichend, ein Gremium einzusetzen. Die Funktion Stellungnahme zu Jahresbericht und Evaluierung nur durch dieses Gremium ist ebenfalls den Zielen des Gesetzes wohl nicht gerecht werdend. Es sollte hier nicht nur ein Gremium, sondern die ganze Vielfalt der Nutzerinnen und Nutzer des Registers einbezogen werden.

Zu § 42 ff:

Entsprechend der Forderung der de|ge|pol der Trennung von Mandat und Interessenvertretung für Dritte gegen Entgelt sind die Regelungen noch nicht ausreichend genug.

Dabei sollen keine beruflichen Tätigkeiten insgesamt eingeschränkt werden, wenn sich diese im beratenden Bereich bewegen. Es soll jedoch ausgeschlossen werden, dass latent die Gefahr besteht, dass ein politisches Mandat nicht mehr von einer bezahlten Mandatswahrnehmung auf Grund eines Auftrages getrennt werden kann. Diese Vermischung und die damit verbundenen Gefahren hat in den letzten Jahrzehnten für die großem Skandale im Bereich Lobbying geführt.

Die im Gesetzesentwurf vorgesehene Änderung der §§42 bis 42h des Thüringer Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Abgeordneten des Thüringer Landtags (Thüringer Abgeordnetengesetz -ThürAbgG) nimmt zwar eine Verschärfung der Zulässigkeit von Nebentätigkeiten, die schon aufgrund ihrer Formalität die Unabhängigkeit des Mandates gefährden, vor. Auf ein explizites Verbot der entgeltlichen Interessenvertretung für Dritte im Mandat wurde zugunsten des zusätzlichen Abstellens auf konkrete Anhaltspunkte für eine Beeinträchtigung des unvoreingenommenen Mandats verzichtet. Gerade ein solch explizites Verbot, dass die Unzulässigkeit der Interessenvertretung von Abgeordneten für Dritte gegen Entgelt regelt, wäre neben dem Mehrwert des klaren Regelungsgehaltes auch eine wichtige Reaktion auf die demokratieschädigenden Skandale der jüngsten Vergangenheit. Es sollte hier ein an die Gesetzgebung auf Bundesebene angelegter Passus inkorporiert werden, der die entgeltliche Tätigkeit der Interessenvertretung für einen Dritten im Landtag oder gegenüber der Landesregierung neben dem Mandat für unzulässig erklärt.

Thüringer Gesetz zur Stärkung der parlamentarischen Demokratie durch maximale Transparenz - Drucksache 7/3387 -

Zu § 1:

Wie bereits ausgeführt, ist nicht nur die Auswertungsseite möglichst digital zu gestalten, sondern auch die Befüllung mit Daten.

Zu § 2:

In diesem Entwurf werden Definitionen zu den verschiedenen Begrifflichkeiten ausgehend von der Registrierungspflicht definiert. Dabei erscheint Abs. 1 Satz 1 umfassend die unterschiedlichen Konstellationen aufzuführen, die einer Dokumentationspflicht führen. Es fehlt jedoch wiederum die indirekte Kontaktaufnahme über Social Media oder Dritte, sofern kein klares Auftragsverhältnis vorliegt. Hier stellt Abs. 2 auf „Dienstleistung“ ab, wobei fraglich ist, ob eine konzertierte Kampagne auf einer Social Media Plattform eine Dienstleistung der beteiligten Accountinhaber und -inhaberinnen darstellt.

Abs. 2 spricht dabei auch nur von Vorbereitung, nicht aber von der Durchführung. Dies sollte wohl auch noch im Hinblick auf die Registerinhalte angepasst werden.

In Abs. 3 ist der Passus in Satz 4 enthalten, dass eine Interessenvertretung „unzulässig“ sei, wenn eine Eintragung unterlassen würde. Die ist verfassungsrechtlich bemerkenswert und praktisch wohl nicht durchzuführen. Was sollen die Konsequenzen dieser Regelung sein: dürfen solche Informationen, Stellungnahmen etc. gleichsam nach der fruit-of-the-poisonous-tree Maxime nicht mehr verwendet werden. Muss solches dann aus den Köpfen der Adressaten verbannt werden. Dies erscheint nicht möglich und so kann hier nur auf die Sanktionsebene verwiesen werden, da die Anordnung sonst eine Leerformel ist.

Abs. 4 bringt wiederum einen breiten Katalog der Ausnahmen. Auch dies ist ein gangbarer Weg. Die Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte sind hier aus den vorbenannten Gründen nicht aufzunehmen. Anders als auf Bundesebene kommt es auch nach diesem Entwurf nicht auf eine bloße Kontaktaufnahme an, sondern auf eine bestimmte Art der Einflussnahme.

Zu § 3:

Der Entwurf sieht eine etwas weitergehende Differenzierung der Registerinhalte vor, denen im Wesentlichen zuzustimmen ist.

Ziffer 8 ist ggf. klarstellend zu überarbeiten, um klarer zwischen den Angaben eines Auftraggebers und eines Auftragnehmers zu unterscheiden.

Ziffer 16 ist dagegen zu streichen, da zusammen mit der Aufforderung unverzüglich Aktualisierungen vorzunehmen das Register zu nah an ein inhaltliches Register gerät. Dies mag bei schriftlichen Stellungnahmen keine große Bewandnis haben. Wenn aber mündliche und fernmündliche ihrem wesentlichen Inhalt nach zu dokumentieren sind, so geht dies nach den oben ausführten Grundsätzen zu weit. Hier schlägt der Effekt der Transparenz zur Förderung der Demokratie in das Gegenteil indem notwendige Freiräume für politischen Diskurs geschlossen werden.

Zu § 4:

Es ist der Abs. 1 nicht nachvollziehbar, wenn der Landesregierung die Pflicht auferlegt wird, die Angaben zu den Registrierungspflichtigen ebenfalls zu liefern. Dies ist eine Doppelung zur Pflicht der Registrierungspflichtigen. Hier sollte es ausreichen, wenn die Landesregierung benennt, welche ihrer Ansicht nach Registrierungspflichtigen zu den Vorgängen Beiträge im Sinne des Gesetzes geleistet haben. Sollten sich hier Differenzen auftun, ist es die registerführende Stelle, die auf eine Eintragung dringen muss. Ansonsten müssten Registrierungspflichtige doppelt an Landtag und Landesregierung sämtliche Registerdaten einliefern.

Zu § 5:

Ein differenziertes System von Sanktionen erscheint sinnvoll. Auch das Konstrukt einer Ordnungswidrigkeit erscheint sinnvoller als die des üblicherweise eher nach Intern gerichteten Ordnungsgeldes.

Zu § 42 ff:

Die Regelung zur Unzulässigkeit entgeltlicher Tätigkeit als Interessenvertretung für einen Dritten erfüllt die Forderungen der de'ge'pol.

In der Gesamtwürdigung ist daher festzustellen, dass beide Entwürfe eine Schwäche bei der Frage der finanziellen Transparenz hinsichtlich der Struktur der zu machenden Angaben haben. Hier sollte intensiv und sachlich nachgearbeitet werden. Beide Entwürfe stellen eine gute Weiterentwicklung des bestehenden Beteiligungstransparenzgesetzes dar. Allerdings sind teils die Grenzen der empfehlenswerten Transparenz erreicht. Transparenz zur Stärkung der Demokratie hat immanente Grenzen. Werden diese überschritten, kommt es zu einer Wandlung des Systems weg von demokratischen Grundsätzen.

Zu den Fragen aus dem Fragenkatalog sei zum Schluss Folgendes ausgeführt:

1. Mit Verweis auf die Ausführungen zu den Entwürfen würden weitere Kriterien zu einer Einschränkung des Anwendungsbereichs gereichen. Insofern ist der gewählte umfassende Ansatz bezogen auf die tatsächlich Einflussnehmenden angemessen. Es gibt keinen Grund, hier bestimmte Gruppen auszunehmen und so unter dem Radar laufen zu lassen.
2. Eine solcher Konnex kann aus rechtlichen Gründen der Rechtsstellung des Parlaments wohl nur als Soll-Regelung aufgenommen werden.
3. Zu den verfassungsrechtlich gebotenen Ausnahmen wird auf die Ausführungen verwiesen.
4. Die gewählten Registerinhalte sind grundsätzlich hinreichend, unter Berücksichtigung der Hinweise zu den Angaben in den Ausführungen.
5. Ausführungen zur Bemessung von Ordnungsgeldern würden den Rahmen dieser Darstellung überschreiten. Die Anknüpfung sollte bei der Schwere des Verstoßes beginnen und ggf. auch die Leistungsfähigkeit mit einbeziehen. Nach den Erfahrungen der de'ge'pol mit der freiwilligen Selbstkontrolle sind aber öffentliche Rügen ein wesentlich wirkungsvolleres Mittel als Buß- und Ordnungsgelder. Letztere sind per se nicht veröffentlicher, d.h. Verstöße haben hier keinen weiteren Imageschaden zur Folge. Dies ist aber bei Rügen der Fall und hat daher einen erhöhten präventiven Charakter als ein Ordnungsgeld.
6. Nach Kenntnis der de'ge'pol bestehen hier keine verfassungsrechtlichen Bedenken, dies kann jedoch nicht in eigener Kompetenz beurteilt werden.

7. Eine Differenzierung nach Inhalten oder Absendern von Interessenvertretung verbietet sich im Bereich der Interessenvertretung. Die Frage der Inhalte beantwortet sich verfassungsrechtlich eindeutig. Die Differenzierung von Absendern kann nur bei der verfassungsrechtlichen Ausnahme eine Rolle spielen. Eine weitergehende Differenzierung würde dazu führen, dass die Organisationform des Absenders möglicherweise über die Registrierungspflicht entscheidet. Eine solche Ungleichbehandlung ist aber nicht rechtfertigt. Vielmehr geht es um die Offenlegung von Einflüssen, die weder von der Organisationsform noch von – trotz gegenteiligen öffentlichen Glaubens – Geldmitteln abhängig ist. Es kommt schlichtweg auf die richtige Ansprache von Entscheidern mit dem richtigen Thema zur richtigen Zeit an, um eine erfolgreiche Einflussnahme zu gestalten.
8. Wie bereits eingangs dargestellt, ist eine inhaltliche Transparenz schädlich. Daher sind hinsichtlich konkreter Auskunftspflichten und deren Zeitpunkten stets die Wirkungen zu hinterfragen.
9. Die de|ge|pol erachtet eine unverzügliche Aktualisierungspflicht nicht nur wegen der Näherung an inhaltliche Transparenz für wenig sinnvoll. Auch aus praktischen Gesichtspunkten auf Seiten des Eintragungspflichtigen wie der prüfenden registerführenden Stelle wäre eine vierteljährliche bis jährliche Aktualisierung je nach Auskunftsthema sinnvoller. Es muss immer wieder beachtet werden, dass eine Fülle von kurzintervallig aktualisierten Daten das Gegenteil von Transparenz bedeuten kann.
10. Dies kann mangels Kenntnis der Umstände in Thüringen von der de|ge|pol nicht hinreichend beantwortet werden.
11. Die Frage kann auf Grund der mangelnden Zieldefinition „maximale Transparenz“ nicht beantwortet werden. Es wird auf die Einführung zu den verschiedenen Stufen von Transparenz verwiesen.
12. Nach Verständnis der de|ge|pol im Entwurf 7/3356 nach den §§ 7 II, 9 I, II, 10 durch deren weite Fassung im Register, im Entwurf 7/3387 nach den §§ 2 I Ziffer 1 a) bei einer weiten Auslegung des Begriffs parlamentarische Anträge ebenfalls im Register. Ansonsten müsste bei der Definition und den Eintragungspflichtvoraussetzungen dahin nachgearbeitet werden, dass das Register weniger streng dokumentarisch auf bestimmte Vorgänge bezogen wird.
13. Die de|ge|pol enthält sich hier einer Empfehlung, da die Untersuchung von Praktikabilität und Umsetzbarkeit den Rahmen der Darstellung sprengen würde.
14. Die de|ge|pol enthält sich hier einer tiefergehenden Einschätzung, da die Untersuchung mit Bezug auf bald 10 andere Regulierungen von Interessenvertretung, die teils gerade erst erlassen wurden, den Rahmen der Darstellung sprengen würde. Die Regulierungen in der Konstruktion nicht identisch. Vielmehr finden sich unterschiedliche Schwerpunkte, so dass eine Untersuchung und Bewertung nur schwer möglich ist und zunächst eine Bewertungssystematik entwickelt werden müsste.

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zur Herstellung von mehr Transparenz in der Politik, Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drs. 7/3356											
1.	Haben Sie sich als juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Zentraler Lehrbereich, Staats- und Europarecht, Politik Hochschule des Bundes für Öffentliche</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Willy-Brandt-Straße 1</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>50321 Brühl</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Zentraler Lehrbereich, Staats- und Europarecht, Politik Hochschule des Bundes für Öffentliche		Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Willy-Brandt-Straße 1	Postleitzahl, Ort	50321 Brühl
	Name	Organisationsform									
	Zentraler Lehrbereich, Staats- und Europarecht, Politik Hochschule des Bundes für Öffentliche										
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Willy-Brandt-Straße 1									
Postleitzahl, Ort	50321 Brühl										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen ! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
 Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
 des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift

1814912021

Formblatt zur Datenerhebung

nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zur Herstellung von mehr Transparenz in der Politik Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/3356 -											
Thüringer Gesetz zur Stärkung der parlamentarischen Demokratie durch maximale Transparenz Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/3387 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Transparency International Deutschland e.V.</td> <td>Gemeinnütziger Verein</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Δ</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Alte Schönhauser Str. 44</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>10119 Berlin</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Transparency International Deutschland e.V.	Gemeinnütziger Verein	Geschäfts- oder Dienstadresse	Δ	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Alte Schönhauser Str. 44	Postleitzahl, Ort	10119 Berlin
Name	Organisationsform										
Transparency International Deutschland e.V.	Gemeinnütziger Verein										
Geschäfts- oder Dienstadresse	Δ										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Alte Schönhauser Str. 44										
Postleitzahl, Ort	10119 Berlin										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td colspan="2" rowspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer					
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											

	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Interessenvertretung im Bereich Transparenz / transparenter Lobbyismus	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Insgesamt hat die in Drucksache 7/3356 vorgeschlagene Regelung das Potential, eine vorbildliche Regelung für ein Lobbyregister zu werden. Problematisch sind die nicht klaren Abgrenzungen zwischen Interessenvertretung und Wahlakt des einfachen Bürgers sowie die Überwachung des Registers.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum
Berlin, 13.07.2021

Stellungnahme von **Transparency International Deutschland e.V.** zum

Gesetzentwurf der Fraktionen des Thüringer-Landtags DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum „Thüringer Gesetz zur Herstellung von mehr Transparenz in der Politik“

Drucksache 7/3356

Verfasser: Arbeitsgruppe Transparente Verwaltung;

1. Begründung der Notwendigkeit einer Regelung

Expertenwissen und der Kontakt zur Praxis sind wichtige Grundlagen für Gesetze und Verordnungen. Eine den Anforderungen einer modernen Demokratie und dem aktuellen Wissens- und Erfahrungsstand entsprechende Gesetzgebung kann nicht ohne Beteiligung und Berücksichtigung von Interessenvertretern funktionieren.

In diesem Zusammenhang ist der verbindende Hintergrund bei allen Forderungen nach Transparenz in einer repräsentativen Demokratie der Umstand, dass die Staatsgewalt an einen kleinen Kreis von Personen delegiert wird, um die Interessen des Volkes gemeinwohlorientiert wahrzunehmen. Dies ist im Staatsstrukturprinzip nach Artikel 20 des Grundgesetzes und Artikel 45 der Thüringer Landesverfassung festgeschrieben.

Um demokratische Wahlentscheidungen verantwortungsvoll treffen zu können, müssen Wählerinnen und Wähler die Argumente und Abwägungsprozesse von Legislative und Exekutive daher kennen und nachvollziehen können. Das setzt Öffentlichkeit voraus. In einer hochkomplexen und globalisierten Welt sind Vertrauen in und Glaubwürdigkeit der handelnden Personen von besonderer Bedeutung, weil eben nicht alle Wählerinnen und Wähler die Möglichkeit haben, die einzelnen Entscheidungen fachlich und inhaltlich wirklich zu überprüfen. Fachkompetente Politiker müssen dagegen auch Entscheidungen befürworten, welche zwar dem Allgemeinwohl dienen, deren Folgen jedoch in Teilen der Bevölkerung unpopulär sind. Dies hat gerade die Corona-Pandemie nachdrücklich demonstriert.

Eine hohe Transparenz bzgl. der Motivation und Interessenlage ist daher grundlegend. Fehlt diese, kann gerade bei unpopulären Entscheidungen nach Außen der Eindruck entstehen, dass keine Gemeinwohlorientierung erfolgte. In anderen Worten: dass die Demokratie nicht funktioniert.

Soll das Vertrauen der Bevölkerung in die Redlichkeit des Parlaments und der Regierung Bestand haben, setzt die Möglichkeit der Kontrolle voraus. Diese Kontrollmöglichkeit ist nur durch Transparenz, also durch Öffentlichkeit, zu erreichen.

Es ist auch für die Abgeordneten selbst von grundlegender Bedeutung, dass für sie der Entstehungsprozess eines Gesetzentwurfs transparent ist. Landesverfassung und die Geschäftsordnung des Landtages garantieren das für die direkte parlamentarische Arbeit in Plenum und Ausschüssen. Das aber gilt nicht für den gesamten Weg der Entstehung eines Gesetzentwurfs: In Deutschland hat sich die Praxis entwickelt, dass die große Mehrzahl der erfolgreichen Gesetzentwürfe von den Regierungen im Bund und den Ländern vorgelegt wird. Der Entstehungsprozess in den Ministerien bleibt für die Öffentlichkeit dagegen weitgehend geheim. Das gilt größtenteils auch für Abgeordnete der jeweiligen Oppositionsfraktionen.

Die Geschäftsordnung des Thüringer Landtages sieht zudem die öffentliche Anhörung von Sachverständigen in den Ausschüssen vor. Die gemeinsame Geschäftsordnung der Ministerien sieht die Anhörung von außenstehenden Dritten und Fachmeinungen bei der Erarbeitung von Gesetzesentwürfen ebenfalls vor. Die Pflicht transparent zu machen, welche Empfehlungen und Interessen dabei zum Tragen kamen, gibt es dagegen nicht.

2. Sachliche Einordnung der Gesetzentwürfe

Um die erforderliche Transparenz herzustellen, haben sich in der internationalen Diskussion zwei Instrumente herausgebildet: ein Lobbyregister und ein sogenannter „Legislativer Fußabdruck“. Diese beiden Instrumente ergänzen sich gegenseitig, sind allerdings nicht als gegenseitig austauschbar anzusehen.

Lobbyregister zielen darauf ab, die Kontaktaufnahme von Interessenvertretung betreibenden Dritten mit Abgeordneten und Ministerien öffentlich nachvollziehbar zu gestalten. Dafür ist eine nicht-anlassbezogene verpflichtende Registrierung erforderlich, mit einer weitreichenden Darstellung von Informationen über die kontaktsuchenden Einzellobbyisten oder Lobbyarbeit betreibenden Organisationen; beispielsweise Anzahl der Mitarbeitenden, Auftraggeber, Ziel der Einflussnahme und Offenlegung der Finanzierung. Dies umfasst auch eine Art laufende Darstellung der vorgenommenen Kontaktaufnahmen und eine Sanktionsbewehrung bei Verstößen gegen die Registrierungspflicht.

Nach diesen Maßstäben existiert in Deutschland auf der Bundesebene ab Anfang 2022 ein mit größeren Lücken behaftetes Lobbyregister und auf Ebene der Länder seit dem 1. Mai 2021 eine ebenfalls deutlich lückenhafte Lobbyregulierung in Baden-Württemberg. Verschiedene EU-Staaten, die EU-Ebene sowie Großbritannien, die USA und Kanada verfügen dagegen über weitergehende und weniger lückenhafte Regelungen. In den beiden letzteren Ländern trifft dies auch auf die Mehrheit der Bundesstaaten mit ihren eigenen Lobbyregistern zu.

Ein „Legislativer Fußabdruck“ bezieht sich auf den Entstehungsprozess eines konkreten Gesetzes. Es handelt sich entsprechend um eine Dokumentation, die darstellt, welche Interessen zum Beispiel bei der Erarbeitung von Gesetzentwürfen zum Tragen kamen. Dies

umfasst eine öffentliche Bereitstellung aller von Dritten vorgenommenen schriftlichen Eingaben – sei es im Rahmen einer Anhörung oder eines Lobbykontakts – und eine nachvollziehbare, begründete Beschreibung, inwiefern sich diese im Gesetzesentwurf wiederfinden oder nicht.

In Deutschland finden sich entsprechende Regelungen in Thüringen mit dem sogenannten „Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz“ und im Land Berlin – wenn auch in beiden Fällen mit Lücken. Zudem veröffentlichen einige EU-Staaten bereits eine Übersicht der bei einer Gesetzesentstehung seit der ministerialen Frühphase eingegangenen Vorschläge oder angehörten Interessenvertreter. Eine weitergehende Erläuterung der Berücksichtigung findet in diesen Fällen in sehr unterschiedlichem Maße statt, von etwas umfassender (Estland) bis nicht vorhanden (Dänemark).

Die vorliegenden Gesetzesentwürfe im Thüringer Landtag beziehen sich vorrangig auf die Schaffung eines Lobbyregisters.

3. Beurteilung des Gesetzesvorhabens

Die folgende Einschätzung bezieht sich - sofern nicht anders gekennzeichnet - auf den Gesetzesentwurf „Thüringer Gesetz zur Herstellung von mehr Transparenz in der Politik“ (Drucksache 7/3356), wobei ein Vergleich mit der unzureichenden Bundesregelung erfolgt.

Kerngedanke eines Lobbyregisters ist es, den konkreten Inhalt und Umfang von Interessenvertretung gegenüber der Öffentlichkeit darzustellen. Hierfür gibt es verschiedene existierende Ansätze. So erfolgt auf EU-Ebene oder auch in Irland die Darstellung eines öffentlichen Kalendersystems, in denen eine detaillierte Darstellung von Kontaktaufnahmen gegenüber der Regierung und oberen Beamten erfolgt, inklusive besprochener Themen. In den USA sind dagegen Quartalsberichte üblich, in denen die Interessenvertreter allgemeiner beschreiben, zu welchen konkreten Einzelthemen und Gesetzen im Berichtszeitraum gearbeitet wurde und inklusive einer allgemeinen quantitativen Erfassung der Kontakthäufigkeit zu einzelnen Ministerien und obersten Behörden. In allen Fällen erfolgt eine Erfassung des finanziellen Umfangs anhand der aufgewandten Geldmittel, teilweise auch des Personalumfangs.

Das Lobbyregister wird nach § 5 als einer von zwei Teilen der Beteiligentransparenzdokumentation ausgeführt. Dies ist ein prinzipiell möglicher Weg, da es sowohl für das Lobbyregister als auch den Legislativen Fußabdruck eigene Regulationsfragen gibt, welche mehrere Paragraphen respektive Absätze zur Darstellung erfordern. Eine Variante wie in Baden-Württemberg, wo ein einfacher Nebenverweis auf die beabsichtigte Einführung eines Legislativen Fußabdruck im Rahmen des Lobbyregisters erfolgte, ist dagegen wenig sinnvoll. Es ergäben sich entsprechend keinerlei inhaltliche Vorgaben zur Ausgestaltung und Festlegung von Pflichten – was die Regelung des Fußabdrucks zunächst ins Leere laufen lässt.

In § 7 werden die **konkreten Anknüpfungspunkte der Registrierung** ausgeführt. Die Erfassung der Abgeordneten und des Landtags mit seinen Organisationseinheiten ist umfänglich und ausreichend. Die Exekutive wird über die Landesregierung und die obersten Landesbehörden erfasst. Letzteres umfasst damit auch die Interessenvertretung in den Ministerien, statt einfach nur der Ministerinnen und Minister. Dies ist angemessen und notwendig, da auf der Landesebene noch mehr als auf der Bundesebene, die verabschiedeten Gesetzesentwürfe aus den Ministerien stammen und dazu alle Verordnungen, Umsetzungsvorschriften und wesentliche Bescheide. Die Beschränkung der Registrierungspflicht auf Ministerinnen und Minister und oberste Beamte wie im Bundes-Lobbyregister würde dagegen einen großen Teil der tatsächlich stattfindenden Lobbyarbeit geheim halten. Dies ist in der Bundesregelung eine wesentliche Lücke.

Die **konkrete Abgrenzung von Interessenvertretung** gegenüber dem Kontakt zum "einfachen Bürger" ist international uneinheitlich geregelt. Die hier vorgeschlagenen Formulierungen sind sehr weitreichend was die Tätigkeit und damit auch (fehlende) Abgrenzung betrifft, womit ggf. auch einfache Bürgerkontakte betroffen sein könnten. Der Bundesregelung gelingt hier zwar eine Abgrenzung – diese wurde aber als teils deutlich zu weitgehend kritisiert und schafft damit Lücken. Konkret wurden verschiedene Kriterien formuliert ("regelmäßig", "auf Dauer" etc.), deren konkrete inhaltliche Ausgestaltung fehlt, respektive als Anknüpfungspunkt eine völlig unrealistisch hohe Zahl von Kontakten festgelegt. Ergänzt wurde dies um Ausnahmen für natürliche Personen, die ausschließlich private Interessen verfolgen. Der letzte Punkt an sich wäre ein prinzipiell gangbarer Weg zur Abgrenzung, sofern man die Schaffung einer Lücke für die Verfolgung von reinen Geschäftsinteressen verhindern kann.

Alternativ ist es denkbar, die betroffenen Tätigkeiten abschließend einzugrenzen, wie dies im 2. Gesetzesentwurf (Drucksache 7/3387) erfolgt. Gerade die in § 7, Absatz 2 (Drucksache 7/3356) genannten Sachverhalte finden Großteils oder ausschließlich im Kontakt mit den Ministerien statt. Gerade für den Kontakt zur Exekutive ist es rechtlich und sachlich möglich auch den gelegentlichen Bürgerkontakt mit zu erfassen – da der konkret zustande gekommene Kontakt zum Ministerium auf eine große Motivation hindeutet und eine Registrierungspflicht darum weniger abschreckend sein dürfte. Es ist allerdings darauf zu verweisen, dass dies für den konkreten Kontakt zu einzelnen Abgeordneten verfassungsrechtlich problematisch sein kann (Freies Mandat; respektive damit verbundene Bürgerkontakte) und vermieden werden sollte. Anders gesagt: eine Regelung welche unbeabsichtigt den Bürgerkontakt – also Verfolgung privater Interessen – im Rahmen des freien Mandats registrierungspflichtig macht, **ist rechtlich angreifbar**.

Die in § 9 **geplanten sonstigen Ausnahmen** sind vertretbar und vermeiden die im Falle der Bundesregel als unangemessen kritisierten pauschalen Ausnahmen für Religionsgemeinschaften sowie Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften.

Die **konkrete inhaltliche Darstellung der Interessenvertretung** wird insbesondere in § 9, Absatz 1 und § 10, Absatz 2, Satz 5 geregelt. Letzterer verpflichtet dazu, den "konkreten Bezug, Inhalt sowie Form" der Tätigkeit darzustellen. Nach § 9 ist zudem jede Kontaktaufnahme eintragungspflichtig – es erfolgt also eine laufende Aktualisierung. Dieser Teil ist ein Kernpunkt eines Lobbyregisters. Ein großer Kritikpunkt des Bundes-Lobbyregisters ist es, dass diese Erfassung – anders als im westlichen Ausland – unterblieben ist und das Register damit den wesentlichen Zweck und Kern eines Lobbyregisters verfehlt. Hier wäre es zur Rechtsklarheit wünschenswert, noch konkreter über die Art und Umfang der Darstellung aufzuklären, z.B. in der Gesetzesbegründung.

Die weiteren in § 10 zu machenden Angaben sind umfänglich. Weiterhin von Interesse ist dabei vor allem die **Darstellung des finanziellen Umfangs der Interessenvertretung**. Dies umfasst die Budgets von Interessenvertretungen und das Auftragsvolumen bei externen Lobbyisten. Zur praktikablen Umsetzung dieser Pflicht und Verminderung des Aufwandes bei den betroffenen Interessenvertretern ist es aber anzuraten, eine Art Stufensystem zu verwenden, wie dies in Drucksache 7/3387 vorgesehen ist. Dies betrifft auch die dort vorgesehenen Ausnahmeregeln zur Veröffentlichung. Zudem sollten die in Absatz 2, Satz 7 (Drucksache 7/3356) dargestellten finanziellen Verhältnisse aus praktischen Gründen auf wesentliche Beteiligungen begrenzt werden, da z.B. die Erfassung von Kleinaktionären nicht der Sinn eines Lobbyregisters ist.

Die **Verhängung von Sanktionen** ist ein erforderlicher Teil der Lobbyregulierung, um ein Umsetzungsdefizit zu vermeiden, wie es z.B. auf der EU-Ebene teils existiert. In den USA sind hier auf Bundesebene Geldstrafen in Millionenhöhe und auf Ebene des Bundes und der Länder theoretisch Gefängnisstrafen möglich. Dies ist jedoch für den deutschen Rahmen sicherlich zu viel des Guten – das in § 11 vorgeschlagene Ordnungsgeld ist prinzipiell angemessen. Mindestens genauso wichtig ist allerdings eine öffentliche Mahnung bei Verstößen gegen die Regelungen. Allein die öffentliche Bekanntmachung wird in der Regel über die Signalwirkung an Ministerien und Abgeordnete sogar effektiver als ein eventuell nicht weit bekanntes Ordnungsgeld sein. Die hier in Drucksache 7/3387 vorgesehene vorgelagerte Rüge ist daher als sinnvoll anzusehen. Ergänzend könnte zudem die Einladung zu Anhörungsverfahren an die Aktualität und Richtigkeit der Angaben geknüpft werden.

Transparency Deutschland und die von uns und dem VCI initiierte breite *Allianz für Lobbytransparenz* mit Organisationen aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft spricht sich zudem nachdrücklich für die **verpflichtende Einführung von Verhaltenskodex für Interessenvertreter** aus, der mit der Eintragung in das Register akzeptiert werden muss. Eine entsprechende Vorlage wurde zum Beispiel von Bundesregierung und Bundestag verabschiedet und Teil des Bundes-Lobbyregisters. Ein Kommentar von unserer Seite dazu findet sich unter:

<https://www.transparency.de/aktuelles/detail/article/stellungnahme-zum-verhaltenskodex-fuer-interessenvertreterinnen-im-rahmen-des-lobbyregistergesetzes/>

Die **Überwachung des Lobbyregisters** soll nach § 12 dem Landtagspräsidenten/in bei Unterstützung durch ein ehrenamtliches Gremium obliegen. Dies ist aus verschiedener Sicht problematisch. Zum einen kann der Arbeitsaufwand zur Kontrolle der Plausibilität der Angaben kaum ohne zusätzliches Personal dargestellt werden – erfahrungsgemäß sind Parlamentspräsidentinnen und -präsidenten im Bund und den Ländern bereits zeitlich damit überfordert, die Verhaltensregeln für Abgeordnete ordnungsgemäß zu prüfen, wie viele versäumte Fristen oder auch völlig (ungerechtfertigt) fehlende Angaben von Abgeordneten zeigen. Es ist daher davon auszugehen, dass eine Überprüfung der Aktualität der Angaben eines Lobbyregisters ebenfalls nur sporadisch erfolgen kann – ein ehrenamtliches Gremium wird dies nur begrenzt abmildern können. Weiterhin hat sich gerade auf der Bundesebene eine politische Rücksichtnahme bei Verstößen von Abgeordneten der Regierungsfaktionen gezeigt, wie z.B. die sehr zögerliche Verhängung von Ordnungsgeldern im Falle einzelner CSU-Abgeordneter. Wir befürworten daher die Einführung einer Lobbybeauftragten, vergleichbar dem Datenschutzbeauftragten. Die/der Beauftragte muss in seiner Amtsausübung unabhängig, neutral, überparteilich sowie nur dem Gesetz unterworfen sein. Die/der Lobbybeauftragte sollte auf eigene Initiative hin tätig werden können und eigene Ermittlungskompetenzen erhalten. Die/der Beauftragte ist entsprechend mit dem notwendigen Personal und Sachmitteln auszustatten.

Insgesamt hat die in Drucksache 7/3356 vorgeschlagene Regelung das Potential, eine vorbildliche Regelung für ein Lobbyregister umzusetzen und sich damit internationalen Standards anzunähern. Insbesondere ist jedoch zu beachten, eine Registrierungspflicht für einfache Bürgerkontakte gegenüber einem Mitglied des Landtages auszuschließen.

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?																					
Thüringer Gesetz zur Herstellung von mehr Transparenz in der Politik Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/3356 -																					
Thüringer Gesetz zur Stärkung der parlamentarischen Demokratie durch maximale Transparenz Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/3387 -																					
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)																				
	<table border="1"><tr><td>Name</td><td>Organisationsform</td></tr><tr><td> </td><td> </td></tr><tr><td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td><td> </td></tr><tr><td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td><td> </td></tr><tr><td>Postleitzahl, Ort</td><td> </td></tr></table>	Name	Organisationsform			Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort											
Name	Organisationsform																				
Geschäfts- oder Dienstadresse																					
Straße, Hausnummer (oder Postfach)																					
Postleitzahl, Ort																					
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)																				
	<table border="1"><tr><td>Name</td><td>BERNHAGEN</td><td>Vorname</td><td>PATRICK</td></tr><tr><td> </td><td> </td><td> </td><td> </td></tr><tr><td colspan="2"><input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse</td><td colspan="2"><input type="checkbox"/> Wohnadresse</td></tr><tr><td colspan="4">(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</td></tr><tr><td colspan="2">Straße, Hausnummer</td><td colspan="2">INSTITUT FÜR SOZIALWISSENSCHAFTEN, BREITENBURGER STR. 2</td></tr></table>	Name	BERNHAGEN	Vorname	PATRICK					<input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse		<input type="checkbox"/> Wohnadresse		(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)				Straße, Hausnummer		INSTITUT FÜR SOZIALWISSENSCHAFTEN, BREITENBURGER STR. 2	
Name	BERNHAGEN	Vorname	PATRICK																		
<input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse		<input type="checkbox"/> Wohnadresse																			
(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)																					
Straße, Hausnummer		INSTITUT FÜR SOZIALWISSENSCHAFTEN, BREITENBURGER STR. 2																			

	Postleitzahl, Ort	70174 STUTTGART
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	PROFESSOR FÜR VERGLEICHENDE POLITIK- WISSENSCHAFT	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	AUS DEMOKRATIE THEORETISCHER UND POLITIKWISSEN- SCHAFTLICHER SICHT SOLLTEN UND KÖNNEN INTERFILIENVERTRETUNGS PROZESSE TRANSPARENTER WERDEN. MIT JEWEIL KLEINEREN EINSCHRÄNKUNGEN SIND DIE BEIDEN VORLIEGENDEN GESETZENTWÜRFE GEKIPPT, DIE ERFORDERLICHE TRANSPARENZ ZU ERWIRKEN.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
<input checked="" type="checkbox"/>	ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Mannheim 13.07.2020	



Universität Stuttgart

THÜR. LANDTAG POST
13.07.2021 09:56

17942/2021

Universität Stuttgart • Breitscheidstraße 2 • 70174 Stuttgart
Institut für Sozialwissenschaften - Abt. SOWI I

Institut für Sozialwissenschaften
Abteilung für politische Systeme und politische
Soziologie

Lehrstuhlinhaber
Univ.-Prof. Dr. Patrick Bernhagen

Thüringer Landtag
Ausschuss für Migration, Justiz und Verbraucherschutz
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Stellungnahme im Anhörungsverfahren zu den Gesetzentwürfen Drucksache 7/3356 und Drucksache 7/3387

13.07.2021

Sehr geehrte Damen und Herren,

gerne nehme ich zu den übersandten Fragen der Fraktionen aus politikwissenschaftlicher Perspektive Stellung. Ich forsche und lehre seit dem Jahr 2001 zu Interessenvertretung und Lobbyismus und zähle laut Google Scholar zu den zehn international meistzitierten Wissenschaftler*innen im Bereich Lobbyismus sowie zu den 30 meistzitierten im Bereich Interessengruppen. Als politikwissenschaftlicher Sachverständiger kann ich zu rechtlichen Fragen bzw. Teilfragen nicht Stellung nehmen.

Ich hoffe, Ihnen mit diesen Stellungnahmen behilflich sein zu können. Abschließend möchte ich darauf hinweisen, dass die Anforderung der schriftlichen Stellungnahme nur wenige Tage vor Ablauf des erbetenen zweiwöchigen Antwortzeitraums bei meiner Universität einging. Bei etwaigen zukünftigen Anfragen wäre ich für eine frühzeitige Mitteilung dankbar.

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Dr. Patrick Bernhagen



Stellungnahme im Anhörungsverfahren zu den Gesetzentwürfen der Fraktionen von DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Thüringer Gesetz zur Herstellung von mehr Transparenz in der Politik, Drucksache 7/3356) und der Fraktion der CDU (Thüringer Gesetz zur Stärkung der parlamentarischen Demokratie durch maximale Transparenz, Drucksache 7/3387)

Fragen der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

1. Inwiefern würde die Aufnahme weiterer Kriterien (z.B. bestimmte notwendige Mindestanzahl von Lobbykontakten in einem bestimmten Zeitraum; Festlegung, dass Kontaktaufnahmen zur Interessenvertretung auch für Dritte und ohne Eigeninteresse erfolgen können) die Reichweite und die Aussagekraft der Registrierungsregelung beeinflussen im Vergleich zur im Gesetzentwurf gewählten Registrierungsvorschrift?

Ich beziehe mich in meiner Stellungnahme zu dieser Frage auf die Registrierungsvorschrift in § 9 des Gesetzentwurfs der Fraktionen von DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Als Ziel der Registrierungsvorschrift wird die Offenlegung der inhaltlichen Arbeitsabläufe der parlamentarischen und regierungsseitigen Initiativen im Falle der Beteiligung mit inhaltlichen Beiträgen an diesen Initiativen angegeben. Insbesondere soll nachvollziehbar werden, welche Personen, Organisationen oder Interessenvertretungen mit ihren Interessenvertretungsaktivitäten auf die Themenwahl und inhaltliche Diskussion, und hierüber letztendlich auf den Beschlussinhalt, Einfluss genommen haben. Zur Erreichung dieses Ziels soll eine anlassbezogene Registrierungspflicht für Interessenvertreter*innen oder deren Auftraggeber*innen festgeschrieben werden. Eine Interessenvertreter*in muss folglich für jede Kontaktaufnahme einen Registrierungseintrag vornehmen.

Um mögliche Schieflagen und Ungleichheiten bei der Interessenvertretung im Zusammenhang gesetzgeberischer Prozesse erhellen zu können, ist es erforderlich, die Frequenz und Intensität der Lobbyaktivitäten zu dokumentieren. Die demokratische Öffentlichkeit muss in der Lage sein, Intensivlobbyisten von Gelegenheitslobbyisten zu unterscheiden. Die anlassbezogene Registrierungspflicht ist insoweit zweckdienlich. Eine Verkürzung des zu registrierenden Akteursspektrums, durch z.B. durch Festlegung einer Mindestanzahl von Lobbykontakten in einem bestimmten Zeitraum, würde Gelegenheitslobbyisten weitgehend unsichtbar machen und insofern zu einem verzerrten Bild der Interessenvertretung führen. Die Aufnahme eines derartigen zusätzlichen Kriteriums würde folglich sowohl die Reichweite also auch die Aussagekraft der Registrierungsregelung beeinträchtigen.

In der heutigen Interessenvertretung sind Kontaktaufnahmen für Dritte verbreitet und dürften zukünftig weiter an Bedeutung zunehmen. Eine Lobbyregistrierungspflicht, die den o.g. Zweck erfüllen kann, sollte sich daher neben Personen und Organisationen, die in eigener Sache lobbyieren unbedingt auf Interessenvertreter*innen erstrecken, die im Auftrag für Dritte tätig sind als auch auf jene Dritten, die sich durch professionelle Lobbydienstleister*innen (z.B. Berater*innen, Public-Affairs- oder PR-Agenturen) vertreten lassen. Die Bestimmungen der neu einzufügenden §§ 7 und 9 scheinen in dieser Hinsicht ausreichend zu sein. Das Vorliegen oder Nichtvorliegen eines materiellen Eigeninteresses dürfte hingegen nicht hinreichend verifizierbar sein, um ein geeignetes Kriterium für die Anwendung der Registrierungspflicht darzustellen. Darüber hinaus ist fraglich, ob ein Eigeninteresse überhaupt sinnvoll definiert werden kann. So dürfte z.B. die Frage, in wessen Interesse eine interne oder externe Lobbyist*in für eine Umweltschutzorganisation tätig ist (ihr eigenes, das der Mitglieder, der Mitarbeiter*innen, der Umwelt, oder zukünftiger Generationen?), je nach Perspektive entweder wesensmäßig umstritten oder weitgehend sinnfrei sein. Ähnlich dürfte es aus Sicht der demokratischen Öffentlichkeit unerheblich sein, ob eine Lobbydienstleister*in die Interessen ihrer Klient*in oder eher ihre eigenen Interessen vertritt.

Um Missverständnisse zu vermeiden, sollte aus einem Gesetz zur Einführung eines Lobbyregisters in jedem Fall klar hervorgehen, dass Unternehmen, die direktes Lobbying (also mittels Inhouse-Lobbyist*innen) betreiben, ebenfalls zum Kreis der Registrierungspflichtigen zählen. Andernfalls besteht die Gefahr, dass eine der wichtigsten Akteursgruppen im Bereich der Interessenvertretung aus dem Regelbereich des Gesetzes herausfällt.

2. Ist es rechtlich geboten und sinnvoll, eine Eintragung im Lobbyregister zugleich zur allgemeinen Bedingung für eine Teilnahme an Anhörungen im parlamentarischen Gesetzgebungsverfahren zu machen?

Ich beschränke mich hier auf die Frage, ob dies sinnvoll wäre. Einerseits zählt die Teilnahme an Anhörungen im parlamentarischen Gesetzgebungsverfahren zu den wichtigsten Lobby-Gelegenheiten für Interessenvertreter*innen. Dies würde für eine derartige Bedingung sprechen. Andererseits werden neben Interessenvertreter*innen auch regelmäßig Sachverständige geladen, die nicht als Interessenvertreter*innen betrachtet werden können bzw. sollten. Eine verpflichtende Eintragung im Lobbyregister würde vielen Mitgliedern der letztgenannten Gruppe nicht gerecht werden und könnte sich negativ auf die Teilnahmebereitschaft auswirken – was in letzter Konsequenz die Informationsgrundlage der parlamentarischen Arbeit beschädigen könnte. Ein Ausweg aus diesem Dilemma könnte z.B. darin bestehen, die Registrierungspflicht

auf Interessenvertreter*innen zu beschränken. Alternativ könnte erwogen werden, durch Änderung der GOLT den Ausschluss der Öffentlichkeit sowie den Zustimmungsvorbehalt in § 80 Abs. 4 Satz 2 zu streichen. Die verfassungsrechtliche Zulässigkeit dieser Optionen kann ich nicht beurteilen.

4. Welche Registrierungsinhalte sind zwingend erforderlich, um eine wirksame und aussagekräftige öffentliche Darstellung der Interessenvertretung zu ermöglichen?

Im Laufe der vergangenen 10 Jahre hat sich in der internationalen Fachliteratur ein Konsens bezüglich der notwendigen Inhalte eines zweckdienlichen Lobbyregisters herausgebildet (vgl. Chari et al. 2020, Kapitel 5 und 6, für einen Überblick).¹ Zu der als essentiell zu betrachtenden Grundausstattung zählen dabei Angaben zu den folgenden Bereichen:

- Name, Sitz, Anschrift mit Telefon-Nummer, E-Mail-Adresse, Webseite, Vorstand und Geschäftsführung, Handels- oder Vereinsregisternummer, und Tätigkeitsbereich, bei Unternehmen die Branche(n) und Umsatzsteuer-Identifikationsnummer
- Beschreibung der Tätigkeit und des politischen Themenfeldes oder Regelungsbereichs, ggf. Angabe von Geschäftszeichen, Drucksachennummer et.
- Höhe der Aufwendungen für die betreffenden Tätigkeiten in Arbeitsstunden und/oder Euro
- Registrierungspflichtige Angestellte und Mitglieder
- Anzahl und Namen der mit der Angelegenheit betrauten Mitarbeiter oder Mitglieder
- Bei Beauftragung von Lobby-Dienstleistern: Namen und Geschäftsanschrift der beauftragten Agentur, Kanzlei oder sonstigen Firma, unter Angabe der Vergütung (Honorar etc.)

5. Nach welchen Gesichtspunkten sollte sich ein Ordnungsgeld bestimmen, damit große aber auch kleine Interessenvertretungen gleich belastet werden, und welche Höhe sollte dieses mindestens/maximal haben.

In Anlehnung an internationale Lobbyregulierungen sollte ein Ordnungsgeld mindestens 1000 € und maximal 200.000 € betragen. Der Anstieg sollte gestaffelt sein, um die Finanzkraft der betreffenden Organisationen zu berücksichtigen. Um der unterschiedliche Bedeutung ein-

¹ Chari, Raj, John Hogan, Gary Murphy, and Michele Crepaz. 2020. *Regulating lobbying: A global comparison*, 2. Aufl., Manchester: Manchester University Press.

schlägiger Bemessungsgrößen, wie z.B. Einnahmen, für Unternehmen einerseits und Verbände andererseits Rechnung zu tragen, sollten getrennte Skalen für diese beiden Akteurstypen in Betracht gezogen werden.

Fragen der Fraktion der FDP:

7. Ist es notwendig, jede Interessenvertretung, insbesondere die von Privatpersonen, allen Auskunftspflichten zu unterwerfen?

Aus demokratiethoretischer und politikwissenschaftlicher Perspektive sollte sich eine Registrierungspflicht auf all jene Personen und Organisationen erstrecken, die organisierte Interessen vertreten. Unter organisierten Interessen werden in der Fachliteratur Unternehmen und Verbände verstanden.² Petent*innen oder sonstige Privatpersonen, die sich etwa an ihre Wahlkreisabgeordneten oder an die Landesregierung wenden, sind keine Interessenvertreter*innen in diesem Sinne und müssen folglich nicht erfasst werden. Die Abgrenzung kann im Einzelfall schwierig sein; wie in anderen Regelungsbereichen auch, sind Fehlinterpretationen, Missbräuche und Täuschungen nicht auszuschließen. Entsprechende Sanktionen bei Verstößen gegen die Registrierungs- und Sorgfaltspflicht könnten es für Interessenvertreter*innen unattraktiv machen, sich fälschlicherweise als Privatpersonen auszugeben. Darüber hinaus sind in der Fachliteratur keine sachlichen Ausschlusskriterien in Bezug auf die Registrierung bestimmter Akteure oder die Erhebung (soweit anwendbar) von bestimmten Registrierungsinhalten ersichtlich.

8. Welche negativen Auswirkungen auf die parlamentarische Arbeit können sich durch die konkreten Auskunftspflichten, insbesondere den Zeitpunkt der Auskunftspflicht, ergeben?

Theoretische Abhandlungen haben schon frühzeitig auf die Nachteile von Lobbyregulierung und -registrierung hingewiesen. Insbesondere könne der zusätzliche Verwaltungsaufwand die Lobbylandschaft weiter zugunsten großer und finanzstarker Organisationen verzerren³, worunter letztlich auch die Qualität der parlamentarischen Arbeit leiden könnte. Empirische Be-

² Baroni, Laura, Brendan J. Carroll, Adam William Chalmers, Luz Maria Munoz Marquez, and Anne Rasmussen. 2014. Defining and classifying interest groups. *Interest Groups & Advocacy* 3 (2): 141-159.

³ So etwa Ainsworth, Scott. 1993. Regulating Lobbyists and Interest Group Influence. *Journal of Politics* 55 (1): 41-56.

funde, die diese Befürchtung unterstützen, sind allerdings nicht bekannt. Negative Auswirkungen der konkreten Ausgestaltung durch die beiden vorliegenden Gesetzentwürfe, insbesondere durch die darin spezifizierten Zeitpunkte der Auskunftspflicht, sind nicht ersichtlich.

9. Wären, um der Intention der jeweiligen Auskunftspflichten zu genügen, auch andere Zeitpunkte der Auskunftserteilung sinnvoll?

Die Intention beider Gesetzentwürfe ist die Herstellung der Nachvollziehbarkeit und Offenlegung anlassbezogener Interessenvertretung. Im Gesetzentwurf der Fraktion der CDU soll der Auskunftspflicht „unverzüglich“ genüge getan werden, im Gesetzentwurf der Fraktionen von DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN binnen 30 Tagen. Vergleichbare Lobbyregister wenden ähnlich Fristen an (bspw. 45 Tage im Bundeslobbygesetz der USA). Da sämtliche Daten erst einmal vom Landtagspräsidium gesammelt und einmal jährlich veröffentlicht werden, spricht grundsätzlich wenig gegen längere Auskunftsfristen. Für die in den vorliegenden Gesetzentwürfen enthaltenen kurzen Fristen spricht jedoch, dass die Fehlerhaftigkeit derartiger Daten mit der Zeit, die zwischen ihre Generierung und ihrer Eingabe vergeht, zunimmt.⁴

Fragen der Fraktion der CDU:

10. Bedarf es auch nach Ihrer Auffassung einer Verschärfung der bestehenden Transparenzbestimmungen in Thüringen? Falls ja, welche konkreten Bereiche und Schwerpunkte sollten durch eine Änderung erfasst werden?

Mit dem Thüringer Gesetz über die Errichtung einer Beteiligentransparenzdokumentation beim Landtag nimmt das Land in Sachen Transparenz eine Vorbildrolle ein. Mit seiner Dokumentation der beim Landtag an Gesetzgebungsverfahren in schriftlicher und einflussnehmender Form beteiligten Akteure kann das Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz jedoch ein echtes Lobbyregister nicht ersetzen. In Bezug auf zwei Annahmen herrscht in der Lobby- und Interessengruppenforschung breiter Konsens: 1.) informelle und (fern-) mündliche Kanäle der Einflussnahme sind von großer Bedeutung⁵; 2.) der empirische Nachweis tatsächlicher ist

⁴ Laudon, Kenneth C. 1986. Data quality and due process in large interorganizational record systems. *Communications of the ACM* 29 (1): 4-11.

⁵ Helboe Pedersen, Helene. 2013. Is measuring interest group influence a mission impossible? The case of interest group influence in the Danish parliament. *Interest Groups & Advocacy* 2 (1): 27-47.

Einflussnahme immens schwierig.⁶ Durch seine Beschränkung auf inhaltliche Einflussnahme durch schriftliche Äußerungen verkürzt das Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz die Dokumentation potentiell einflussreicher Akteure und Handlungen daher von vornherein und in beträchtlicher Weise. Ein umfassendes und verpflichtendes Lobbyregister von der Art, wie es durch die beiden vorliegenden Gesetzentwürfe geschaffen werden soll, würde dem Bestreben nach verstärkter Transparenz politischer Prozesse daher beachtlichen Vor-schub leisten.

11. Welcher der vorgelegten Gesetzentwürfe enthält die weitergehenden Regelungen zur Durchsetzung einer maximalen Transparenz und warum?

Beide Gesetzentwürfe stellen wirksame Mittel zur Herstellung verstärkter Transparenz dar. Insbesondere legen sie auf ähnliche Art und Weise den Kreis der Registrierungspflichtigen und die Inhalte der Registrierung fest. In beiden Gesetzentwürfen werden jeweils unterschiedliche Akteure aus nicht nachvollziehbaren Gründen von der Registrierungspflicht ausgenommen. Im Entwurf der Fraktionen von DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betrifft dies die Religionsgemeinschaften, im CDU-Entwurf die kommunalen Spitzenverbände. Ebenfalls nicht nachvollziehbar ist in beiden Entwürfen die Beschränkung der Anzeigepflicht nach § 42 ThürAbgG auf Tätigkeiten und Einkünfte neben dem Mandat, *die auf für die Ausübung des Mandats bedeutsame Interessenverknüpfungen hinweisen können*. In Ermangelung einer klaren Definition dessen, was unter „bedeutsamen Interessenverknüpfungen“ zu verstehen ist, dürfte die Anzeigepflicht in vielen Fällen ins Leere laufen, und selbst dann verbliebe großer Interpretationsspielraum. Die Einkünfte einiger (ehem.) MdBs im Zusammenhang aus Maskenvermittlungen wären von der Anzeigepflicht in dieser Form möglicherweise nicht erfasst.

Ein wesentlicher Unterschied zwischen den Entwürfen betrifft die anlassbezogene Erfassung des Lobbyaufwands. Hier verlangt der Entwurf der Fraktion der CDU den Interessenvertreter*innen ab, den Arbeitsaufwand für einen Lobbygegenstand zu quantifizieren. Diese wichtige Information wird im Entwurf der Fraktionen von DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht klar verlangt. Auch in Bezug auf die Sanktionen bei Verstößen gegen die Registrierungspflicht sieht der Entwurf der Fraktion der CDU eine weitergehende Regelung vor, indem er neben einem Ordnungsgeld eine Abfolge von Abmahnungen, Rügen, Entzug der

⁶ Lowery, David. 2013. Lobbying influence: Meaning, measurement and missing. *Interest Groups & Advocacy* 2 (1): 1-26.

Zugangsberechtigung, und Ausschluss von Beteiligungsverfahren vorsieht. Ein derartige Regelung fehlt im Entwurf von DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Hierdurch besteht die Gefahr, dass sich finanziell gutausgestattete Akteure Verstöße gegen die Registrierungsauflagen leisten und damit intransparente Interessenvertretung erkaufen können. Die Androhung einer Kontaktsperre hingegen betrifft arme wie reiche Akteure gleichermaßen. Sie ist darüber hinaus potentiell sehr wirksam, weil das Aussetzen oder gar die endgültige Beendigung des Zugangs zu politischen Entscheider*innen für Lobbyist*innen sehr kostspielig ist.

Darüber hinaus unterscheiden sich die beiden Entwürfe in Bezug auf einzelne Regelungsdetails. So enthält der Gesetzentwurf der Fraktionen von DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in § 7 hilfreiche Begriffsbestimmungen, die der Durchsetzung der Registrierungsvorgaben dienlich sein dürften. Während eine solche explizite Begriffsklärung im Gesetzentwurf der Fraktion der CDU fehlt, wird diese Funktion in § 2, Abs. 1 erfüllt. In diesem Passus wird zugleich klargestellt, dass auch (fern-)mündliche Kontaktaufnahmen eine Registrierungspflicht begründen. Bezüglich des Zeitpunkts der Erfassung unterscheiden sich die beiden Entwürfe ebenfalls nur unwesentlich.

12. Wo soll laut den vorliegenden Gesetzentwürfen der jeweilige inhaltliche Beitrag von Interessenvertretung zu parlamentarischen Initiativen und Entschlüssen dokumentiert werden, die nicht nur den Bereich der Gesetzgebung betreffen, sondern auch andere Beschlüsse und Entscheidungen des Parlaments?

Es dürfte sich anbieten, diese ebenfalls in der Parlamentsdokumentation bzw. Parlamentsdatenbank ein- und bereitzustellen.

13. Welcher Entwurf ist im Sinne der Praktikabilität bzw. Umsetzbarkeit der vorgeschlagenen Regelungen zu empfehlen und warum?

Auch in dieser Hinsicht unterscheiden sich die beiden Entwürfe nicht wesentlich. In einigen Punkten ist der Entwurf der Fraktion der CDU etwas konkreter, so etwa was die maximale Höhe des Ordnungsgeldes betrifft.

14. Wie sind beide Entwürfe im Vergleich zu den Regelungen in anderen Bundesländern sowie im deutschen Bundestag zu bewerten?

Mit der Verabschiedung eines Lobbyregisters wie es in jedem der beiden vorliegenden Gesetzentwürfe vorgesehen ist, würde das Land Thüringen im internationalen Vergleich in die obersten Liga der Länder mit fortschrittlichen Lobby- und Transparenzgesetzen aufrücken. Im innerdeutschen Vergleich ist mir lediglich aus Rheinland-Pfalz ein mehr oder weniger umfassendes verpflichtendes Lobbyregister bekannt, wobei dort unklar ist, inwiefern einzelne Unternehmen der Registrierungspflicht unterliegen. Andere Bundesländer, wie Baden-Württemberg oder Bayern, beraten derzeit über entsprechende Verbesserungen bzw. haben diese kürzlich beschlossen. Gegenüber dem neuem Lobbyregister des Bundes sticht die wegweisende Kombination mit der Dokumentation eines legislativen Fußabdrucks positiv hervor, ebenso die verpflichtende Angabe des jeweiligen Gegenstandes der Lobbyarbeit.

Fragen der Fraktion der AfD:

16. Kann das Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetz (jeweiliger Artikel 1 der Gesetzentwürfe) auch auf die der Aufsicht des Landes unterfallenden kommunalen Gebiets- und Personenkörperschaften mit vergleichbaren Regelungen ausgedehnt werden?

Zur Durchsetzung maximaler Transparenz wäre die Aufnahme von öffentlichen Akteuren wie den in der Frage genannten wünschenswert. So nehmen etwa kommunale Spitzenverbände die Interessenvertretung für die Kommunen wahr und sollten daher von der Registrierungspflicht nicht ausgenommen werden. Der Mehrwert würde freilich bescheiden sein, da „Gewohnheitslobbyisten“ wie diese Verbände schnell erfasst und ihre Zahl ebenso überschaubar wie stabil ist. Gleichwohl ist eine Ausnahme von der Registrierungspflicht in meinen Augen nicht zu begründen. Die verfassungsrechtlichen Aspekte dieser Frage kann ich nicht beurteilen.

18. Beide Gesetzentwürfe lassen das Innehaben von Optionen auf den Erwerb von Unternehmensanteilen, insbesondere von Aktienoptionen oder anderen Vermögenswerten völlig unberücksichtigt, obwohl solche auch Einkommen gleichstehen. Ist eine Regelung hierzu in die Gesetzentwürfe aufzunehmen? Wenn nein, warum nicht?

Im Entwurf der Fraktion der CDU zur Änderung des § 42a des Thüringer Abgeordnetengesetzes sind derartige Optionen als anzeigepflichtig aufgeführt. Im Entwurf der Fraktionen von DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fehlt diese Konkretisierung. Es wäre wünschenswert, die vorgeschlagene Neufassung des § 42a in Bezug auf Absatz 2 Nummer 7 entsprechend zu konkretisieren.



Prof. Dr. Patrick Bernhagen

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligtransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zur Herstellung von mehr Transparenz in der Politik Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/3356 -											
Thüringer Gesetz zur Stärkung der parlamentarischen Demokratie durch maximale Transparenz Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/3387 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Looby Control</td> <td>e.V.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Urbanstr. 35</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>10967 Berlin</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Looby Control	e.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Urbanstr. 35	Postleitzahl, Ort	10967 Berlin
	Name	Organisationsform									
	Looby Control	e.V.									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Urbanstr. 35									
Postleitzahl, Ort	10967 Berlin										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)</small>										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer			
	Name	Vorname									
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>											
Straße, Hausnummer											

	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Lobby- und Transparenzregulierung	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Siehe Stellungnahme. • Grundanliegen der Gesetzesentwürfe begrüßenswert • Nachbesserungen in den Details notwendig	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Berlin, 14.7.21	

THUR. LANDTAG POST
13.07.2021 15:49

18049/2021



Initiative für Transparenz und Demokratie

Schriftliche Stellungnahme

Zum Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit dem Titel „Thüringer Gesetz zur Herstellung von mehr Transparenz in der Politik“ – Drucksache 7/3356 –

Zum Gesetzentwurf der Fraktion der CDU mit dem Titel „Thüringer Gesetz zur Stärkung der parlamentarischen Demokratie durch maximale Transparenz – Drucksache 7/3387 –

LobbyControl e.V. – Initiative für Transparenz und Demokratie

Vorbemerkung

Wir begrüßen ausdrücklich das Vorhaben beider Gesetzentwürfe, ein verpflichtendes, sanktionsbewehrtes Lobbyregister als Ergänzung bzw. Erweiterung der Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentation einführen zu wollen sowie eine Verbesserung der Regeln zur Stärkung von Integrität und Unabhängigkeit im Landtag. Wir sehen dies als wichtige Schritte für mehr Transparenz und Vertrauen in die Politik.

LobbyControl setzt sich seit vielen Jahren für die Einführung eines verpflichtenden, sanktionsbewehrten Lobbyregisters auf gesetzlicher Grundlage im Bund aber auch in den Ländern ein. Der Austausch zwischen Interessenträger:innen und der Politik ist ein wichtiges Element demokratischer Meinungs- und Willensbildung. Er ist im Hinblick auf den Bedarf an Fachwissen und Information aus verschiedenen Teilen der Gesellschaft und Wirtschaft für ausgewogene und qualifizierte politische Entscheidungen auch notwendig. Um Chancengleichheit bei der Beteiligung an der politischen Meinungs- und Willensbildung herzustellen, um Ausgewogenheit und Integrität bei der Interesseneinbindung zu gewährleisten und um für Nachvollziehbarkeit politischer Entscheidungen zu sorgen, sollte dieser Austausch jedoch klaren Regeln folgen und hinreichend transparent sein.

Ein verpflichtendes Lobbyregister ist ein zentrales Element eines Rahmens für Transparenz und Integrität in der politischen Interessenvertretung. Das zeigen auch die verschiedenen Standards und

Leitlinien für eine wirksame Lobby-Regulierung, die auf internationaler Ebene erarbeitet wurden. Dazu gehören die „Grundsätze für Transparenz und Integrität in der Lobbyarbeit“ der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), die Empfehlungen des Ministerkomitees der Europarats zur Regulierung von Lobbyaktivitäten im Kontext öffentlicher Entscheidungsfindung (2017) sowie die von internationalen zivilgesellschaftlichen Organisationen erarbeiteten *International Standards for Lobbying Regulation*.

Allgemeine Einordnung

Beide Gesetzentwürfe sehen durch eine Änderung des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes die Einführung eines allgemeinen, verbindlichen Lobbyregisters vor. Der Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (im Folgenden Gesetzentwurf A genannt) schlägt vor, dem Gesetz einen zweiten Teil mit dem Titel „Lobbyregister“ hinzuzufügen. Der Gesetzentwurf der CDU (im Folgenden Gesetzentwurf B) sieht dagegen vor, die bestehenden Vorschriften des Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes zu ändern.

Grundsätzlich ist es begrüßenswert, mit einem Lobbyregister Transparenz über Interessenvertretungen herzustellen, und dies auch unabhängig von einzelnen Gesetzgebungsprozessen wie im Fall der Beteiligentransparenzdokumentation. Lobbyarbeit findet nicht nur bezüglich der Gesetzgebung statt und ein Lobbyregister bietet als Datenbank eine Übersicht über alle Akteure der Interessenvertretung samt einer Zuordnung, worauf sich die Lobbyarbeit jeweils bezieht. Aus Nutzer:innen-Perspektive ermöglicht es ein Lobbyregister somit, Informationen über einen bestimmten Akteur, dessen Hintergrund und Anliegen und dessen Lobbytätigkeiten zu erhalten. Der Ausgangspunkt bei der Beteiligentransparenzdokumentation ist dagegen das jeweilige Gesetzgebungsverfahren.

Die Erweiterung der Beteiligentransparenzdokumentation um ein Lobbyregister ist daher in jedem Fall sinnvoll und begrüßenswert. Ob eine Änderung der Vorschriften der Paragraphen des Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes wie in Gesetzentwurf B oder eine Ergänzung durch ein zweites Kapitel wie in Gesetzentwurf A vorzuziehen ist, erscheint für die Beurteilung des Lobbyregisters an sich nicht wesentlich. Beide Gesetzentwürfe sehen als Teil des Lobbyregisters eine Verpflichtung für Interessenvertretungen vor, Inhalte der Lobbyarbeit offenzulegen (§ 10 Abs. 1 Nr. 10 in GE-A, § 3 Abs. 2 Nr. 16). Insofern ist eine Überschneidung zur Beteiligentransparenzdokumentation gegeben, eine Erweiterung auf Vorgänge jenseits der Rechtsetzung ist zu begrüßen.

Grundsätzlich sollten darüber hinaus Treffen der Landesregierung sowie Staatssekretären mit registrierten Interessenvertretern veröffentlicht werden, auch unabhängig vom Bezug auf einzelne Gesetzgebungsprozesse. Vorbildlich kann hier die EU-Kommission sein, die seit 2014 Informationen über alle Treffen mit Interessenvertretungen von Kommissionmitgliedern, ihren Kabinettsmitgliedern und Generaldirektoren veröffentlicht.

Anwendungsbereich und Definition Registrierungspflicht

Die Einrichtung eines verpflichtenden Lobbyregisters auf gesetzlicher Grundlage macht es notwendig, einen Tatbestand zu formulieren, der die Registrierungspflicht auslöst.

Gesetzentwurf A definiert zunächst in § 7 Abs. die Tätigkeit der Interessenvertretung und orientiert sich dabei an der Formulierung des Gesetzentwurfs der großen Koalition im Bund. Diese ist sehr weit gefasst und anders als im Lobbyregister-Gesetz auf Bundesebene (LobbyRG) nicht durch weitere tatbestandliche Merkmale eingegrenzt. In der letztlich verabschiedeten Fassung im Bund wurde die Formulierung überarbeitet, sodass es dort nun heißt: „Interessenvertretung ist jede

Kontaktaufnahme zum Zweck der unmittelbaren oder mittelbaren Einflussnahme [...]“ (§ 1 Abs. 3 LobbyRG). Im Vergleich zum Begriff der „Tätigkeit“ wird damit konkretisiert, dass nicht bereits allgemeine öffentliche Stellungnahmen, politische Versammlungen oder Beiträge in den sozialen Medien in den Anwendungsbereich des Gesetzes fallen. Dies sollte nicht das Ziel eines Lobbyregisters sein und wäre auch praktisch kaum umsetzbar. Durch Abs. 2 wird die hier gewählte sehr weite Formulierung auch nicht weiter eingeschränkt. Es ist durchaus möglich, den Begriff der Interessenvertretung zunächst sehr weit zu definieren, dann aber die durch ergänzende Vorschriften den die Registrierungspflicht auslösenden Tatbestand weiter einzugrenzen (siehe § 2 LobbyRG). Insofern würden wir hier eine weitere Konkretisierung empfehlen.

Gesetzentwurf B verzichtet auf eine allgemeine Definition von Interessenvertretung und beschreibt stattdessen direkt in § 2 einen die Registrierungspflicht auslösenden Tatbestand anhand objektiver Kriterien. Demnach muss hier eine direkte Kontaktierung der Adressaten der Interessenvertretung vorliegen und ein inhaltlicher Bezug zu bestimmten Vorgängen oder Angelegenheiten gegeben sein. Diese Formulierung entspricht der Systematik des von LobbyControl und Abgeordnetenwatch.de 2017 vorgestellten Gesetzentwurfs und erscheint daher wenig überraschend aus Sicht des Verfassers als sinnvoll, da hinreichend bestimmt und nicht abhängig von subjektiven Motiven und Absichten der Interessenvertreter:innen.

Kritisch anzumerken ist allerdings, dass die Ministerien der Landesregierung nicht in den Anwendungsbereich in Gesetzentwurf B fallen. Lediglich die Kontaktierung der Mitglieder der Landesregierung würde eine Registrierungspflicht auslösen. Im LobbyRG erstreckt sich das immerhin bis hinunter zur Ebene der Unterabteilungsleiter. Empfehlenswert wäre, sich hier an der Formulierung des Gesetzentwurf A zu orientieren („der Landesregierung samt der ihr zugeordneten obersten Landesbehörden“).

Zudem weist auch Gesetzentwurf B keine weitere Abgrenzung durch Schwellenwerte der Kontakthäufigkeit oder Ähnlichem auf. § 2 LobbyRG arbeitet hier mit vier verschiedenen Kriterien. Der von LobbyControl und Abgeordnetenwatch.de entwickelte Gesetzentwurf sah zeitliche und finanzielle Schwellenwerte vor. Letzteres ist für die Landesebene wenig praktikabel. Jedoch sollte

es aus unserer Sicht nicht das Ziel eines Lobbyregisters sein, umfänglich allen demokratischen Diskurs, Austausch und Partizipation an Politik durch Bürgerinnen und Bürgern Regeln zu unterwerfen. Vielmehr sollten vordringlich jene Lobbyakteure erfasst werden, die professionell, zumindest auf Grundlage von strukturierten organisatorischen Voraussetzungen auf politische Entscheidungen einzuwirken versuchen. Daher empfehlen wir ausdrücklich entweder eine explizite Ausnahme für Bürgerinnen und Bürger, die ihre eigenen Interessen im eigenen Auftrag vertreten und/oder Schwellenwerte der Kontakthäufigkeit.

Eine Ausnahme davon sollte gelten, wenn die Interessenvertretung im Auftrag von Dritten durchgeführt wird. Wenn es sich hierbei nicht nur um eine im Einzelfall erfolgte persönliche Gefälligkeit handelt, ist in einem solchen Fall von einem hohen Grad der planvollen, strukturierten oder auch professionellen Lobbyarbeit auszugehen und das Transparenzinteresse, den tatsächlichen Auftraggeber von Lobbytätigkeiten zu identifizieren, besonders hoch. Im LobbyRG wird die Registrierungspflicht in diesem Fall – eine Kontaktaufnahme vorausgesetzt – unmittelbar ausgelöst.

Ausnahmen

Beide Gesetzentwürfe sehen explizite Ausnahmen von der Registrierungspflicht vor (§ 9 Abs. 3 in Gesetzentwurf A, § 2 Abs. in Gesetzentwurf B). Ausnahmen von einer allgemeinen Registrierungspflicht in einem Lobbyregister sind notwendig, um grund- und verfassungsrechtlichen Erwägungen gerecht zu werden und die Registrierungspflicht zu präzisieren. Beide Entwürfe sehen Ausnahmen für die Ausübung des Petitionsrechts vor. In Erwägung gezogen werden sollte, wie schon oben erwähnt, eine weitere Ausnahme für natürliche Personen, die eigene Interessen vertreten.

Weitere Ausnahmen von einer gesetzlichen Registrierungspflicht erscheinen sinnvoll, um verfassungsrechtlich besonders geschützte Bereiche angemessen zu berücksichtigen. Hierzu zählen die Rolle der Sozialpartner sowie von Kirchen und Religionsgemeinschaften.

In Gesetzentwurf A findet sich entsprechend eine Ausnahme für Kirchen und anerkannte Religionsgemeinschaften, die in Gesetzentwurf B nicht anzutreffend ist. Wir begrüßen die in Gesetzentwurf A vorgesehene Formulierung, die die Ausnahme auf den Kernbereich der Religionsausübung einschränkt. Die entsprechende Ausnahme im LobbyRG ist sehr weit und grundsätzlich formuliert, was wir kritisch sehen.

In Gesetzentwurf B findet sich eine Ausnahme für Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, die ebenfalls nicht so weit gefasst ist wie im LobbyRG und daher ebenfalls begrüßenswert ist.

Weitere aus unserer Sicht sinnvolle Ausnahmen beziehen sich auf die Tätigkeiten der politischen Parteien, Tätigkeiten im Rahmen der Wahrnehmung eines öffentlichen Amtes oder Mandats, den Schutz von Berufsgeheimnisträgern sowie Pressetätigkeiten.

Eine Kombination der in den beiden Gesetzentwürfen vorgesehenen Ausnahmen sowie eine moderate Erweiterung erscheint daher empfehlenswert.

Registerinhalt

Beide Entwürfe sehen umfangreiche durch die Normadressaten zu leistende Angaben vor. Das beinhaltet Informationen über die Identität von Auftraggebern, über Themen und Inhalten der Interessenvertretung, Angaben zu Zahl und Namen der Interessenvertreter:innen sowie Angaben zu Finanzen. Von der Art der abgefragten Informationen her ist das begrüßenswert.

Besonders positiv auffallend ist, dass beide Entwürfe spezielle Informationspflichten über bei Lobbyakteuren tätige ehemalige Mitgliedern der Landesregierung und des Landtags sowie politische Beamte vorsehen. Gesetzentwurf A geht hier weiter und fragt darüber hinaus nach ehemaligen Mitgliedern des Bundestags, der Bundesregierung und des Bundesrats. Dies ist sinnvoll, da hier von einer ähnlichen Problematik wie bei ehemaligen Politiker:innen der Landesebene ausgegangen werden kann – besondere Kontaktnetzwerke und Zugänge. Gesetzentwurf A sieht außerdem vor, dass die Angabe unabhängig davon erfolgen soll, ob die/der Betroffene im Bereich der Interessenvertretung oder in Vorstand und Geschäftsführung tätig ist. Das ist zu begrüßen, da Kontakte und Insiderwissen dem Lobbyakteur auch zur Verfügung stehen, wenn der Aufgabenbereich nicht direkt der Lobbyarbeit zugeordnet ist. Allerdings wäre zu prüfen, ob eine Beschränkung auf ehemalige Politiker:innen und politische Beamte der Landesebene hier nicht ausreichend wäre (§ 10 Abs. 1 Nr. 10 h).

Nicht eindeutig genug erscheinen die in Gesetzentwurf A in § 10 Abs. Nr. 5. und 7 verlangten Angaben. Empfehlenswert wäre, genauer zu beschreiben, was hier unter „konkreter Bezug, Inhalt und Form“ verstanden wird. Es wäre jedenfalls gut, wenn Registrierungspflichtige genaue Angaben machen müssten, auf welches Gesetz oder welche Entscheidungsprozess sich die Lobbyaktivität bezieht.

Unter Nr. 7 erscheint nicht eindeutig genug, welche Angaben hier erfolgen sollen, insbesondere im Hinblick auf natürliche Personen. Eine allgemeine Offenlegung von Einkommens- und Vermögensverhältnissen ist hier sicher nicht gemeint, man kann es aber so lesen.

Bei Nr. 8 sollte der Eindeutigkeit halber her klargestellt werden, dass diese Angabe nur zutrifft, wenn Lobbyarbeit als Dienstleistung für Dritte erbracht wird. Grundsätzlich ist es richtig, von Lobbydienstleistern eine Aufschlüsselung der Budgets pro Auftrag zu verlangen, wobei eine Stufenangabe aus unserer Sicht ausreichend ist.

Nr. 9 fragt nach den finanziellen Aufwendungen für die Interessenvertretung. Hier erscheint eine Stufenangabe wie in § 3 Abs. 2 Nr. 13 in Gesetzentwurf B angemessen. Ebendort in Nr. 14 und 15 verlangt Gesetzentwurf B Angaben zur Finanzierung von mitgliedschaftlich verfassten

Körperschaften, gemeinnützigen Organisationen und Stiftungen. Das gewählte Maß an Transparenz (> 5 % der Einnahmen als relevanter Schwellenwert) erscheint angemessen.

Nicht nachvollziehbar ist jedoch, dass mit Abs. 3 die Möglichkeit eingeräumt wird, alle Finanzangaben zu verweigern. Dies wäre allenfalls nachvollziehbar, wenn es um die Identität einzelner Spender:innen geht. Aber warum die Angabe über die Höhe der jährlichen finanziellen Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung oder zu Jahresabschlüssen eine besondere Gefahr begründen sollten, erscheint nicht schlüssig. Dies umsomehr, als dass es sich hier nicht um natürliche Personen handeln sollte.

Sollte die Registrierungspflicht für im eigenen Auftrag handelnde natürliche Personen beibehalten werden, sollte zugleich sichergestellt werden, dass Daten wie Wohnadresse und Geburtsdatum nicht veröffentlicht werden.

Kontrolle und Durchsetzung der Regeln

Beide Gesetzentwürfe sehen für den Fall einer Verletzung der Vorschriften Sanktionen vor (§ 11 in Gesetzentwurf A, § 5 in Gesetzentwurf B). LobbyControl hat sich stets für ein sanktionsbewehrtes Lobbyregister ausgesprochen, daher begrüßen wir, dass beide Gesetze Sanktionen bis hin zu Ordnungsgeldern bzw. Bußgeldern vorsehen.

Während Gesetzentwurf A als Sanktionsinstrument lediglich ein Ordnungsgeld bzw. dessen Androhung vorsieht, zeichnet sich Gesetzentwurf B durch ein abgestuftes Sanktionsverfahren aus. Insbesondere die öffentliche Rüge (Abs. 2) erscheint als ein wirkungsvolles Instrument, da im Geschäft der politischen Interessenvertretung eine saubere Reputation einen hohen Stellenwert besitzt. Wir empfehlen daher, auch in Gesetzentwurf A die Sanktionsmöglichkeiten um eine öffentliche Rüge zu erweitern.

Fraglich ist, inwieweit die Landtagspräsidentin oder der Landtagspräsident ein Ordnungsgeld aussprechen kann, wenn in einem bestimmten Fall die Interessenvertretung ausschließlich gegenüber der Landesregierung oder den ihnen nachgeordneten Behörden stattfand.

Gesetzentwurf B sieht in § 5 Abs. 4 Nr. 2 zudem vor, „mit unlauteren Mitteln und Methoden“ betriebene Interessenvertretung als Ordnungswidrigkeit zu werten. Hierbei bleibt unklar, was genau unter unlauteren Mitteln oder Methoden zu verstehen ist. Das Ansinnen der Vorschrift ist zwar begrüßenswert, es sollte jedoch spezifiziert werden, welche Handlungen genau ein mögliches Bußgeld nach sich ziehen.

Gesetzentwurf A sieht in § 12 ein auf fünf Mitgliedern bestehendes unabhängiges Gremium vor. Dieses Gremium hat beratende Funktion und soll die Landtagspräsidentin oder den Landtagspräsidenten sowie den Vorstand des Thüringer Landtags bei der Anwendung des Gesetzes unterstützen. Da Vorstand und Präsidium des Landtages in der Regel parteipolitisch gebunden sind,

ist ein solches Gremium geeignet, das Vertrauen in die unvoreingenommene Ausübung der Kontrollbefugnisse und Anwendung der Regeln zu stärken. Die Rolle des Gremiums und seine Mitwirkungsrechte könnte allerdings noch genauer dargestellt werden.

Änderungen Thüringer Abgeordnetengesetz

Beide Gesetzentwürfe sehen umfangreiche Änderungen des Thüringer Abgeordnetengesetzes vor, auf die hier allerdings nur kurz und punktuell eingegangen werden kann.

Unvereinbarkeitsbestimmungen

Gesetzentwurf B übernimmt in § 42 das bereits auf Bundesebene beschlossene Verbot entgeltlicher Interessenvertretung für Dritte im Landtag oder gegenüber der Landesregierung, was sehr begrüßenswert ist. Insbesondere das Ausnutzen der Stellung als Abgeordneter gegenüber der Landesregierung und ihren Ministerien für privatwirtschaftliche Zwecke ist eine erhebliche Lücke in den bisherigen Regeln und besonders geeignet, das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Integrität der Landesregierung und die unabhängige Mandatsausübung des Abgeordneten zu gefährden. Anders als im Abgeordnetengesetz auf Bundesebene ist hier allerdings nicht vorgesehen, auch Beratungstätigkeiten zu untersagen, wenn diese im Zusammenhang mit der Mandatsausübung stehen. Dies wäre jedoch auch in Thüringen empfehlenswert.

Gesetzentwurf A geht in dieser Hinsicht weiter, bleibt dabei aber weniger konkret. Unzulässig wären demnach Tätigkeiten, wenn es konkrete Anhaltspunkte dafür gibt, dass dadurch die unvoreingenommene und unabhängige Mandatsausübung beeinträchtigt werden kann. Wir empfehlen hier, genauer auszubuchstabieren, in welchen Fällen davon ausgegangen werden kann (z.B. entgeltliche Beratungstätigkeiten mit Mandatsbezug, bezahlte Lobbytätigkeiten) und ebenfalls die entgeltliche Interessenvertretung gegenüber der Landesregierung und ihren Ministerien explizit zu untersagen.

Interessenverknüpfung

Gesetzentwurf A sieht lediglich eine leichte Änderung des § 42 f vor, Gesetzentwurf B keine Änderung. Dabei ist der Umgang mit Interessenkonflikten aus unserer Sicht ein zentraler Aspekt bei der Stärkung der Integrität im parlamentarischen Bereich. Die bisherige Regelung erscheint in der Praxis weitgehend bedeutungslos. Interessenkonflikte sollten auch dann festgestellt werden, wenn sie prinzipiell bereits aus den veröffentlichungspflichtigen Angaben herausgelesen werden können. Zudem sollten Interessenkonflikte Folgen haben, zumindest transparent sein. Hier beinhaltet das Bundes-Abgeordnetengesetz inzwischen für Mitglieder eines Ausschusses, die die Berichterstattung übernommen haben, erweiterte Regeln. Diese sehen vor, dass die Offenlegung einer Interessenverknüpfung in den Beschlussempfehlungen des Ausschusses veröffentlicht werden. Hieran könnte sich auch das Thüringer Abgeordnetengesetz orientieren.

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zur Herstellung von mehr Transparenz in der Politik Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/3356 - Thüringer Gesetz zur Stärkung der parlamentarischen Demokratie durch maximale Transparenz Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/3387 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Prof. Dr. Rüdiger Scholz</td> <td>o. Prof. em.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>—</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Prof. Dr. Rüdiger Scholz	o. Prof. em.	Geschäfts- oder Dienstadresse	—	Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	
Name	Organisationsform										
Prof. Dr. Rüdiger Scholz	o. Prof. em.										
Geschäfts- oder Dienstadresse	—										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)											
Postleitzahl, Ort											
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG) Ja										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td>R. O.</td> <td>R. O.</td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td>1. 5.</td> </tr> </table>	Name	Vorname	R. O.	R. O.	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer	1. 5.		
Name	Vorname										
R. O.	R. O.										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer	1. 5.										

	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	<div style="text-align: center;">S. Anlage</div>	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Berlin 13/7/21	

Professor Dr. Rupert Scholz
Rechtsanwalt

Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

THÜR. LANDTAG POST
20.07.2021 10:25

18671/2021

16. Juli 2021

Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags

Drucksache 7/3356 und Drucksache 7/3387

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Nachgang zu Ihrer mündlichen Anhörung, an der ich nicht teilnehmen konnte, darf ich Ihnen im Folgenden eine schriftliche Stellungnahme, wie von Ihnen erbeten, übermitteln, wobei ich mich an den vorgelegten Fragenkatalogen orientiere.

1. Beide Gesetzentwürfe sind prinzipiell verfassungskonform, soweit es darum geht, mehr Transparenz im Bereich des Lobbyismus zu schaffen. Dies entspricht dem Demokratieprinzip, überlässt im Übrigen aber dem Gesetzgeber auch ein hohes Maß an Spielraum. Zu beachten bleibt bei alledem, dass entsprechende Registrierungspflichten etc. auch Eingriffe in private bzw. persönliche Grundrechte implizieren können, weshalb bei allen Maßnahmen, zumindest im Gesetzesvollzug, der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zu wahren bleibt. In grundrechtlicher Hinsicht geht es vor allem um den Datenschutz und das Recht auf freie Persönlichkeitsentfaltung. In die Verhältnismäßigkeitsabwägung sind auf der anderen Seite die Prinzipien einer möglichst offenen und transparenten Demokratie einzustellen.

2. Zu den Fragen der Fraktionen „DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN“

Die Aufnahme weiterer Kriterien gemäß Frage 1 ist offen. Hier hat der Gesetzgeber Spielraum. Soweit es um die Frage geht, ob eine Eintragung im Lobbyregister zugleich zur allgemeinen Bedingung für eine Teilnahme an An-

hörungen im parlamentarischen Gesetzgebungsverfahren gemacht werden kann, ist sehr klar festzustellen, dass eine solche Bedingung nicht verfassungsmäßig wäre. Bei der Frage der Registrierungsinhalte muss sehr klar am Ziel der Lobbytätigkeit in Bezug zum jeweiligen Gesetzgebungsgegenstand differenziert werden. Die Registrierungspflicht darf nicht zu einer allgemeinen Auskunftspflicht über generelle private und politische wie wirtschaftliche Sachverhalte etc. ausgedehnt werden. Das Ordnungsgeld muss sehr konkret im Gesetz festgelegt werden. Die jetzt vorgesehene Regelung ist eindeutig zu unbestimmt. Ein komplettes Spendenverbot gegenüber Abgeordneten ist nach meiner Auffassung nicht verfassungsgemäß. Ein solches allgemeines Spendenverbot verstößt gegen die Rechte der politischen Teilhabe von privaten Bürgern.

3. Fragen der FDP

Soweit es um eine allgemeine Regelung der Interessenvertretung geht, wäre eine so generelle Regelung nicht mehr verfassungsgemäß, weil unverhältnismäßig.

Der Zeitpunkt der Auskunftspflicht ist wichtig, weil die parlamentarische Arbeit ihrerseits effektiv bleiben muss.

4. Fragen der CDU

Grundsätzlich bedarf es meines Erachtens keiner Verschärfung der bestehenden Transparenzbestimmungen. Die bisherigen Regelungen reichen prinzipiell aus. Aber insoweit besteht gesetzgeberischer Handlungsspielraum. Die weitergehenden Regelungen liegen im Gesetzesentwurf der LINKEN, SPD etc. Aber diese unterliegt auch gerade unter dem Aspekt der Verhältnismäßigkeit in verschiedener Hinsicht einer Korrektur. Die Dokumentierung sollte im Bereich des Parlaments verbleiben (Landtagspräsidium). Dies bedeutet allerdings auch, dass die Registrierungspflichten nicht beliebig auf alle staatlichen Einrichtungen erstreckt werden können. Insbesondere im Bereich der kommunalen Selbstverwaltung muss es bei den Eigenständigkeiten der jeweiligen Kommune verbleiben. Hinsichtlich Praktikabilität und Umsetzbarkeit ist der CDU-Entwurf vorzuziehen.

Beide Entwürfe entsprechen im Wesentlichen den Regelungen bzw. Reformvorhaben in anderen Bundesländern.

5. Fragen der AfD

Grundsätzlich sind beide Gesetzesentwürfe verfassungskonform, sie unterliegen aber, wie bereits oben erwähnt, den Grundsätzen der verfassungsmäßigen Verhältnismäßigkeitskontrolle. Das heißt, dass vor allem die Vollzugstätigkeit bei der Anwendung der entsprechenden Gesetze sehr genau kontrolliert werden muss. Hier obliegt dem Landtagspräsidium und gegebenenfalls der Justiz eine klare Kontrollaufgabe.

Eine Ausdehnung des Gesetzes auf die kommunalen Gebiets- und Personenkörperschaften muss den Grundsatz der kommunalen Selbstverwaltung wahren (siehe oben). Die Formulierung in § 42h Abs. 4 S. 2 hinsichtlich der Höhe des Ordnungsgeldes ist zu unbestimmt und damit nicht verfassungsmäßig.

Das Innehaben von Optionen auf den Erwerb von Unternehmensanteilen etc. ist meines Erachtens mit Recht unberücksichtigt geblieben, selbst wenn diese auch Einkommen gleichstehen. Aber insofern bleibt es bei den grundrechtlichen Vorbehalten der Eigentumsgarantie, der Berufsfreiheit und des Rechts der freien Entfaltung der Persönlichkeit.

Den Thüringer Rechnungshof kann man mit durchaus guten Gründen in die neue Regelung einbeziehen.

Soweit meine Stellungnahme.

Mit besten Grüßen bin ich Ihr

Prof. Dr. Rupert Scholz

4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge

(Keine Dokumente vorhanden)

5. Weitere Beiträge

(Keine Dokumente vorhanden)

6. Diskussionsforum

(Keine Dokumente vorhanden)